



die Herrschenden doch überall, daß eine Niederlage auch den Sturz der schuldigen Dynastie herbeiführen könnte. Er verwahrt sich gegen den Versuch der Bourgeois- presse, Debel's Jenaer Rede als Zustimmung (!) zur deutschen Rüstungspolitik hinzustellen. Er glaube mit Debel, die Gefahr liege nicht in einem drohenden Kriege, sondern in der ständig wachsenden Verrücktheit. „Sollte doch die Katastrophe kommen, so werden der französische und der deutsche Sozialismus auf der Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe stehen. Gegenüber den Regierungen stehen die Arbeiter, die einander lieben gelernt haben. Man will, daß sie einander umbringen, aber das wird nicht sein. Der Sozialismus wird stark genug sein, es zu verhindern!“

### Unsere Protestbewegung.

Gegen die Kriegsbegeisterung fanden am Sonntag wieder im Herzogtum Braunschweig mehrere Protestversammlungen statt. In Helmstedt, wo Genosse Antrich referierte, war die Versammlung überfüllt. Auch die sonstigen Versammlungen in den rein ländlichen Bezirken waren sehr gut besucht. Hier referierten die Genossen Antrich, Günther und Brenner. Die Protestresolution fand überall begeisterte Zustimmung.

Auch im Wahlkreis des Januschauer's v. Oldenburg, in Marienburg, fand eine sehr stark besuchte Protestversammlung unter freiem Himmel statt. Das konservative Blatt hatte ein Inserat abgelehnt; dafür hatte der Landrat vier Gendarmen geschickt. Aber das konnte ebensowenig wie das windige und zeitweilig regnerische Wetter den ungewöhnlich starken Besuch verhindern. Auffällig viel bürgerliches Publikum und viele Frauen waren anwesend. Die einheitsstündige Abrechnung des Genossen Partei-Danzig mit der blutdürstigen Prostitution der Marokkohaft und kriegslüsterigen Nordpatrioten fand lebhafteste Zustimmung. Der in der Berliner Demonstration beschlossene Kriegsprotest wurde ohne Widerspruch angenommen.

## Der Parteitag in Jena.

Dritter Tag.

Jena, den 13. September.

Nach dem Sturm ist Ruhe eingetreten. Auf der heutigen Tagesordnung steht zunächst die Berichterstattung des Genossen Beck über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er beschränkt sich auf einige interessante Ergänzungen zu dem gedruckt vorliegenden Bericht und gibt zum Schluß einen Ausblick auf die kommende Herbsttagung des Reichstags und dem Wahlkampf.

Es folgt dann die schnelle Erzielung einer Reihe von Anträgen und Resolutionen, darunter eine von unserer Reichstagsfraktion vorgeschlagene, vom Genossen Dr. Südekum ausführlich und nachdrücklich begründete Resolution, die in Anbetracht der drohenden Hungersnot die Aufhebung der Lebensmittel- und Futtermittelsteuern, der Grenzsperrung für die Vieh- und Fleischzufuhr und die Beseitigung der Einfuhrzölle fordert. Ebenso wird eine vom Genossen Eduard Bernstein eingebrachte und begründete Resolution, die verlangt, daß in Zeiten internationaler Vermittlungen der Reichstag einberufen werden muß, einstimmig angenommen.

Weit lebhafter gestaltet sich die Sitzung, als der Mandatsstreit in Stuttgart zur Beratung gelangt.

Genosse Hoffmann-Hamburg meldet zunächst als Berichtserstatter, daß an dem Parteitag 338 Delegierte, darunter 33 Frauen, ferner 8 Vorstandsmitglieder, 8 Mitglieder der Kontrollkommission und 36 Reichstagsabgeordnete teilgenommen, und berichtet mit musterhafter Sachlichkeit über den Mandatsstreit in Stuttgart, den er näher schildert. Die Mandatsprüfungskommission hat, obgleich sie die Manipulationen der Revisionisten bei der Wahl der Vertreter zum Parteitag beurteilt, doch die Sachlage dahin entschieden, daß die vom Kreisvorstand Stuttgart anberaumte zweite Wahl ungültig sei, also das Ergebnis der ersten Wahl wiederhergestellt werden müsse. Danach sind gewählt, Hildebrandt, Rapp, Frau Dunder und Westmeyer. Doch sind bei der Wahl Westmeyers 6 ländliche Bezirke nicht mitgezählt worden, die, wenn sie berücksichtigt wären, infolgedessen eine Aenderung des Wahlergebnisses ergäben, als dann nicht Westmeyer, sondern Soemann das Mandat zuzukommen würde. Ferner aber könnten die 280 in Potsdam abgegebenen Stimmen nicht mitgezählt werden, da dort ein Teil der Wähler seine Stimmen an einem Hochzeitsabend ohne eigentliche Wahlkontrolle abgegeben habe und an dem darauffolgenden Sonntag die Wahlzeit widerrechtlich eingeschränkt worden sei. Auf Grund aller dieser Untersuchungsergebnisse beantragte die Kommission, die Mandate Dullmers und Westmeyers für ungültig zu erklären.

Die Debatte über diese Entscheidung wird wesentlich von drei Juristen, Stadthagen, Liebnecht und Landsberg, geführt, die aus juristischen Gründen teilweise so verschiedene Folgerungen kommen, daß der Parteitag mehrfach ihren Ausführungen mit Heiterkeit folgt und einer der folgenden Redner erklärt, er hätte bei den drei Juristen eigentlich vier verschiedene Meinungen gefunden. Die Genossen Liebnecht und Stadthagen wenden sich gegen den harten Rechtsformalismus. Sie halten den Kreisvorstand für berechtigt, nach den bei der ersten Wahl vorgekommenen unglaublichen Unregelmäßigkeiten eine Neuwahl anzusetzen. Ferner dürfte die Wahl in Potsdam nicht einfach für ungültig erklärt werden, sondern sollte die Wahl in Jena und Westmeyer als gewählt zu betrachten.

Ganz anderer Ansicht ist Genosse Landsberg, der sehr provozierend auftritt, und sich gegen Stadthagen einige hochhaltige Sottisen gestattet. Er ist ebenfalls gegen den sogenannten Formalismus, verteidigt aber gerade deshalb die Entscheidung der Mandatsprüfungskommission, denn nach seiner Ansicht ist die Funktion des Kreisvorstandes mit dem ersten Wahlgang beendet, die Entscheidung, ob die Wahl gültig sei, stehe allein dem Parteitag zu. Jedenfalls aber sei es verkehrt, deshalb, weil bei der Wahl in Potsdam Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, nun auch alle anderen Ortsvereine des Kreises nochmals wählen zu lassen.

Nachdem Genosse Ludwig gesprochen und die Ungültigkeitserklärung der Wahl von 6 ländlichen und 2 Stuttgarter Bezirken verlangt, kommt nochmals ein Jurist zum Wort, Genosse Frank-Mannheim, der wiederum eine andere juristische Auffassung vertritt. Er hält die erste Wahl für gültig, verlangt aber, da die Stimmen von 2 Stuttgarter Bezirken ungerichtlich Weise mitgezählt worden seien, die Annullierung der Wahl Westmeyers. Es sprechen noch die Genossen Dittmann und Stadthagen, dann erfolgt auf Antrag Hinge-Velins Schluß der Debatte. Die nach längeren Streitigkeiten über den Abstimmungsmodus vorgenommene Abstimmung ergibt die Annahme des Entschlusses der Mandatsprüfungskommission, Dullmers und Westmeyers Mandate sind also für nichtig erklärt.

Damit ist jedoch die Behandlung des Parteistreites nicht beendet. Genossin Dunder und 108 weitere Genossen haben den Antrag gestellt, daß der Parteitag erklären möge, er nehme mit Bedauern von den Vorgängen in der württembergischen Landesorganisation Kenntnis und beauftragt den Parteivorstand, mit

dem württembergischen Vorstand und mit der Stuttgarter Parteileitung in Verbindung zu treten, um die Entwicklung der Partei in Württemberg im Sinne und Geiste der Gesamt-partei und ihrer Beschlüsse zu sichern.

Zur Begründung dieses Antrages erhält in der Nachmittags-sitzung Genossin Dunder-Stuttgart das Wort. Sie tritt in außerordentlich geschickter Rede, den Gegensatz zwischen den Stuttgarter Genossen und ihrem Parteiorgan, der „Tagwacht“, nicht, wie das vom leitenden Redakteur des Blattes, dem Genossen Keil, geschieht, als einen persönlichen Streit zwischen ihm und dem Lokalredakteur Westmeyer aufzufassen. Der Streit komme daher, daß in Württemberg der Industrialismus um sich greife und damit auch der Klassengegensatz zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum sich verschärfe, während die „Tagwacht“ durch Rücksichtnahme auf die politisch rückständigen ländlichen Elemente Anhänger zu werben suche. Die Rednerin sucht den Revisionismus der „Tagwacht“ durch verschiedene Beispiele zu veranschaulichen, erinnert an den „Vorwärts“ freit in Berlin und verlangt schließlich die Einsetzung einer Preßkommission, in der die Stuttgarter Arbeiterschaft einen der Größe ihrer Organisation und ihrer politischen Bedeutung entsprechenden Einfluß ausüben könne. Sie erläutert weiter den Vorschlag des Parteivorstandsmitgliedes Ebert zur Bildung einer aus sieben Personen bestehenden Preßkommission und befragt die Niederstimmung der Stuttgarter Anträge durch die Revisionisten. Deshalb seien die Mandate in Württemberg gestungen, den Parteitag anzurufen.

Saum hat Genossin Dunder beendet, so stellt Genosse Dieb den Antrag, von jeder Diskussion abzusehen, da das Eintreten in eine Debatte über den württembergischen Streit zu endlosen Anklagen und Gegenanklagen führen würde, die voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen würde. Ein großer Teil der süddeutschen Delegierten widerspricht, von Richard Fischer unterstützt, dem Vorschlag und verlangt, daß wenigstens einer der Führer des württembergischen rechten Flügels ausführlich zum Wort kommt. Es entspinnt sich eine leidenschaftliche Geschäftsordnungsdebatte, doch werden die Reden immer lauter und stärker durch die Rufe überdient: Nicht reden, abstimmen, abstimmen! Unter großer Unruhe läßt Genosse Leber, der den Vorsitz führt, abstimmen. Mit großer Mehrheit wird der Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen und dann ebenfalls mit beträchtlicher Majorität auch der Antrag der Genossin Dunder akzeptiert, durch den der Parteivorstand beauftragt wird, in die württembergischen Parteizweigstellen schlichtend und ordnend einzugreifen.

Die durch diesen kurzen Kampf hervorgerufene Unruhe wirkt noch einige Zeit nach, so daß der Genosse Mollenbaur sich zunächst gezwungen sieht, seinen gründlichen Vortrag über die Reichsverfassungsordnung vor einer größtenteils unaufmerksamen, sich lebhaft über die soeben erlebten Vorgänge unterhaltenden Versammlung halten zu müssen. Nach und nach verschafft sich Genosse Mollenbaur jedoch immer größere Aufmerksamkeit und schließt seine Rede unter lebhaftem Beifall. In der Diskussion sprechen Genossin Dieb und Genosse Hoch-Janau.

Zum Schluß erfolgt noch eine längere persönliche Erklärung des Genossen Keil gegen die ihn betreffenden Ausführungen der Genossin Dunder.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. September 1911.

### Für die Wahlagitator!

Die „Kreuztg.“, das führende Organ der konservativen Partei, wendet sich in einem Artikel gegen eine Arbeitslosenversicherung, sei es durch den Staat, sei es durch die Gemeinde. Denn, das ist der langen Rede kurzer Sinn, die Arbeitslosenunterstützung werde die Arbeiter in ihrem Emanzipationskampfe nur stärken, werde die Bestrebungen der Gewerkschaftsbewegung fördern. Und dann leistet sich der Leitartikel des führenden konservativen Organs folgende lapidare Sätze, die wir als stehendes Motto für unsere Wahlflugblätter gegen die Konservativen empfehlen möchten:

„Und zu diesem politischen und wirtschaftlichen Bedenken gestellt sich noch der moralische Nachteil: das Gefühl und die Gewißheit, daß für alle Lebenslagen vorgesorgt ist, muß ja geradezu den Charakter verderben. Je freier von Sorgen die Arbeiter sind und je mehr freie Zeit sie haben, desto weniger wird die Allgemeinheit einen Nutzen von ihnen haben. Die Arbeiter sollen sich selbst helfen, eingedenk des Satzes: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!“

Die Arbeiterklasse ist ausweislich der Verfassungszählung die zahlreichste Klasse. Sie umfaßt die Mehrheit des ganzen Volkes. Die Arbeiterklasse ist der Kern der Nation. Ihr Wohl und Wehe ist entscheidend für das Volk überhaupt. Und von dieser zahlreichsten Klasse des Volkes magt das führende konservative Organ mit dürren Worten zu sagen, daß die Allgemeinheit (will sagen die Minderheit der agrarischen und industriellen Ausbeuter!) keinen Nutzen von ihr habe, wenn sie von den schlimmsten Sorgen um das tägliche Brot befreit werde! Die Arbeiter, die Masse des Volkes soll aus der Sorge um die nothwendige Lebensnotdurft nicht herauskommen, damit unsere Junker und unsere Schloßbarone sie möglichst rücksichtslos auspressen und ausbeuten können! Weder Staat noch Gemeinde soll den Arbeiter vor dem Elend der Arbeitslosigkeit, das für ihn häufig die Verschleuderung seines ganzen Hausvermögens, das Hinabschleudern in das Lumpenproletariat bedeutet, schützen helfen! Der Arbeiter soll „in der Zeit sparen“, um in der Not geschützt zu sein. Er soll sich selbst helfen.

So spricht man von dem Arbeiter in einer Zeit, wo durch die agrarische Liebesgabenpolitik, durch die schwarze Steuer- und Ausplünderung und durch die Dürre alle Lebensmittelpreise in der ungeschicktesten Weise in die Höhe gegangen sind, wo für die Masse des ehrlich arbeitenden Volkes die Hungersnot vor der Tür steht!

Und diese Selbsthilfe für die doppelt und dreifach ausgebeuteten und ausgeprehten Arbeiter proklamiert das Organ der selben Junker, die ihrerseits in der unterstufensten Weise die Staatshilfe durch Schutzzölle und Liebesgaben aller Art auf Kosten der großen Masse des Volkes für sich in Anspruch nehmen!

Stupidere Unverschämtheiten sind von dem leitenden Organ einer schwarzen Minderheit einer ausgeplünderten Volksmehrheit noch niemals ins Gesicht geschleudert worden! Immerhin: wir sind der „Kreuztg.“ verbunden für dieses wunderbare Agitationsmaterial.

### Ein verzweifelter Trick.

Das Sprachrohr der Kriegslieferanten, die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“, versucht es noch einmal mit einem letzten bluff, die Regierung in ein Kriegsabenteuer hineinzubringen. Sie sucht nämlich die Regierung vor einem friedlichen Abkommen mit Frankreich dadurch abzuschrecken, daß sie ihr einreden sucht, die Erhaltung des Friedens werde nicht der Friedensliebe der Regierung,

sondern ihrer Furcht vor der Sozialdemokratie zugeschrieben werden. Die Prozentpatrioten halten danach unsere Regierung für so kopflos und schreckhaft, daß die Besorgnis vor einer solchen Deutung sie zu einer Handlung treiben könne, die ihr im Grunde als politisches Verbrechen erscheint! Diese mordspatriotische Auffassung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ verrät also ein Urteil über die Intelligenz und das moralische Verantwortlichkeitsgefühl der Krone und der Regierung, wie sie der despektierlichste Sozialdemokrat nicht ausdenken könnte.

Das Organ der rheinisch-westfälischen Panzerplatten- und Kanonenindustrie läßt sich angeblich von „einem gelegentlichen Mitarbeiter, den sein Beruf mit sozialdemokratischen Zeitungsredaktionen des Westens in Verührung bringt“, aus Köln schreiben:

„Ich weiß aus ganz sicherer Quelle, daß augenblicklich in einigen sozialdemokratischen Zeitungsredaktionen bereits die Triumphtakte vorbereitet werden, welche, wie aus der Pistole geschossen, sofort erscheinen sollen, sobald feststeht, daß in dem Marokkohaft die deutsche Diplomatie eine endgültige Niederlage erlitten hat und der von den Sozialdemokraten so heiß ersehnte Frieden um jeden Preis erzielt worden ist. Ein anderer Ausgang wird zunächst von den Genossen nicht erwartet. In diesen Artikeln — ich habe einen ganz gelesen — wird zunächst der alte Drei wieder aufgewärmt, daß die Sozialdemokratie infolge ihrer idealen und philanthropischen Bestrebungen und Ziele den Krieg als „Massen-völkermord“ verabscheut und ihn deshalb auch mit allen Mitteln zu hintertreiben suche. Des weiteren wird die sozialdemokratische Presse dem deutschen Volke klar zu machen suchen, daß es allein der Sozialdemokratie zu verdanken hat, wenn das Vaterland diesmal von den Schrecknissen eines Krieges bewahrt worden ist. Trotz Junkern, Kanonenkönigen, Panzerplattenfabrikanten und Schloßbaronen und anderen mächtigen Kreisen, die, um Millionen zu verdienen, die Regierung zum Kriege gekehrt hatten, sei durch die Sozialdemokraten der Frieden erhalten worden. Warum? — Weil die Regierung ihre Macht fürchte, und sich deshalb wohl hüten, ohne ihr Einverständnis einen Krieg gegen das Ausland zu führen. Ein Hinweis auf die angeblich so imposanten sozialdemokratischen Massenfriedenskundgebungen in Berlin, die kürzlich stattgefunden haben, bleibt selbstverständlich nicht aus. Schließlich steigert sich der triumphierende Ton in den Artikeln zu der Behauptung, daß die Entscheidung von Krieg und Frieden in Händen der Sozialdemokratie liege.

Während man jetzt die Panzerfabriken der Sozialdemokraten und ihre billigen Proteste gegen den Krieg in einsichtsvollen bürgerlichen Kreisen belächelt, wird man sie allerdings erster nehmen, sobald die Regierung vor dem Auslande zurückschrecken sollte. Man wird dann in der Tat glauben, daß sich die Regierung durch die Sozialdemokratie hat einschüchtern lassen, und sie dadurch veranlaßt wurde, ihre Würde und Ansehen gegenüber dem Auslande nicht genügend zu wahren.“

Wir brauchen wohl nicht erst zu erklären, daß die Erzählung von dem „gelegentlichen Mitarbeiter“ und seiner angeblichen Kenntnis eines bereits vorbereiteten sozialdemokratischen Artikels der dümmste und unverschämteste Schwindel ist, den sich unsere chauvinistischen Ehrenmänner seit geraumer geleistet haben!

Aber selbst wenn es sich nicht um eine freche Lüge des Panzerplattenorgans handelte — welche unsägliche Geirungsjähmung der Regierung liegt in der Annahme des Gehblattes, diese werde sich entgegen ihrer innersten Ueberzeugung in einen unabsehbaren Krieg stürzen, Hunderttausende ans Messer liefern und das Schicksal des ganzen Volkes aufs Spiel setzen, nur weil sie dem Verdacht ausgelegt sein könne, außer anderen politischen Erwägungen auch die dringlichen Friedensforderungen der proletarischen Volksmassen berücksichtigt zu haben!

So zeigt sich täglich von neuem in diesen lehrreichen Wochen, daß es keine gröblicheren Majestätsbeleidiger und struppeligeren Schädiger des Ansehens der Regierung gibt als unsere nationalen Kriegsheher!

### Eine Irreführung.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ reist sich darüber auf, daß Genosse Quack als Vertreter der englischen Sozialdemokratie in seiner Begrüßungsrede auf dem Parteitag die englischen Arbeiter als Feinde des Imperialismus und Chauvinismus und als Anhänger der Abrüstung bezeichnet habe. Er hätte verschwiegen, daß seine Partei sich für die Aufrechterhaltung einer genügend starken Flotte ausgesprochen hätte.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ verschweigt, daß dieser Beschluß, wie im „Vorwärts“ feinerzeit mitgeteilt, durch Urabstimmung der Mitglieder mit großer Majorität verworfen worden ist!

### Die Mannesmann-Presse.

Der Herausgeber der „Grenzboten“, Herr Kleinow, hatte behauptet, die „Post“, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ führten in der Marokkohaft die öffentliche Meinung irre, und er hatte von Verzierungen dieser Blätter zu den Herren Mannesmann gesprochen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat diese Behauptungen darauf als „eine nichtswürdige Verleumdung und journalistische Charakterlosigkeit“ bezeichnet. Herr Kleinow erklärt nun in dem heute erschienenen „Grenzboten“-Heft:

„Es wird mir jeder Unbefangene angeben, daß aus meinen Ausführungen nur solche den Vorwurf der Bestechlichkeit herauslesen können, die nicht wissen, wie dickhaft und vertraulich die Fäden zwischen der Presse und dem Publikum sein können. Ich habe die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ wegen Beleidigung verklagt, ebenso die „Post“ und die „Tägliche Rundschau“, weil sie die Ausführungen des Feiner Blattes weiter verbreitet haben.“

### Die Kraftprobe der Kriegsheher.

In diesen Tagen, wo auf diplomatischem Wege die Entscheidung im Marokkohaft fallen wird, lassen unsere Kriegsheher alle ihre Kräfte spritzen. So bringt die „Post“ einen Leitartikel, in dem sie die Frage aufwirft, ob es nicht doch besser sei, den unausweichlichen Krieg mit Frankreich und England schon jetzt zum Austrag zu bringen, statt sich auf einen Vertrag einzulassen. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit wird erklärt, daß es im gewissen Sinne vorteilhafter sei, gegen Frankreich und England gemeinsam Krieg zu führen, als gegen England allein. Denn dem Inlande England könne Deutschland nicht gut etwas anhaben, sei aber Frankreich der Verbündete Englands, so könne man sich für die von England zugefügten Verluste an ihm schadlos halten. Das Blatt der Panzerplattenpatrioten sagt wörtlich:

„Sind aber England und Frankreich verbündet, so haben wir in Frankreich ein Angriffsobjekt. Die französische

Flotte würde sich freilich mit der englischen vereinigen und deren Angriffskraft verstärken. Dafür aber wären die Engländer gezwungen, ihrerseits anzugehen, um ihre Bundesgenossen zu entlasten. Die Verhältnisse liegen dann für uns günstiger. Erstens brauchen wir der feindlichen Flotte nicht auf hoher See entgegenzugehen, sondern könnten deren Angriff gegen unsere Küstendefestigungen abwarten. Zweitens aber könnten wir uns für alle Gefahren des Seekrieges an Frankreich schadlos halten, das bis zur Vernichtung bekämpft werden möchte, um in ihm seinen Bundesgenossen mit zu treffen. Sollte aber England Truppen landen, um die Franzosen unmittelbar zu unterstützen, so würden auch diese Truppen für uns ein erwünschtes Angriffsobjekt bilden, und wir hätten die Engländer selbst vor der Klinge.

Alle diese Verhältnisse und Erwägungen weisen darauf hin, daß es vielleicht klüger und sicherer ist, den unvermeidlichen Kampf jetzt auszuschieben, wenn unsere Gegner es auf einen solchen wollen ankommen lassen, als die Entscheidung auf spätere Zeiten zu verschieben, wo wir dann, menschlichem Ermessen nach, unter noch ungünstigeren Umständen kämpfen müssen, ganz abgesehen davon, daß wir — wenn es heute nicht zum Kampfe kommt — unsere Rüstung zu Lande und zur See sehr bedeutend vermehren müssen, um auf der einen Seite der sehr bedeutenden Heeresvermehrung gewachsen zu bleiben, die Frankreich zweifellos aus Marokko ziehen wird, und auf der anderen mit den englischen Seerüstungen einigermaßen Schritt zu halten.

Läßt sich eine inoffizielle Zumutung denken, als die, Deutschland selbst dann in einen Weltkrieg zu stürzen, wenn nach Ansicht der Regierung ein ehrenvoller Friede möglich ist, nur deshalb, weil nach Ansicht unserer Kriegstreiber es möglicherweise doch einmal zu einem Zusammenstoß kommen könnte? Hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ noch immer keine Veranlassung, das niederträchtige Hetzergesindel zu Paaren zu treiben?!

Welche Folgen solch wahnsinnige Hetzerei haben muß, ist ohne weiteres klar. Frankreich, das sich bergestellt als Pfandobjekt bei irgend einem Konflikt Deutschlands mit England bedroht sieht, wird seine Rüstungen unter Aufbietung aller Kräfte fortsetzen, und den englischen Chauvinisten wird mit der Behauptung, daß Deutschland ja unter allen Umständen einmal mit England abrechnen müsse, geradezu unzählbares Agitationsmaterial in die Hand gespielt! Die Folge ist dann neues unabsehbare Beträgen, neue Steuerausplünderung der Massen!

Unser Chauvinistenpaar stellt wahrhaft übermenschliche Anforderungen an die Geduld der Volksmassen. Aber der Wahltag wird Wahltag sein!

### Friedensdemonstration in Nürnberg.

Die Nürnberger Arbeiterkassette veranstaltete am kommenden Sonntag eine große Friedenskundgebung, bei der auch englische und französische Arbeitervertreter sprechen werden. Die Kundgebung findet ihren Abschluß mit einem Umzuge, für den die polizeiliche Genehmigung erteilt worden ist.

### Sozialdemokratische Interpellationen an den Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Dienstag in Jena eine Fraktionsversammlung ab, in der beschloffen wurde, folgende Interpellationen im Reichstage einzubringen:

1. Marokko-Interpellation. Redner: Vebel und Frank.
2. Interpellation betr. Lebensmittelsteuerung. Redner: Scheidemann und Südekum.
3. Interpellation betr. Rahmregelung der Eisenbahnen in Ost- und Westpreußen. Redner: Emmel und Böhle.
4. Interpellation betr. Handhabung des Vereinsrechts. Redner: Albrecht.

### Ein Zentrumsabgeordneter für Trennung von Kirche und Staat.

In einer Zentrumsversammlung, die am Sonntag, den 10. September, im lothringischen Kreise Saargemünd tagte, gab der Zentrumsabgeordneter Van die Erklärung ab, daß auch er für die Trennung von Kirche und Staat sei. Ähnlich hat sich bekanntlich vor Jahrzehnten schon Windthorst ausgesprochen.

Rebenbel sei noch bemerkt, daß Herr Hoen auch zugab, das Zentrum habe deshalb im Sommer 1900 die Tabaksteuer bewilligt, weil es mit ihren Erträgen den Ausfall der (von den Schwärzen bekanntlich abgelehnten) Erbschaftsteuer habe decken wollen. Hinzukommt die fromme Partei gar nicht zugeben, daß sie die Armen geldrückt hat, um die Reichs zu schonen. Wie heißt es doch in der Bibel? „Wer da hat, dem wird gegeben, wer da aber nichts hat, dem wird auch genommen, was er hat.“ Was Heinrich Heine so übersetzte:

„Wer da viel hat, wird gewiß  
Noch viel mehr dazu bekommen.  
Wer da wenig hat, dem wird  
Auch das Wenige noch genommen.  
Wenn Du aber gar nichts hast,  
Ach, so lasse Dich begraben,  
Denn ein Recht zum Leben, Zump,  
Haben nur, die etwas haben.“

### Frankreich.

#### Die Arbeiter gegen Descaiff.

Paris, 18. September. Das Syndikat der Arsenalarbeiter hat Plakate anbringen lassen, die in äußerst bestiger Weise den Marineminister angreifen. Infolgedessen hat der Admiralitätschef de Marolles erklärt, alle Beziehungen zu dem Syndikat abzubrechen.

#### Die Teuerung.

Paris, 18. September. Gestern abend kam es in verschiedenen Städten wegen der Lebensmittelteuerung abermals zu Ausschreitungen. In Orient fanden nach einer Versammlung in der Arbeitsbörse, an der 5000 Personen teilnahmen, große Straßenkundgebungen statt. In St. Etienne durchbrach die Menge den Militärfordon, drang in die Markthalle ein und vernichtete einen großen Teil der Waren. In Metz trieb Kavallerie zahlreiche Arbeiter, die den Ausstand beschlossen hatten und in geschlossenem Zuge die Fabrik verließen, auseinander. Dabei geriet ein 13-jähriger Beshling unter die Hufe der Pferde und wurde getötet.

### Holland.

#### Ablehnung der Wahlrechtsdeputation.

Der Minister Heemskerck hat dem Parteisekretariat der sozialdemokratischen Arbeiterpartei am Montag mitgeteilt, daß er die Deputation, die ihm am 19. September die große Wahlrechtspetition überbringen soll, nicht empfangen werde, und zwar erstens, weil die Partei den Zeitpunkt dafür eigenmächtig festgesetzt habe, und zweitens, weil er mit dem Charakter der Demonstration nicht einverstanden sein könne. Der zweite Grund ist offenbar der wichtigste: Eine große Volksdemonstration für das allge-

meine gleiche Wahlrecht behagt der Regierung nicht. Selbstverständlich wird die Demonstration dennoch stattfinden und infolge der Unerschämtheit des Ministers vielleicht einen gewaltigeren Umfang annehmen, als wenn die Regierung sich wohlwollend gezeigt hätte, und die Abgeordneten des wahlrechtsfordernden Volkes werden die mit Hunderttausenden von Unterschriften versehene Petition ins Ministerium tragen. Der rote Dienstag wird offenbar alles übertreffen, was man bisher in der Wahlrechtsbewegung erlebt hat. In Amsterdam allein waren bis Ende voriger Woche schon 2000 Fahrkarten für die Extrazüge ausgegeben, die die Demonstranten nach der Residenz- und Parlamentsstadt Haag führen sollen. Im ganzen Lande werden Massen von Arbeitern den roten Dienstag zu einem Feiertag machen.

### Norwegen.

#### Die ersten Opfer der Soldatendemonstrationen.

Gegen vier jener Soldaten, die wegen der disziplinierten Ausschreitungen dieses Sommers angeklagt sind, ist jetzt das Urteil gesprochen. Einer wurde zu anderthalb Jahren Gefängnis und jährlichem Verlust des Wahlrechts verurteilt, zwei zu je acht Monaten und einer zu 120 Tagen Gefängnis. Es handelt sich hierbei um die Vorgänge bei Stenjar in der Gegend von Trondhjem, wo die Soldaten nach dem Arrestlöslolal zogen, um einen gefangenen Kameraden zu befreien. Der am härtesten verurteilte Soldat war derjenige, der die Fahne mit der Aufschrift: „Im Namen der Gerechtigkeit fordern wir Freilassung des Gefangenen“ getragen hatte. Den Anführer und Verfasser der Lauszeitel, durch die zu der Demonstration aufgefördert wurde, hat man noch nicht erwischt, man glaubt jedoch nun nachträglich wenigstens jenen Mann gefast zu haben, der die Tür des Arrestlokales aufbrach. Eine Anzahl weiterer Kriegsgerichts-urteile stehen noch bevor. Die Arbeiterschaft von Trondhjem wird am nächsten Sonntag eine große Straßendemonstration zum Protest gegen die Militärjustiz und den Militarismus veranstalten. „Socialdemokraten“ fordert den Parteivorstand auf, eine allgemeine Sammlung zu einem festen Fonds zu veranstalten, aus dem die Familien der jetzt verurteilten Soldaten sowie derjenigen, deren Verurteilung noch bedroht, unterstützt werden sollen.

### Portugal.

#### Eine monarchistische Verschwörung.

Lissabon, 18. September. In Bianna do Castelo wurde eine monarchistische Verschwörung entdeckt. Die Zahl der Verhafteten beträgt zwanzig. Sie standen in Verbindung mit den jetzt in Galizien weilenden Flüchtlingen. Hauptmann Martius Lima wurde in dem Augenblick verhaftet, als er auf dem Rade von Gaminha zurückkehrte. Auch der Pfarrer von Gaminha wurde festgenommen. Von Porto sind Truppen nach Bianna do Castelo geschickt worden.

### Aus der Partei.

#### Die behördliche Handhabung des Vereins- und Versammlungsdrechts.

Wie aus dem Parteitagbericht der heutigen Nummer zu ersehen ist, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschlossen, im Reichstage eine Interpellation einzubringen betreffend die Handhabung des Vereins- und Versammlungsdrechts. Es ist notwendig, daß die Parteigenossen im ganzen Reiches alles Material über mißbräuchliche Anwendung des Vereins- und Versammlungsdrechts ungehindert dem Fraktionsredner, Genossen Albrecht, Halle a. S., Lindenstr. 58, zuleiten.

#### Zum Stuttgarter Parteitag.

In der „Schwäbischen Tagwacht“ antwortet Genosse Redakteur Rohmann als Berichterstatter des „Pressebureau“ auf den in unserer Sonnabendnummer enthaltenen Vorwurf der Stuttgarter Parteileitung, das Pressebureau habe über eine Mitgliedsveranmlung tendenziös berichtet. Genosse Rohmann verwohrt sich in einer längeren Erklärung gegen diesen Vorwurf, der durch nichts gerechtfertigt sei.

### Jugendbewegung.

#### Die Organisation der staatlichen Jugendpflege.

Die unter dem verlockenden Namen Jugendpflege im preussischen Abgeordnetenhaus feierlich angekündigte Korruption der proletarischen Jugendbewegung beginnt jetzt in vielen Orten Preußens ihre heuchlerische Wirksamkeit zu entfalten. Sie beginnt in der Regel trotz der Millionenpende aus dem Säckel der preussischen Steuerzahler mit einer widerlichen Bettelei. Kürzlich hat sich auch in Elbing ein Verband für Jugendpflege gebildet, der seine Arbeit mit der Verwendung von Bettelebriefen an Vereine und Privatpersonen aufgenommen hat. Die Empfänger werden aufgefordert, den Verband durch Zahlung eines Jahresbeitrages von mindestens 5 M. zu unterstützen. Dem Briefe ist ein Auszug aus den Satzungen des Verbandes beigelegt, aus dem der Charakter und die Organisation der staatlichen Jugendpflege einigermaßen ersichtlich ist. Der Zweck des Verbandes ist: „alle auf Pflege der schulentlassenen Jugend zu Elbing gerichteten Bestrebungen zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen und zwar auf dem Boden vaterländischer Gesinnung“. Was im hiesigen Deutsch übertragen heißt: Die Organisation verfolgt den politischen Zweck, die jugendlichen Arbeiter zu untertänigen Ausbeutungsobjekten zu erziehen. Als geeignet zur Mitgliedschaft im Verbands werden alle bestehenden „nationalen“ Vereine bezeichnet. Schneidige Offiziere der Jugendwehr, deutsche Turner, alte Jungfern der Jungfrauenvereine und Pastoren aller Konfessionen sollen hier in brüderlicher Ummarmung vereint werden. Durch einmalige Zahlung einer Summe von 100 M. können sich die Förderer des Verbandes für alle Zeit ihrer Beitragspflicht entziehen, was als ein Appell an die Unternehmer anzusehen ist, die an der „vaterländischen“ Gesinnung der Arbeiter ein lebhaftes Interesse haben. Die Aufgaben des Verbandes sollen erstens in der Förderung der Bestrebungen der angeschlossenen Vereine bestehen, zweitens in der Einwirkung auf die Behörden, die im gemeinsamen Interesse der einzelnen Vereine erforderlichen Einrichtungen, wie Turn- und Spielplätze, Jugendheime, Volksbibliotheken zu beschaffen, drittens in der Veranstaltung mindestens eines gemeinsamen Festes im Jahre für Turnen, Spiel und Sport, „um das Interesse der Jugend hieran noch zu halten“. Als eine Art Jahrmärktchen sollen veranstaltet werden, durch den die Jugend mit lärmender Musik und anderem Krumsel angelockt werden soll, wie der Jahrmärktchenbesucher mit der Kraft seiner Stimme die schaulustigen Gaffer anlockt. Die Leitung des Verbandes liegt in den Händen des ersten Bürgermeisters, der noch einen Stellvertreter ernennen (!) darf. Als Staffage dürfen die angeschlossenen Vereine je einen Vertreter in den Vorstand senden. Auch dürfen „Persönlichkeiten“, die sich für die Jugendpflege interessieren, in den Vorstand aufgenommen werden. Die Jugend selbst, die überhaupt mit keinem Wort erwähnt wird, hat natürlich bei der Sache nichts zu sagen. Wie es im preussischen Staate heißt: Maul halten und zählen, so heißt es in der staatlichen Jugendpflege gegenüber der Jugend: Maul halten und nicht musen. Eine seine Jugendorganisation, dieser Verband für Jugendpflege, mit dem auf Lebenszeit bestellten bürgermeisterlichen Vorsitzenden an der Spitze.

In einer Zeit, in der sich das Reichsvereinsgesetz als eine Quiloline der proletarischen Jugendorganisation erwiesen hat, dürfen die Macher dieser Jugendpflege auf das Reichsvereinsgesetz lustig pfeifen. Offen sprechen sie in den Satzungen den politischen Zweck des Verbandes aus. Und da findet sich kein Staatsanwalt, das Gesetz zu schützen.

Im übrigen soll die oben gekennzeichnete Sorte von Jugendfürsorge noch weiter ausgedehnt werden. Die bürgerliche Presse berichtet darüber: „Durch den preussischen Etat für 1911 ist bekanntlich eine Million Mark zur Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend bereitgestellt. Aus diesem Betrage sollen Beihilfen für Veranstaltungen Dritter zwecks Förderung und Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend, sowie zur Ausbildung und Ansehung der zur Jugendpflege geeigneten Personen gewährt werden. Es war dabei beabsichtigt, ein möglichst einheitliches Zusammenwirken der in dieser Jugendpflege bereits tätigen oder für sie zu gewinnenden Kräfte herbeizuführen und ihre Bestrebungen durch Rat und Tat von seiten des Staats nach Möglichkeit zu fördern. Die Regierungspräsidenten waren beauftragt, mit Hilfe der Kreise und Gemeinden und den bestehenden Wohlfahrtsvereinen Vorschläge für eine sachgemäße Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel zu machen. Die Nachfrage nach Beihilfen für den gedachten Zweck ist nun eine außerordentlich lebhaft gewesene, denn immer weitere Kreise haben sich von der Notwendigkeit einer umfassenden Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend überzeugt. Unter diesen Umständen darf man annehmen, daß die bisher bereitgestellten Mittel für die Zukunft nicht ausreichen. Man rechnet vielmehr damit, daß schon für das nächste Jahr sich verstärkte Mittel als notwendig erweisen werden, deren Bewilligung vom Landtag wohl zu erwarten ist.“

Den beabsichtigten Zweck, Vervielfältigung der freien Jugendbewegung, wird man freilich auch mit den verstärkten Mitteln nicht erreichen.

### Aus Industrie und Handel.

Kohlengewinnung auf Spitzbergen. Auf Spitzbergen hat eine amerikanische Gesellschaft Kohlen geschürft und bisher 60 000 Tonnen gewonnen. Dieser Umstand hat die Aufmerksamkeit anderer ausländischer Industrieunternehmen auf sich gezogen, um so mehr als die Kohle von guter Beschaffenheit ist, wie die Käufer derselben — Schiffe und Eisenbahnunternehmen — bezogen. Es hat sich daher eine schwedische Gesellschaft gebildet, die nicht bloß Kohlen, sondern auch andere Mineralien auf diesen nördlichen Inseln gewinnen will. Die Gesellschaft läßt gegenwärtig Untersuchungen und Schürfungen anstellen, die sie schon im Sommer 1910 begonnen hat. Aber auch eine englische Gesellschaft hat als Schauplatz ihrer Tätigkeit die Eisinseln erwählt. In Nord eines eigenen Dampfers haben sich in ihrem Auftrage Ingenieure und Arbeiter von Tromsø nach Spitzbergen eingeschifft. Diese Expedition ist vorzüglich ausgerüstet; ihre eigentliche Aufgabe wird geheim gehalten; es ist aber ganz selbstverständlich, daß sie sich nur auf die Ausbeutung von Bodenschätzen richtet. Es findet also allmählich ein Run auf die Insel statt, der sich bald in Verwidelungen allerlei Art kundgeben wird. Da die Gesellschaften ihre Spähren natürlich so weit wie möglich auszudehnen versuchen werden, werden Streitigkeiten entstehen, deren Schlichtung um so schwieriger sein wird, als ja die Inseln keiner Macht gehören, sondern politisch frei sind.

### Soziales.

#### Schulhygienisches.

Wie die Hygiene überhaupt, so hat im besonderen auch die Schulhygiene in den letzten Jahrzehnten eifrig Fortschritte gemacht. Ueber die gegenwärtigen einschlägigen Einrichtungen gibt eine Schrift: „Ausübung und Ergebnisse der Schulhygiene in den Volksschulen“, im Auftrage der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge bearbeitet vom Schularzt Dr. Lewandowski, Berlin, interessante Auskunft. Zur Beschaffung des Materials hatte der Verfasser an alle Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern Fragebogen versandt, von denen 468 in brauchbarem Zustand zurückkamen. Danach waren in 266 Orten, also nur reichlich der Hälfte, Schulärzte angestellt. Je kleiner der Ort, um so seltener ist ein Schularzt vorhanden. Die 202, also immerhin über 10 000 Einwohner zählenden Orte, die keinen Schularzt hatten, besaßen 1290 Schulen. Brausebäder in den Schulgebäuden gab es in 216 Orten; Gelegenheit zu Schwimmbädern durch die Schulverwaltung war in 206 Orten gegeben, Schwimmunterricht auf Gemeindefosten wurde in 95 Orten erteilt. Spiele im Freien unter Leitung von Lehrern wurden in 357 Orten veranstaltet; in 226 Orten hiervon sind zu dem Zwecke Spielnachmittage eingerichtet. In 193 Orten werden gymnastische Übungen vorgenommen, in 22 Orten wurde sogar orthopädischer Turnunterricht für rückgratverkrümmte Kinder erteilt.

Ueber die Abgabe von Rahrungsmittein an die Kinder durch die Schulen wird aus 26 Orten berichtet. 7 Orte verteilten an arme und bedürftige Kinder während des ganzen Jahres Frühstück, 12 nur während des Winters und 8 nur gelegentlich. Jähne und Jahnfleisch der Kinder werden in 163 Orten regelmäßig untersucht; in 41 Orten durch Zahnärzte. In 20 Orten sind Schulzahnkliniken eingerichtet. Eine schulärztliche Untersuchung und Überwachung der Augen findet in 274 Orten statt, eine Untersuchung der Ohren in 131 Orten. Der Bekämpfung der Tuberkulose wird ebenfalls besondere Aufmerksamkeit gewidmet. In 238, also etwa der Hälfte der auskunfterteilenden Orte, werden die tuberkuloseverdächtigen Kinder festgehalten. Meist werden die Kinder den Fürsorgestellen für Augenkranken oder ähnlichen Instituten zugewiesen, die mit Hilfe von Vereinen und Stiftungen usw. unter Umständen eine Kur einleiten lassen. Auch in diesen Einrichtungen sind die großen Städte den kleineren überlegen. Einen ziemlich umfangreichen Umfang nimmt die Verdopplung der Kinder an. Zur Bekämpfung derselben ist aber noch wenig getan worden. In 127 Orten hat man den Nachmittagsunterricht beseitigt, in 51 Orten Kurzstunden und in 130 Orten Sonderschulunterricht eingeführt. In 148 Orten bestehen Hilfsklassen und in 103 Orten Hilfsklassen für Schwachbegabte.

Die in der Statistik angeführten Zahlen zeigen, wie weit wir noch von einer wirklichen Schulhygiene entfernt sind. Wir haben in Deutschland 575 Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern, von ihnen haben über 100 gar nicht oder unbrauchbar geantwortet. Man kann wohl behaupten, daß bei der Mehrzahl davon schulhygienische Fürsorge nicht zu finden ist. Und dann die tausende Orte, deren Einwohnerzahl 10 000 nicht erreicht! Gerade in diesen wirtschaftlich zurückgebliebenen Ortschaften herrschen die jämmerlichsten Schicksale. Wenn die Schulpatrone teilweise nicht einmal dafür sorgen, daß die Schulgebäude sich in einem einigermaßen bewohnbaren Zustande befinden, um wieviel weniger werden sie die soziale Verpflichtung in sich fühlen, die heranwachsende Jugend durch schulhygienische Einrichtungen körperlich und geistig widerstandsfähiger zu machen. Das dem so ist, zeigen auch die Auskünfte der von der Statistik umfassen 468 Orte über 10 000 Einwohner. Selbst Schulärzte sind nur in 266 Orten vorhanden, und auch ihre Tätigkeit wird durch die große Anzahl der zu überwachenden Kinder mehr oder weniger in Frage gestellt. Wir können wohl mit Recht behaupten, daß da, wo sich Ansätze einer Schulhygiene zeigen, sie dem Drängen unserer Vertreter in den Gemeinden zu danken sind. Diese Ansätze zu einer wirklich umfassenden Schulhygiene auszubauen, werden sich unsere Genossen in den Gemeindevertretungen angelegen sein lassen. Denn kein Kapital ist nützlicher angelegt, als wenn es zur Kräftigung der heranwachsenden Jugend verwandt wird.

# Gewerkschaftliches.

## Polizeiliche Überwachung einer Gewerkschaftsversammlung.

In den großen Glashüttenwerken des Herrn Hehe in Gerresheim und Porta Westfalica haben sich die Arbeiter in der letzten Zeit der Organisation der Glasarbeiter angeschlossen. Am Sonntag fand wiederum eine öffentliche Glasarbeiterversammlung statt. In dieser Versammlung erschienen ein Gendarm und ein Postbeamter. Beide wünschten, daß ihnen ein Platz angewiesen werden möchte. Als den beiden Beamten beauftragt wurde, daß sie in dieser Versammlung gar nicht zu suchen hätten, meinten sie, daß sie das Recht hätten, die Versammlung zu überwachen und daß sie bleiben würden. Alle Aufforderungen waren umsonst, die Beamten verließen das Lokal nicht. Da die Reisekosten des Referenten ganz erhebliche waren, wurde die Versammlung trotz der Anwesenheit der Polizei abgehalten. Beschwerden gegen das Verhalten der Behörde ist eingelegt worden.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Ausgesperrten der Firma Schneider

versammelten sich am Mittwochvormittag in den „Vorussialen“, Uckerstraße, zur Besprechung der Situation. Eine Verhandlung mit der Firma ist angebahnt worden durch eine Unterredung zwischen Otto Handke vom Deutschen Metallarbeiterverband und dem Direktor des Werkes. Eine Anzahl Arbeitswilliger sind eingestellt worden; aber man soll mit ihren Leistungen nicht zufrieden sein. Die Ausgesperrten beklagen sich sehr über ein schroffes Vorgehen von Seiten der Polizei, die einige Personen, in denen sie Streikposten vermutete, verhaftet hat. Es wurde erzählt, daß zwei Schulleute nach dem Streiklokal kamen und sich erkundigten, ob dort Leute gegen ihren Willen festgehalten würden. Diese sonderbare Vermutung war natürlich unbegründet. Handke erhob Protest dagegen, daß die Polizei in die Rechte der Arbeiter eingreift und forderte die Ausgesperrten auf, sich dadurch nicht einschüchtern zu lassen. Er wandte sich auch gegen eine Notiz im „Berliner Tageblatt“, die den Ausgesperrten alle Schuld an dem bestehenden Unfrieden beimißt und eine falsche Darstellung der Ursachen der Aussperrung gibt; er betonte, daß die Arbeiter nur verlangten, was sie als recht und billig ansahen, daß sie keine Lohnforderungen stellten und nur ihre Rechte als organisierte Arbeiter vertraten. Ueber den Ausgang der jetzigen Verhandlungen wird in der nächsten Versammlung Bericht erstattet werden.

#### Unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Schokoladen-, Kaffee- und Zuckerwarenfabriken

Bereitet sich eine Bewegung zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor. Die in dieser Industrie Beschäftigten (in Berlin gegen 7000) haben unstrittig die erbärmlichsten Löhne, wie die elendesten Verhältnisse. Gibt es doch heute noch große Fabriken, darunter sogar Hoflieferanten, die an die weiblichen Arbeiter Löhne von 6 Mk. pro Woche bezahlen und ist der Durchschnittsverdienst der Arbeiterinnen im allgemeinen nicht höher als 10 bis 11 Mk. Dabei werden besonders die Arbeiterinnen durch ein fein ausgeklügeltes Alfordbistum zu äußersten Anstrengungen getrieben und wiederholt ist es speziell in einer großen Fabrik vorgekommen, daß diese armen Geschöpfe bei ihrer Arbeit vor Erschöpfung zusammenbrachen, wobei herzlose Antreiberinnen den armen abgekehrten Wesen noch ein paar Eimer Wasser über den Kopf gießen lassen wollten.

Lange Jahre war es der Organisation nicht möglich, in die Reihen dieser ausgemergelten Arbeiter und Arbeiterinnen einzudringen zu können, denn die Unternehmer entwickelten in der Bekämpfung der Arbeiterbewegung einen Terrorismus, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Wurden doch von einzelnen Fabrikanten sogar Prämien für diejenigen Beschäftigten ausgesetzt, die ihre Mitarbeiter und Arbeiterinnen als „organisiert“ denunzierten. Diese Denunzierten wurden dann sofort entlassen. Mit diesem Särgenregiment hatten die Fabrikpöschas auch bis vor einiger Zeit Erfolg, und die Ausbeutung konnte immer schlimmere Formen annehmen. Seit voriges Jahr jedoch hat nun die Organisation trotz alledem Fortschritte gemacht. Die Unzufriedenheit der Beschäftigten ist eben bereits bis zur Erbitterung gestiegen.

Zu der vergangenen Woche haben bereits mehrere Versammlungen für einzelne Fabriken stattgefunden, welche sehr gut besucht waren und die erkennen ließen, daß die Arbeiter wie auch die Arbeiterinnen gleichmäßig entschlossen sind, der übermäßigen Ausbeutung entschieden gegenüberzutreten und eine Aufbesserung der miserablen Entlohnung unter allen Umständen herbeizuführen.

Am Freitag, den 15. d. M., fanden wiederum zwei Versammlungen für die in dieser Industrie Beschäftigten statt, und zwar eine bei Walschmieder, Gesundbrunnen, Badstr. 10, und Berliner Vordrucker, Tempelhofer Berg.

Es steht zu erwarten, daß auch diese Versammlungen zahlreich besucht werden und wäre es nur zu begrüßen, wenn endlich auch für diese armen ausgemergelten Geschöpfe eine bessere Zeit hereinbrechen könnte.

Die Familienangehörigen, besonders Töchter, sehr häufig auch die Frauen von Partei- und Gewerkschaftsangehörigen, sind zu Hunderten, wenn nicht gar Tausenden, in dieser Industrie beschäftigt. Auch sie gehören zu den am erbärmlichsten bezahlten Arbeiterinnen und müssen sich die empörende Behandlung der Fabrikanten und ihrer Kreaturen gefallen lassen.

An diese Partei- und Gewerkschaftsangehörigen richtet die Organisation die dringende Bitte, diese in der Zuckerwarenfabrik Beschäftigten Familienmitglieder der Organisation zuzuführen und sie auf die beiden am Freitag stattgefundenen Versammlungen hinzuweisen. Bei den ungeheuren Hindernissen, die von raffigierten Fabrikpöschas der Organisation entgegengestellt werden, ist die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft um so notwendiger, als die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Fabriken geradezu schandbar sind.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren, Berlin, Engelauer 14 III, Zimmer 65. Fernspr. IV 2306.

#### Internationaler Kongress der Glasarbeiter.

Am Mittwoch, den 13. d. M., trat im Berliner Gewerkschaftshaus der internationale Kongress der Glasarbeiter zusammen. Delegierte sind gemeldet aus Amerika (Vereinigte Staaten) 1, Belgien 2, Dänemark 1, Deutschland 5, England 1, Frankreich 1, Holland 1, Italien 2, Österreich 3, Schweden 1, Ungarn 1.

Mexiko (Toluca) hat den internationalen Sekretär Genossen Wirbig mit seiner Vertretung betraut. Finnland, Spanien und Bulgarien haben mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage sind, einen Delegierten zu entsenden. Es werden also im ganzen 19 Delegierte anwesend sein, welche rund 37 000 Glasarbeiter vertreten.

Außerdem nimmt am Kongress das Internationale Sekretariat teil, das seinen Sitz in Berlin hat und den Kongress vorbereitet hat. Außer der Berichterstattung des internationalen Sekretärs wird sich der Kongress mit der Regelung der Arbeitszeit, Abschaffung der Sonntagsarbeit, Einführung eines wöchentlichen Ruhetages für die Bedienungsmannschaften, Vesteiligung der Nachtarbeit und Kinderarbeit, Stellungnahme zur Frauenarbeit, Gesundheitschutz in der Glasindustrie und der Auswanderungsfrage beschäftigen.

Zur Begrüßung der Delegierten fand am Dienstag abend im großen Saal des Gewerkschaftshauses ein Empfangabend statt, der von der Pöschke Berlin des Glasarbeiterverbandes sowie vom Zentralverband des Verbandes arrangiert war.

Achtung, Dachdeckerhelfer! Zur Arbeitseinstellung ist es am Mittwoch, den 13. September, bei der Firma Förster, Waldemarstraße 30, gekommen. Herr Förster will durchaus den Vertrag gerantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratentat verantw.:

für die Hilfsarbeiter nicht anerkennen. Er scheint der Meinung zu sein, daß Löhne von 47 1/2 Pf., die er einigen Arbeitern bezahlt, vollständig ausreichend sind. — Ebenfalls haben auch die Hilfsarbeiter der Firma S. M. A. H., Schönhauser Allee 97, die Arbeit niedergelegt. Herr M. A. H. weigert sich, 60 Pf. Stundenlohn weiter zu bezahlen, wozu er sich im vergangenen Jahre durch Unterschrift verpflichtet hatte. Diese Werkstellen sind unbedingt zu meiden. Zentralverband der Dachdecker.

### Deutsches Reich.

#### Beendigung des Lederarbeiterstreiks in Elmshorn.

Nach zwoöchentlicher Dauer ist der Lederarbeiterstreik in Elmshorn beendet worden. Die Arbeit wurde am Dienstag, den 12. September wieder aufgenommen. Die Forderungen der Elmshorner Lederarbeiter lauteten auf Einführung von Mindestlöhnen für die Stundenlohnarbeiter. Die Akkordarbeiter hatten keine Forderungen erhoben. Die Forderung der Mindeststundenlöhne für die Stundenlohnarbeiter konnte trotz des langwierigen und von den Streikenden glänzend durchgeführten Kampfes nicht durchgesetzt werden. Die Lederfabrikanten haben sich bei Beendigung des Kampfes verpflichtet, die Stundenlöhne aufzubessern, haben es aber abgelehnt, Mindeststundenlöhne zuzubilligen. Der mit Energie und Ausdauer durchgeführte Kampf mag den Elmshorner Lederfabrikanten eine Mahnung sein, die versprochene Erhöhung der Stundenlöhne bald und nicht zu lang einreten zu lassen, damit nicht gleich wieder Rohstoff zu neuen Kämpfen angesammelt wird. Der zwoöchentliche Kampf in Elmshorn wird sowohl den Elmshorner Lederfabrikanten, wie auch den Lederfabrikanten anderer Orte gezeigt haben, daß die organisierten Lederarbeiter auch langwierige Kämpfe mit glänzender Solidarität durchzuführen wissen. Deshalb wird es die Lederarbeiter auch nicht lassen, wenn die Scharfmacher unter den Lederfabrikanten jetzt ein Pressengeheul anstimmen und erklären, daß der Kampf der Elmshorner Lederarbeiter zwecklos gewesen ist, da sie die geforderten Mindeststundenlöhne nicht durchgesetzt haben. Der langwierige Kampf in Elmshorn wird es manchen Lederfabrikanten doch nahe legen, den Forderungen seiner Arbeiter ein williges Ohr zu leihen, ehe er es zu solch einem langen und auch für die Fabrikanten opferreichen Kampf kommen läßt. Die Verhandlung des Lederarbeiterverbandes, aber hat durch Ausschreibung von Extrabeiträgen dafür gesorgt, daß das finanzielle Mittelgeld des Verbandes auf der Höhe bleibt und der Verband trotz Elmshorn und vieler anderer schwerer Kämpfe im Jahre 1911 auch für kommende Kämpfe gerüstet dasteht.

Die Schloffer und Oberleitungsarbeiter der den Straßenbahnverkehr in Wiesbaden betreibenden Süddeutschen Eisenbahngesellschaft sind wegen Lohnforderungen und Entlassung eines Kollegen ausständig geworden.

#### Zur Lohnbewegung der Lithographen und Steindrucker in Leipzig.

Wie wir berichteten, haben am 8. September in ganz Leipzig, mit Ausnahme einiger weniger Firmen, die Lithographen und Steindrucker die Räumlichkeiten eingerrückt. Darunter befindet sich auch eine größere Anzahl nichtorganisierter Geübten. Ueber ganz Leipzig wurde für Lithographen und Steindrucker die Sperre verhängt. Die gestellten Forderungen gipfeln in der Hauptache in einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von neun auf acht-einhalb Stunden, einer Erhöhung des Mindestlohnes, Reduzierung der Lehrlingsziffer, bezahlte Ferien, Verbot von Akkord-, Prämien- und Hausarbeit und einer den Feuerungsbedingungen entsprechenden Lohnzulage für alle Lithographen und Steindrucker. Die Leipziger Prinzipale, soweit sie dem Schutzverband deutscher Steindruckerangehöriger angehören, erklären, nicht einzeln zu verhandeln, sondern hätten ihrem Vorstand in Berlin die Erledigung übertragen. Die Bewegung scheint auch auf das Hilfspersonal überzuziehen zu wollen. Denn am 8. September sind neben einigen Räumigungen von Hilfspersonal in Kleinbetrieben auch in zwei Großbetrieben (Kriegsgesellschaften) in Leipzig bereits Massenrückbildungen des Hilfspersonals erfolgt. Die Vereinerung der Steindrucker-Leipzig steht mit der Hilfsarbeiterorganisation seit 1907 im Tarifverhältnis, das am 31. Dezember d. J. abläuft. Nach vorliegendem Tarifschiedsgerichtsurteil des Hilfsarbeiter-Schiedsgerichts in Leipzig sind Massenrückbildungen ein Tarifbruch. Dies trifft schon zu, wenn ein größerer Teil einer Berufsgruppe kündigt oder gekündigt wird. Der Verband der Buch- und Steindrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erklärt, daß, wenn diese Massenrückbildung des Hilfspersonals wider Erwarten von der Organisationsleitung der Steindruckerangehöriger gutgeheißen werden sollte, dann wäre der Tarif damit in einseitiger Weise von den Prinzipalen außer Kraft gesetzt und die Hilfsarbeiter würden dann sofort geeignete Gegenmaßnahmen treffen. — Inzwischen hat nun eine gemeinsame Sitzung der beiden Zentralen (vom Schutzverband der deutschen Steindruckerangehörigen und vom Beihilfenverband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe) stattgefunden, in welcher vereinbart wurde, daß unter Hinzuziehung von beiderseitigen Vertretern aus Leipzig am Freitag, den 15. September, in Berlin Verhandlungen stattfinden sollen. Ueber das Resultat dieser Verhandlungen werden wir berichten.

Die Bremer Elektromonteur, die zum übergroßen Teil im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, haben sich jetzt mit dem Ortsverband der elektro-technischen Installationsfirmen auf gültlichem Wege über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geeinigt. Das Resultat der mehrmaligen Verhandlungen ist der Abschluß eines Tarifvertrages, wonach den Gehilfen, die vier Jahre in einem elektro-technischen Installationsgeschäft geleert haben, im ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit 45 Pf., im zweiten Jahre 50 Pf. und im dritten Jahre 55 Pf. Stundenlohn bezahlt werden. Nach dieser Zeit beträgt der Stundenlohn nicht unter 60 Pf. für Monteur. Wer diesen Lohn bereits hatte, erhält eine Zulage von mindestens 2 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden werden 25 Proz. für Nachtstunden 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Die Arbeitszeit ist eine neunstündige. Der Vertrag läuft bis zum 1. Juli 1914; am 1. Juli 1913 werden die tariflichen Löhne um 2 Pf. erhöht.

#### Lohnkampf im Darmstädter Transportgewerbe.

Seit 1. September stehen die Kohlenarbeiter unter heftigstem Widerstand der Kohlenhändler im Streik. Die Fuhrunternehmer und Möbeltransportunternehmer haben durch den Transportarbeiterverband eingetragene Forderungen abgelehnt und weisen durch den Schwereidenden Arbeitgeberverband auch Verhandlungen zurück. Ein allgemeiner Streik der Transportarbeiter scheint unvermeidlich.

### Ausland.

#### Der Generalstreik in Bilbao.

Bilbao, 12. September. Im Laufe des Vormittags ist es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Truppen gekommen, die auf die Arbeiter Schüsse abgaben. Die Arbeit ruht vollständig. Der Verkehr im Hafen ist aufgehoben, der Eisenbahnbetrieb im Reichsbild der Stadt ist eingestellt.

Bilbao, 12. September. Heute ist hier der Belagerungszustand erklärt worden. Die Lage in den Bergwerken und industriellen Betrieben in der Umgebung von Bilbao ist bedenklich. In sämtlichen Bergwerken und Häfen ist die Arbeit eingestellt worden. Auch auf den baskischen Eisenbahnen wurde mit der Arbeitseinstellung begonnen. Der Arbeitgeberverband beschloß, in der seit Beginn des Streiks eingenommenen Haltung auch weiterhin zu verharren.

Oviedo, 12. September. Minenarbeiter sollen nach offiziösen Meldungen eine Brücke der baskischen Eisenbahn mit Dynamit in die Luft gesprengt haben, um den Kohlentransport aus Gruben, in denen noch weitergearbeitet wird, unmöglich zu machen.

Bilbao, 13. September. Heute ist auch das Personal der hiesigen Druckerien in den Ausstand getreten.

Der Streik der Marmorarbeiter in den Steinbrüchen von Carrara ist in für die Arbeiter zufriedenstellender Weise beigelegt worden. Die Streikenden erzielten eine Lohnerrhöhung von 18 Proz. Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Quadr. u. Verlagshaus

und eine geringe Herabsetzung der Arbeitszeit. Die Arbeit ist heute wieder aufgenommen worden. Die mit dem Herablassen der Marmorblöcke beschäftigten sogenannten „Lizzatori“ sind bis jetzt den Abmachungen noch nicht beigetreten.

## Aus der Frauenbewegung.

### Mutterschaftsfürsorge.

Auf dem zurzeit in Berlin tagenden 3. Internationalen Kongress für Säuglingschutz wurde in der Sektion III auch das Problem der Mutterschaftsversicherung behandelt. An Stelle des erkrankten Professors Mayer hatte Dr. Bruno Heidelberg, Vorsitzender der Propagandagesellschaft für Mutterschaftsversicherung, das Hauptreferat übernommen. Der Vortragende begründete an der Hand eingehenden statistischen Materials die Notwendigkeit der gesetzlichen Mutterschaftsfürsorge. Die hohe Säuglingssterblichkeit ist eine Folge der wirtschaftlichen Schutlosigkeit von 1 1/2 Millionen Frauen zur Zeit der Geburt. Neben dem Leben der Kinder wird die Gesundheit und das Leben der Mutter bedroht. Der Vortragende gibt dann eine Uebersicht über den Stand der Frage des Mutterschutzes im In- und Auslande, über die durchweg ungenügende gesetzliche Regelung derselben, sowie einen Uebersicht über die private Hilfsstätigkeit auf diesem Gebiete. Er forderte dringend reichsgesetzliche Einführung der Mutterschaftsversicherung, als deren unerrückbare Forderungen zu gelten haben: Lohnentschädigung in Höhe des vollen Tagelohnes (für 10—12 Wochen), Ersatz der Kosten für Arzt, Hebamme, Medikamente, Haus- oder nötige Anstaltspflege — Stillprämiën, sowie Beihilfe zur Säuglingsernährung. — Bis zur endgültigen Regelung dieser Frage sei der Weg der Selbsthilfe zu beschreiten. Diese stellen die von der Propagandagesellschaft für Mutterschaftsversicherung gegründeten Mutterschaftskassen dar. In der Heidelberger Propagandagesellschaft wirken mit den Vertretern aller Berufsstände die Vertreter sämtlicher Arbeiterorganisationen zusammen. Der erzielte Erfolg ist sehr erfreulich. Die Heidelberger Mutterschaftskasse zählt zahlreiche Mitglieder, gewährt Wöchnerinnengeld (20—40 Mk.), Stillprämiën (20 Mk.) bei monatlichen Einzahlungen von 50 Pf. Die Propagandagesellschaft versteht die Versicherter der Mutterschaftskasse mit Schwangerenfürsorge in den letzten vier Wochen, Haus- und Wochenspflege, und zahlt aus einem Reservefonds Stillprämiën auch an solche Versicherte, die noch keinen Anspruch auf Wöchnerinnengeld haben. Der Redner forderte vorläufig zur Unterstützung dieser privaten Mutterschaftskassen auf — als Endziel bleibt jedoch bestehen: die Mutterschaftsversicherung.

Die von Herrn Dr. Bruno geforderte staatliche Fürsorge für die Schwangeren und Wöchnerinnen wurde von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gelegentlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung verlangt. Der Erfolg war freilich, daß die bürgerliche Mehrheit nicht einen der im Interesse der Mütter und Säuglinge gestellten Anträge akzeptierte. Spätere Geschlechter werden es freilich nicht verstehen, daß es eine Zeit gab, in der eine zu den Kulturstaaten zählende Nation dem losbarsten Gut der Gesellschaft, den Müttern und Kindern, jegliche wirkliche Fürsorge verweigerte.

## Letzte Nachrichten.

### Flammender Protest.

Paris, 13. September. Aus Vrest wird gemeldet: Das Syndikat der Arsenalarbeiter ließ einen Aufruf anhängen, in welchem anlässlich des bevorstehenden Stapelaufs des Panzerschiffes „Jean Bart“ die Marinebehörde wegen der verweigerten Lohnerrhöhung stark angegriffen und dem Marineminister zugerufen wird, daß „Jean Bart“ noch nicht in seinem Element sei, und er werde es auch nicht sein, bevor der Minister nicht den Lohn der Arsenalarbeiter um 50 Cents erhöht, und bevor er nicht die Ausbittsarbeiter fest angestellt habe. Der Präsekt hat Gendarmereiverstärkungen und Truppen nach Vrest kommen lassen, und der Bürgermeister hat jede öffentliche Ansammlung untersagt.

### Eisenbahnunfall.

Stettin, 13. September. (B. Z. W.) Heute vormittag zwischen 10 und 11 Uhr ist von dem mit Kohlen beladenen Güterzuge 7538, der von Arnswalde nach Stettin fuhr, bei der Station Dölich ein Wagen aus dem Gleis gesprungen. 13 andere Wagen sind aufgeföhren und zum Teil zertrümmert worden. Der Schaffner Schröder aus Kasefel wurde getötet. Der Verkehr wird durch Umleiten der Züge aufrecht erhalten.

### Brandkatastrophen.

Marienburg, 13. September. (B. Z. W.) In dem benachbarten Vab Sangerberg hat eine Feuersbrunst 40 Häuser vernichtet. Sogen hundert Familien sind obdachlos und in großer Not.

Kornern, 13. September. (B. Z. W.) In der Dörschaft Guta sind 95 Häuser samt Nebengebäuden, Getreide- und Futtervorräten abgebrannt. Der Schaden beläuft sich auf eine halbe Million Kronen. In derselben Dörschaft sind schon vor einigen Tagen 17 Häuser abgebrannt.

Budapest, 13. September. Nach hier eingetroffenen Depeschen steht die Stadt Vake in Flammen. Nähere Details fehlen noch.

Ösnabrück, 13. September. (B. Z.) Zwischen Salzbergen und Schättofz wütet ein großer Waldbrand. In Welle ist die Walschmühle abgebrannt.

Köln, 13. September. Verschiedene Waldbrände werden hier gemeldet, so aus dem Vorgebirge bei Bonn, wo die verbrannte Fläche bereits auf 1500 Morgen geschätzt wird. Ferner aus Neuh, dann aus der Umgegend von Aachen und aus Eupen, wo der Waldbrand bei dem starken Winde von neuem große Ausdehnung angenommen hat, ferner aus Leichlingen, Kronenberg und Königssfeld (Eifel). Singiz und Schleich von der Epeleer Lei, wo heute Feuer auskam, das sich von dem herrschenden Winde begünstigt, bis an den Westerwald ausdehnte.

### Tödliche Unglücksfälle.

München, 13. September. (B. Z.) Von dem Turm der Margaretenkirche stürzte der 54jährige Stukateur Otto Angewieher herab und blieb mit zerhämmerterem Schädel tot liegen.

Vamberg, 13. September. (B. Z.) Der Aufscher Uebel geriet zwischen seinen Wagen und eine Mauer und wurde bezart eingeklemmt, daß ihm der Kopf völlig zerquetscht wurde. Er war auf der Stelle tot.

Jandred, 13. September. (B. Z.) Auf der Straße, die von Wifurina nach Balbora hinausführt, geriet das Automobil einer französischen Familie beim Ausweichen eines Omnibus an den Straßenrand und stürzte die Wöschung hinab. Der Besitzer des Automobils wurde schwer verletzt, eine Dame getötet.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Hergu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbül.

# Sozialdemokratischer Parteitag.

Dritter Verhandlungstag.  
Vormittags-Sitzung.

Jena, den 13. September 1911.

Den Vorsitz führt Leber.

Scheide-Votum:

Nach den Zeitungsmeldungen von heute morgen hat der massenmordende Militarismus bei seinem Kriege im Frieden ein ungeheures Unglück heraufbeschworen. Es sind bei dem Durchreiten der Elbe 11 Kananen ums Leben gekommen. (Lebhaftes Hört! hört!) Ich schlage daher folgenden Antrag vor:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie spricht den Hinterbliebenen der bei den sächsischen Wandern um Pirna am 12. dieses Monats ums Leben gekommenen 11 Kananen das tiefste Beileid und die innigste Teilnahme aus.

Diese Opfer des Krieges im Frieden sollten eine neue Mahnung sein zum Kampfe gegen den Militarismus überhaupt. (Beifall.)

Klara Zetkin:

Wir ist die traurige Aufgabe zugefallen, hier mitzuteilen, daß in England eine unserer besten und opferfreudigsten Genossinnen verstorben ist, die Genossin Macdonald, die Gattin unseres Freundes Macdonald. (Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Jahrzehntlang hat sie für die Partei, die gewerkschaftliche Organisation und die politische Aufklärung des englischen Proletariats gearbeitet. Mit Lieberzeugungstreue und Aufopferung ist sie im öffentlichen Leben tätig gewesen. Trotzdem ist sie die herzengute und lebenswürdige Frau geblieben, die wir alle in ihr schätzen und lieben gelernt haben. Die deutschen Genossinnen insbesondere sind seit langen Jahren mit ihr als einer der Sekretarinnen, die mit uns korrespondierte, freundschaftlich verbunden gewesen. Ich möchte bitten, daß die Liebe und die Hochachtung, die wir für sie gehabt haben, hier zum Ausdruck kommen.

Vorsitzender Leber: Ich stelle fest, daß das Geschehen ist.

Der Antrag Scheide wird einstimmig angenommen.

Es folgt

## der parlamentarische Bericht.

Berichterstatter Reichstagsabgeordneter Beck:

Die Reichstagsfraktion erwartet, daß der Parteitag sein kräftiges Talent auch gegenüber der Reichstagsfraktion anwenden wird. Die Bogen der Vereidamkeit brauchen aber nicht so weit zu gehen, wie am Anfang unserer Tagung. (Heiterkeit.) Es wird auch unnötig sein, einen Antrag auf Verhärkung der Reichstagsfraktion anzunehmen (Heiterkeit), denn das geschieht durch die Wählerkraft selbst, wie die Nachwahlen gezeigt haben. Die sozialdemokratische Stimmenzahl ist bei den Nachwahlen in imponenter Weise gewachsen und wir haben in der letzten Session acht neue Kollegen in unserer Mitte begrüßen können. Mindestens einen kleinen Anteil an diesem Erfolg der Gesamtpartei kann die Fraktion für sich in Anspruch nehmen. Sie war stets dort auf dem Posten, wohin das allgemeine Wahlrecht sie berufen hat. Wir können annehmen, daß die deutschen Parteigenossen an der Haltung der Fraktion im allgemeinen wenig auszusetzen haben.

Zimmerlin liegen vier Anträge vor, die vielleicht den Anschein erwecken könnten, als ob auf die Fraktion von außen her eingewirkt werden müßte, künftig bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. Der Antrag 49 aus Kassel-Welfungen verlangt von der Reichstagsfraktion, daß sie von der Regierung ländernde Maßnahmen gegen die Teuerung fordert. Die Fraktion hat bereits eine Interpellation über die Teuerung beschlossen und eine entsprechende Resolution wird im Verlaufe des Vormittags vorgelegt werden. Ebenfalls nennt der Münchener Antrag offene Türen ein, der von der Fraktion die untergeordnete Einbringung eines Antrages auf Abänderung und Ergänzung der Reichsverfassung fordert. Die Reichstagsfraktion ist in der Richtung der demokratischen Ausgestaltung unserer Verfassung und der sozialen Verbesserung unserer Zustände unermüdet tätig; Sie wissen aber, daß der Reichstag mit Steuerbeschlüssen und Schuldensachen so überlastet ist, daß er für solche Dinge kaum noch Stunden übrig hat. Unter diesem Verhängnis leiden übrigens auch die bürgerlichen Parteien, die sich freilich wenig daraus machen. Die Initiative des deutschen Volkes ist auch dadurch auf ein Minimum herabgedrückt, daß das Petitionsrecht so gut wie abgeschafft ist. Es besteht zwar noch formell; aber tatsächlich kommen von den paar tausend von Petitionen, die alljährlich an den Reichstag abgegeben werden, kaum ein paar hundert zur Verhandlung. Wir tun also alles was wir können. Ich erinnere auch an unsere jahrelangen vergeblichen Bemühungen in der Geschäftsordnungskommission und an unsere vergeblichen Versuche, die notwendigen und selbstverständlichen Verfassungsänderungen bezüglich der Verantwortlichkeit des Reichslanzlers und des Interpellationsrechtes des Reichstages zu erringen. Durch die Schuld der bürgerlichen Parteien sind unsere Bemühungen in nichts verpufft.

In einem solchen Reichstag ist für demokratische Verfassungsänderungen kein Raum mehr. Wenn der Reichstag am 10. Oktober wieder zusammentritt, so wird das erste, was die Fraktion tut, die Einbringung einer Interpellation über das Marokko-Abenteuer sein. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, die Interpellation ist bereits vorbereitet und beschlossen.

Die Genossen von Danzig rennen mit ihrem Antrage 47 offene Türen ein, die Fraktion hat im Laufe der letzten Session eine Interpellation wegen der ungeschicklichen Handhabung des Vereinsrechtes vorbereitet. Ich möchte von dieser Stelle aus die Parteigenossen nochmals bitten, wenn sie neuen Stoff des Widerstandes gegen die ungeschickliche Handhabung haben, ihn uns resp. dem Genossen Albrecht, der mit Begründung der Interpellation beauftragt ist, zur Kenntnis zu bringen.

Auch die Frage der Impfung und Impfschuld ist im Reichstage zur Verhandlung gekommen. Sie wissen, daß innerhalb der Sozialdemokratie verschiedene Auffassungen herrschen, daß wir aber darüber einig geworden sind, die Gewissensfrage zu respektieren, und daß wir uns gegen den Zwang wenden. Der Antrag ist unnötig, denn in nächster Zeit ist es unmöglich, daß die Impfrage im Reichstage wieder behandelt wird.

Die Fraktion hat alle Arbeiten der letzten Session in größter Einmütigkeit erledigt. Die einzige Differenz ist bei der elfjährigen Verfassungsfrage eingetreten und war eigentlich taktischer Art. Die Fraktion war einig darin, daß es begrüßenswert sei, das wenn auch beschränkte, allgemeine und gleiche Wahlrecht in das Gesetz hineinzubringen und ihm dadurch nach Preußen die Bahn zu brechen. Aber den reaktionären Jägern, mit denen die Verfassung angefaßt war, konnten wir nicht zustimmen. Eine Anzahl von Fraktionsgenossen äußerten daher die Absicht, sich der Abstimmung zu enthalten. So ist es gekommen, daß — ich glaube sechs Mann — nicht an der Abstimmung teilnahmen.

Der Reichstag tritt noch einmal zu einer kurzen, aber sehr bedeutungsvollen Session zusammen. Die politische Konstellation ist bedenklich, daß weder der Hottentottenblock, noch der Schnapsblock besteht, sondern der Entrechtungsblock von den konterrevativen Junkern bis zu den Rationalliberalen

und er bezieht auch Gäste aus der Fortschrittspartei. Es steht noch eine Reihe von Gesetzen aus. Die Justizgesetze, die Gewerbegesetzgebungen, das Gesetz über die Heimarbeit, wobei dieser volksfeindliche Reichstag noch einmal dem arbeitenden Volke unendlichen Schaden zufügen, noch einmal seine Triumphe feiern kann. Sie dürfen aber versichert sein, daß die sozialdemokratische Fraktion bis zum letzten Augenblick auf dem Posten sein wird, um alle geeigneten Mittel gegen die Fortsetzung der Entrechtung des Volkes zu ergreifen. Und wenn dann Ende November die Parole heißen wird: Der Reichstag ist tot, so werden wir rufen: Es lebe der Wahlkampf! Es lebe der Kampf gegen Volksentrechtung, gegen Ausbeutung, gegen Kriegshege und Kriegsschreden, gegen Hunger! Es lebe der Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus! Mit dieser Parole werden wir aus dem Reichstage ausziehen, wenn unsere Mandate erloschen sind, werden zurücktreten unter die kämpfenden Soldaten des Proletariats und werden hinter der roten Fahne als Kämpfer mitmarschieren!

Und wo die rote Fahne weht,  
Da kämpft das Volk ums Brot,  
Da kämpft das Volk den Freiheitskampf,  
Drum hoch die Fahne rot!

(Lebhafter Beifall.)

Von den zum parlamentarischen Bericht gestellten Anträgen werden die Anträge 47 (Ungeschickliche Handhabung des Vereinsgesetzes) und 49 (Lebensmittelteuerung) zurückgezogen, 45 (Forderungen der Impfschuldner) nicht genügend und 48\*) ausreichend unterstützt. Bei der Unterstufungsfrage für die Resolution Raurenbrecher zur Kolonialpolitik erhebt sich keine Hand. (Heiterkeit und Bewegung.) Weiter liegt vor der Antrag 72\*\*) von der Frauenkonferenz und folgende Resolution:

Die Reichstagsfraktion wird beim Zusammentritt des Reichstags den Reichstagskanzler sofort über die Teuerung interpellieren, sie unterbreitet dem Parteitag die nachstehende Resolution:

Der Parteitag fordert zur Bekämpfung der verhängnisvollen Teuerung aller Lebensmittel von der Reichsregierung die sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Öffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorsichtsmaßnahmen für den Verkehr ausländischen Viehes und Fleisches, die Aufhebung des Systems der Einfuhrzölle. Der Parteitag fordert von den Landesregierungen Ermäßigung der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungs- und Futtermitteln aller Art. Der Parteitag fordert von den Gemeinden Veranstaltungen zur Förderung der Produktion und des Verkehrs der Lebensmittel in solchem Umfange, daß eine Beeinträchtigung der Preisbildung durch die Gemeinden gesichert ist. Der Parteitag ruft alle Parteiorganisationen zur intensivsten Agitations- und Organisationsarbeit auf, um der Sozialdemokratie neue Anhänger zu zuführen und sie für die bevorstehenden Kämpfe, namentlich auch auf dem Gebiet des Zoll- und Steuerwesens zu stärken; desgleichen wird eine nachdrückliche Werbearbeit für die aufklärende sozialdemokratische Presse empfohlen. Der Parteitag ermahnt alle Arbeiter, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, und in dieser Zeit maßloser Preissteigerung aller notwendigen Bedarfsartikel die Gewerkschaften in den Stand zu setzen, die notwendigen Lohnerhöhungen zu erzwingen. Endlich fordert der Parteitag die Massen des Volkes zum konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß auf.

Stubbe-Hamburg:

Die Robelle der Regierung zum Strafgesetzbuch enthält eine Reihe von Verschärfungen, die sich ganz wesentlich gegen die Arbeiterklasse richten können. Für öffentliche Verleidigungen Strafen bis zu 20000 M. und anderes läuft darauf hinaus, die Stellung der Arbeiterklasse sehr zu erschweren. Die Kommission hatte diese Verschärfungen abgelehnt, aber im Plenum hat der Abg. Wagner sie am Schluß einer Sitzung wieder eingebracht. Der Reichstag wurde überrumpelt. Es scheint aber doch, daß wir darin eine Vernachlässigung erblicken müssen, wenn die Fraktion sich über-rumpeln läßt. Erst in der nächsten Sitzung erfolgte heftiger Widerspruch von unserer Seite, aber da war es zu spät. (Sehr richtig!) Unsere Abgeordneten müssen jetzt versuchen, in der dritten Lesung diese Bestimmungen herauszubringen.

Ebenso bedauerlich ist es, daß abgesehen von zwei oder drei Parteiblättern, unsere Presse so gleichgültig über die Sache hinwegging, anstatt sie scharf zu rügen. Wir haben mehrere Redakteure, die gleichzeitig Abgeordnete sind und es ist erklärlich, daß sie über die Unterlassung nichts berichtet haben. Das muß gerügt werden, damit es nicht wieder vorkommt.

Dr. Südekum

Begründet die Resolution 77: Wir leben in einer Zeit unerhörtester Preissteigerung. Ich brauche es Ihnen nicht statistisch nachzuweisen, denn die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse empfindet es bitter an eigenen Leibe. Nun wird behauptet, daß auch in anderen europäischen Ländern eine starke Preissteigerung der

\*) 48. München I und II: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstage unterbreitend einen Antrag auf Abänderung und Ergänzung der Reichsverfassung in folgender Richtung einzubringen:

Unter Aufnahme der bereits gestellten Anträge die konstitutionell-demokratischen Forderungen des Erfurter Programms (Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege) in die Reichsverfassung zugleich als Verfassungsbestimmung eine Reichskriegsteuer auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften einzuführen, die im Falle eines Krieges mit dem Tage der Mobilmachung in Kraft tritt.

\*\*) 72. Aus Anlaß der außergewöhnlich hohen Lebensmittelpreise sind zur Zeit der Eröffnung des Reichstags öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen, um den Frauen Gelegenheit zu geben, einen Massenprotest gegen den Lebensmittelwucher durch Steuern und Zölle, wie durch die Preistreiberien der Großkapitalisten und Agrarier zu erheben und die Aufhebung der Lebensmittelzölle und Öffnung der Grenzen zu fordern. Diese Massenaktion gibt zugleich Gelegenheit, den Frauen die Ursachen der jetzigen Notlage weiter Kreise des arbeitenden Volkes darzulegen und sie zum organisierten Kampf dagegen aufzuregen.

Die Aktion ist wirksam durch die Presse und durch ein populär gehaltenes Flugblatt vorzubereiten.

Lingenbaum und Genossen.

Lebensmittel sich geregelt habe. Aber die Tatsache ist nicht zu leugnen, daß in Deutschland diese Preissteigerung bei weitem den höchsten Grad erreicht hat. (Sehr richtig!) Und daß das zurückzuführen ist auf Maßnahmen unserer Regierung und unserer Verwaltung, die wir bekämpfen müssen.

Die Resolution fordert zunächst eine Reihe von Maßnahmen, Suspension der Zölle, Öffnung der Grenzen, Aufhebung des Systems der Einfuhrzölle. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind derartig, daß sie sofort durchgeführt werden können, unbeschadet der bestehenden Handelsverträge, denn es liegt selbstverständlich in der Macht des Reiches, seine Einfuhrzölle zu ermäßigen oder vorübergehend ganz aufzuheben. Wir wenden uns selbstverständlich nicht gegen notwendige, veterinärpolizeiliche Maßnahmen, wohl aber dagegen, daß diese Maßnahmen lediglich als Vorwand dienen, um im Interesse der deutschen Agrarier ausländisches Vieh und Fleisch fernzuhalten. So lange die veterinärpolizeiliche Grenzsperrung lediglich solch ein ausgelegter Schwindel ist, so lange bekämpfen wir sie.

Eine über alles Maß hinausgehende Kindersterblichkeit, besonders in den Großstädten und Industriezentren, lehrt uns, daß die Lebenskräfte der Nation auf dem Spiel stehen, wenn ihr der Nahrungsspielraum künstlich weiterhin so verengt wird wie bisher. Die Aufgabe einer Regierung, die doch von den sogenannten Landesvätern abhängt, sollte es sein, für die Landeslinder Nahrung und Brot zu besorgen, aber die deutschen Regierungen trachten nur danach, im Interesse einer verschwindenden Zahl von Grundbesitzern der breiten Masse des Volkes die Nahrungsmittel zu verteuern. Freilich, die deutsche Regierung verfährt bereits in der Nordd. Allgem. Stg., daß sich schon ihr väterliches Auge auf den Notstand gerichtet hat und Maßnahmen in Erwägung ziehen wollte. (Heiterkeit.) Das wird ja den hungernden Proletariet sehr trösten. Es wird da erklärt, daß sich hier und da der Wunsch nach Verringerung unserer Handelspolitik rege. Nein, 99 Prozent der Bevölkerung haben nicht nur den Wunsch, sondern das brennende Verlangen, mit dieser schandvollen Ausbeutungspolitik ein Ende zu machen. Mit Ausnahme von wenigen Palästen, in denen die Not nie einkehrt, braucht man in jeder Familie dringend eine Verbilligung der Nahrungsmittel. (Sehr wahr!)

Die Regierung behauptet nun, kein Mittel der Abhilfe zu kennen. Das sagt eine Regierung, die durch das System der Einfuhrzölle die Teuerung absichtlich in ungeheurer Weise verschärft hat. Dieses System ist verknüpft mit jenem sozialpolitischen Zentrumsschwindel, mit der Witwen- und Waisenversorgung. Aber die Mehrerträge sind reiflos in die Taschen der Agrarier geflossen, während man die Witwen und Waisen mit Welpennüssen abgefunden hat.

Wir stellen auch Forderungen an die Einzelstaaten, die über die Eisenbahnen verfügen. Die bisherigen Tarifverabredungen kommen nur den reaktionär geleiteten landwirtschaftlichen Genossenschaften zugute. Diese erfreuen sich der Gunst der Regierung, die Konsumvereine aber werden durch Ausnahmegebühren auf dem Gebiete der Steuererhebung schikanieren. Wir verlangen eine allgemeine Tarifverbilligung für alle Lebens- und Futtermittel. Darüber hinaus wenden wir uns an die Gemeinden und fordern Maßnahmen, welche die lokalen Preise zugunsten der Massen des Volkes beeinflussen. Das ist das Mindeste, was wir erfordern müssen.

Nun sind wir gewiß die letzten, welche teurerische Hoffnungen auf die Institutionen des heutigen Staates setzen. Und darum fordert die Resolution alle Parteigenossen zur Werbetätigkeit für die Organisationen auf, um sie für die Reichstagswahlen zu stärken. Der nächste Reichstag wird über die Gestaltung unserer Handelspolitik entscheiden, da wird es sich zeigen, ob ein Mann wie der alte Kardorff uns sichernd zuzurufen kann: „Was wollt Ihr denn, der Reichstag ist eben in seiner Mehrheit agrarisch“, oder ob es uns gelingt, uns, die er als Gefinde des großstädtischen Proletariats bezeichnete, die Zusammenfassung des Reichstages zu ändern. Unser Werberuf wird im ganzen Lande gehört werden, wenn ihn die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie mit würdevollem Nachdruck unterstützt.

Weiter fordern wir alle Arbeiter auf, sich den Gewerkschaften anzuschließen und darüber hinaus fordern wir sie zum konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß auf. Wenn die Konsumkraft des Volkes noch mehr herabgebeugt wird, dann haben wir auch weiter erhebliche Arbeitseinsparungen zu erwarten. Darüber ist sich jeder Gewerkschaftler klar. Wir richten den Blick nicht auf einzelne Maßnahmen, sondern auf den organisatorischen Aufbau des Volkes. Wir richten den Blick auf das Endziel, das uns vorschwebt, auf die Abschaffung der Besitzunterschiede, die wir heute haben, auf die Aenderung des Produktionsystems und die Aufhebung der Knechtschaft, unter der wir heute leiden. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, einmütig der Resolution Ihre Zustimmung zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Ingharz-Rigdorf:

Die Delegierten der Frauenkonferenz erheben die Forderung, daß etwa 8 Tage vor Eröffnung des Reichstages große Massensammlungen einberufen werden, die durch die Presse und durch Flugblätter wirksam vorzubereiten sind. Wir befinden uns in einer furchtbaren Lebensmittelteuerung und im Winter wird diese sich noch steigern und einen nie gekannten Umfang annehmen. Besonders sind die Frauen davon in Mitleidenschaft gezogen, sie leiden nicht bloß körperlich, sondern auch seelisch, weil sie vor der Unmöglichkeit stehen, ihre Kinder so zu ernähren, wie es im Interesse der ganzen menschlichen Gesellschaft notwendig ist. (Sehr wahr!) Wir wollen die Frauen aufklären, ihnen die Ursachen erzählen, daß es die kapitalistischen Einrichtungen der Gesellschaftsordnung sind, die über Tausende von Kinderleichen hinweg der Proletariat dienen. (Lebhafter Zustimmung.) Wir wollen auch auf dem Lande den Frauen klar machen, daß die Öffnung der Grenzen nur in ihrem eigenen Interesse liegt, daß sie nicht an hohen Fleischpreisen, sondern an billigen Lebensmitteln ein Interesse haben.

Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit im Winter, noch verschlimmert durch die geringere Kaufkraft des Volkes, wird auch die Kinderarbeit immer mehr zunehmen. (Sehr wahr!) Es gibt noch große Schichten von Frauen, die für sich selbst so bedürftig sind, daß sie fast gar nicht fühlen, unter welchen menschenwürdigen Bedingungen sie leben. Auch diesen müssen wir sagen, daß sie ganz andere Ansprüche an das Leben zu stellen haben. In den Reihen der Männer bricht sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß die Frau für unsere Bewegung notwendig ist, weil sie die Trägerin der Zukunft und die Erzieherin der Kinder ist. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Leber teilt mit, daß von Eduard Bernstein und Genossen folgender genügend unterstützter Antrag eingegangen ist:

Die Reichstagsfraktion wird ersucht, im Reichstage einen Antrag einzubringen, wonach die Reichsregierung verpflichtet werden kann, in Fällen internationaler Verhandlungen den Reichstag einzuberufen und die gewählten Volksvertreter über die Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen unterrichtet zu halten.

### Edward Bernheis:

Der Antrag will einen Bruch mit dem heutigen System der Geheimdiplomatie. Seit Jahren haben wir bei den verschiedensten Gelegenheiten erlebt, daß die internationalen Verwicklungen sich gerade in der Zeit zuspitzen, wo der Reichstag nicht versammelt ist und die Diplomaten des Auswärtigen Amtes freie Hand haben. Dieser Zustand steht in offenbarem Widerspruch mit dem Verhältnissen des modernen Lebens und den Bedürfnissen der Völker. Die Gefahren, die der Zustand mit sich bringt, erleben wir ja in diesem Augenblick. (Sehr richtig!) Das Schlimmste, was die Völker zu verheßen geeignet ist, sind die unverbürgten Gerüchte, die verbreitet werden, um Mißtrauen zu säen. Das deutsche Volk, das französische Volk, die ganze Welt ist offiziell nicht unterrichtet. Keine Regierung hat es für nötig gehalten, die Aktenstücke zu veröffentlichen, auf die die Erklärung Lloyd Georges sich stützt. Und das Dunkel wird in Deutschland und in anderen Ländern von Chauvinisten und Heimpatrioten ausgenutzt, um eine höchst gefährliche und verwerfliche Stimmung zu erzeugen. (Sehr richtig!)

Die Bestimmung des Erfurter Programms, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, und Erledigung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte in die Reichsversammlung zu übernehmen, das ist ein guter Gedanke. Aber diesem Gedanke steht nicht im Wege, daß die Volksvertretung erst einberufen wird, wenn der Krieg erst da ist. Hier will unser Antrag eingreifen. Ich läufte mich nicht darüber, daß der Antrag womöglich oder keine Aussicht im Reichstage hat, aber das ist kein Grund für uns, ihn nicht mit der allergrößten Entschiedenheit zu vertreten. (Sehr richtig!)

Es gibt keine Frage zwischen den Nationen, die nicht ehrlich und offen diskutiert werden kann. Durch unsern Antrag müssen wir kundgeben, daß wir einen Bruch mit dem alten überlebten System der Kabinettspolitik wollen. Daß wir eine Regelung internationaler Beziehungen verlangen, die sich aufbaut auf dem Grundsatze der Selbstbestimmung, der wirklichen Selbstregierung und der vollen Öffentlichkeit im Sinne demokratischer Forderungen. (Beifall.)

### Sachse:

Ich habe heute den Antrag 46 nicht unterstützt, weil ich auch der Meinung bin, daß man die Impffrage nicht zur Parteifrage machen kann. (Sehr richtig!) Sonst würden morgen die Abstinenten, übermorgen die Nichtraucher kommen und verlangen, daß ihre Bestrebungen zur Parteifrage gemacht werden. Das geht nicht. (Sehr richtig!) In der Hauptsache verlangen ja auch die Impffgegner selbst nicht die Abschaffung der ganzen Impfung, sondern nur die Abschaffung des Zwanges. Es herrschen tatsächlich granenhafte Zustände infolge des Zwanges. Und dabei erkennen selbst die Autoritäten der Impffreunde an, daß die Impfung nicht lange genug anhält, um einen wirklichen und dauernden Schutz zu bieten. Wir werden nach wie vor in der Reichstagsfraktion eine große Zahl Genossen finden, die mit den Impffgegnern verlangen, daß nach englischem Muster auch bei uns die Gewissensklausel in das Impfgesetz aufgenommen werde. In diesem Sinne sollte der Parteitag die Sache behandeln.

### Bismarck-Stuttgart:

So sehr ich Webel bereue und seine Autorität schätze, kann ich ihm doch nicht zustimmen, daß die Impffrage keine Parteifrage ist. (Sehr richtig!) Wir haben tatsächlich nicht nur eine im Interesse der herrschenden Klassen tätige Staatsfraktion, sondern auch eine ebenbürtige Staatsmediziner. Ich erinnere an die Worte von Marx über den Mißbrauch der Wissenschaft durch die Bourgeoisie. Wir haben sogar eine Klassenmedizin. Die Impfung ist ein Ausfluß all dieser Bestrebungen der Bourgeoisie, selbst die Medizin in ihren Dienst zu stellen. Krankheiten kann man nur heilen, indem man die Ursachen heilt. Die Partei muß wenigstens ihre Aufmerksamkeit der Impffrage schenken. Denken Sie an die Konsequenzen, wenn die Pockenimpfung die Pockenimpfung verhindert, dann müßten wir auch gegen die anderen Krankheiten impfen, und dann würden wir bald so aussehen wie gepöckelte Hasen oder tätowierte Indianer.

### Stadthagen:

Ich hoffe, daß dieser Parteitag genau wie die früheren es ablehnt, die Impffrage zu einer Parteifrage zu machen. (Sehr richtig!) Der Redner will doch, genau so wenig wie irgend ein anderer, bei uns einen Zustand herbeiführen, wie er im Inneren Rußlands besteht. Genau wie die Alkoholfrage nicht Parteifrage und das Wassertrinken eine höchst private Sache ist (Sehr richtig!), ebenso auch die Impffrage. (Zustimmung.)

Dem Genossen Stubbe will ich einige Aufklärungen geben wegen des Vorwurfs, daß die Fraktion sich überzumpeln ließe. Die Verhältnisse sind manchmal stärker wie der einzelne, und selbst bei unserem starken Mißtrauen kann einmal mit Mitteln nicht loyaler Art und Weise den Gegnern im Parlament eine Ueberzumpelung gelingen. Die betreffenden Paragraphen führen in der Strafprozeßnovelle die Nummer 4. Als nun im Reichstage die Ziffer 3 beraten wurde (Tierquälerei), fragte Frohme den Präsidenten, ob danach Verlegung eintreten würde. Das Präsidium erklärte: Ja, nach der Tierquälerei tritt Verlegung ein. (Weiterkeit.) Inzwischen war der Antrag Wagner eingebracht; der Präsident hat davon nichts mitgeteilt. (Hört! hört!) Nun hat der Präsident eine außerordentlich leise Stimme. Gegen 6 Uhr nimmt jeder an, daß Verlegung eintritt und man verzieht ihm dann überhaupt nicht mehr. Entgegen der Geschäftsordnung hat der Präsident die Diskussion überhaupt nicht mehr eröffnet, sondern er sagte nach dem Protokoll: Wir gehen über zu Ziffer 4; Wortmeldungen liegen nicht vor; wir kommen zur Abstimmung. Verstanden hat es niemand. (Lärm: Auf der rechten auch nicht!) Wir blieben also sitzen. Wenn der Präsident nun sagt: Sie haben damit gezeigt, daß Sie richtig stimmen usw. (Weiterkeit), so ist das reine Hohn.

Sonst sagt der Präsident immer: Zur Eröffnung der Diskussion hat der Berichterstatter das Wort; er verzögert usw. Hier ist der Berichterstatter gar nicht gefragt worden. Referent war der Fortschrittler Heßler, der selbst für die Verschärfung gestimmt hatte. Am nächsten Tage wurde mir gesagt, der Antragsteller Wagner sei zu dem Worte gemeldet gewesen, das Präsidium habe ihn aber abgewinkt. (Hört! hört!) Anträge, die uns nicht vorliegen, können wir nicht sehen, und ein Murren können wir nicht verstehen. Wir werden und von nun an bei jeder Nummer zum Worte melden, wenn auch dadurch die Geschäftsführung erheblich erschwert wird. Der Antrag Wagner erhöht die Höchststrafe bei einfacher Beleidigung von 600 M. auf 1000 M., bei öffentlicher Beleidigung von 1500 auf 2000 M. und die Buße von 6000 M. auf 20000 M. und Geldstrafe und Gefängnis sollen nebeneinander verhängt werden können. Dieser ungeheuerliche Anschlag auf die Presse wird uns künftig zu schärfstem Mißtrauen veranlassen. (Zustimmung.)

### Dr. Rosenfeld

beantragt, in der Resolution der Fraktion einzuschalten: „Der Parteitag fordert alle Männer und Frauen auf, sich den politischen Organisationen der sozialdemokratischen Partei anzuschließen.“ Der Redner begründete den Antrag, der einen Schönheitsfehler der Resolution beseitigen möchte. Es ist wohl nur ein Versehen, daß nicht auch zum Beitritt in die politische Organisation aufgefordert wird. Durch das Amendement werden Mißdeutungen ausgeschlossen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge 48, 72, 79 und 77 mit dem Zusatzantrag Rosenfeld angenommen.

### Wed (Schlußwort):

Fraktionskollegen haben mir den Wunsch ausgesprochen, daß an Stelle der jetzigen Art der Berichterstattung ein ausführliches Handbuch herausgegeben werde, worin die Beschlüsse, Abstimmungen und auch die Petitionen dargestellt sind. Dadurch soll auch das in die Öffentlichkeit gelangen, was durch die Uebel-

stände im bürgerlichen Parlament unterdrückt wird. Ueberweisen Sie diese Wünsche der künftigen Fraktion und dem Parteivorstand, die sich damit beschäftigen werden.

Es folgt der

### Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Hoffmann-Hamburg:

Es sind anwesend 405 Teilnehmer, 333 Wahlkreisdelegierte, darunter 33 Genossinnen, 8 Vertreter des Parteivorstandes, 8 Mitglieder der Kontrollkommission, 36 Reichstagsmitglieder, 1 vom Parteivorstand geladener Sachverständiger, je ein Vertreter der Hamburger Buchdruckerei Kuer u. Co., der „Neuen Zeit“ und des „Vorwärts“ und 11 ausländische Gäste. Es liegen nur zwei Proteste vor. Der eine betrifft die Wahl eines Delegierten im zweiten weimariischen Wahlkreis, wo wegen der Kosten von einer Delegation abgesehen war, weshalb der Ortsverein Eisenach auf eigene Kosten einen Delegierten wählte. Dagegen protestiert der Kreisvorstand. Der Delegierte ist inzwischen zurückgetreten und nimmt als Gast teil. Dadurch erübrigt sich ein Beschluß. Die andere Angelegenheit kommt aus unserem parteipolitischen Weiterbildung in Deutschland, aus Stuttgart Stadt und Land. Dort hatten auf Anordnung des alten Kreisvorstandes am 26. und 27. August die Wahlen stattgefunden. Am 30. August teilte der inzwischen neu gewählte Kreisvorstand das Wahlergebnis in der „Schwäbischen Tagwacht“ folgendermaßen mit: „An der für die Delegiertenwahl zum Parteitag in Jena vorgenommenen Urabstimmung haben sich 2449 Genossen beteiligt. Stimmen haben erhalten die Genossen Hildenbrand 1458, Rapp 1436, Genossin Dunder 1280, Westmeyer 1177, Sämman 1123, Bullmer 1074, Weinkämper 1004, Kummer 499, Schumacher 439. Zu wählen waren vier Delegierte; gewählt sind Hildenbrand, Rapp, Frau Dunder und Westmeyer. — In der Aufstellung konnten nicht berücksichtigt werden wegen Richterfälligkeit der in § 7 des Wahlreglements enthaltenen Bestimmungen die Ortsvereine Votnang, Garthausen, Blattenhardt, Scharnhausen und Waldenbuch. Der Kreisvorstand.“ Am 2. September legte das städtische Komitee Stuttgart gegen diese Wahl beim Kreisvorstand Protest ein, da in verschiedenen Ortsvereinen schwere Unregelmäßigkeiten, Wahl bei einer Hochzeit in Votnang, Abstimmung ohne Mitgliedsbücher, Versendung von präparierten Wahlzetteln zu Tausenden an die meisten Ortsvereine, sowie an Nichtmitglieder vorgekommen seien. Darauf ordnete der Kreisvorstand am 5. September eine Neuwahl für den 7. September an. Gegen diese neue Wahl richtet sich nun der Protest von Schem und Genossen. Darin wird dem Vorstand das Recht der Anberaumung einer Neuwahl nach amtlicher Veröffentlichung des Wahlergebnisses bestritten. — In Votnang war nach dem Schreiben eines dortigen Genossen die Wahl auf Sonntag, den 27., von 11 bis 1/2 1/2 Uhr angesetzt. Sie hat aber schon am Sonnabendabend eine halbe Stunde stattgefunden, angeblich in einem Lokal, wo gleichzeitig eine Hochzeit war. Es wird gesagt, daß man die Mitgliedschaft der an der Wahl teilnehmenden Personen gar nicht kontrollieren konnte und daß der Vorsitzende eines Vereins von 250 Mitgliedern gar nicht übersehen konnte, ob auch wirklich nur Mitglieder wählten. Diese Darstellung wird vom Vorsitzenden, sowie von anderer Seite bestritten, wobei gesagt wird, daß der Vorsitzende ein Ehrenmann ist, der bestritt, daß sich solche Unregelmäßigkeiten zugetragen haben. Der Kreisvorstand hat aber wegen dieser Vorgänge die Wahl kassiert und als weiteren Grund dafür die Versendung gedruckter Wahlvorschläge in Stuttgart-Land und in einzelnen Bezirken der Stadt angesehen.

Es waren gedruckte Wahlvorschläge mit nur vier Namen, nämlich Karl Hildenbrand, Fritz Weinkämper, C. Sämman und B. Rapp. Ein Unbekannter, dessen Name sich nicht feststellen ließ (Weiterkeit) hat diese Zettel nach den Ortsvereinen des Landes gesandt. Sie sind als Wahlvorschläge verbreitet worden. Es wird behauptet, daß diese Zettel auch an Nichtparteiengenossen gesandt wurden, die die Vorschläge dann verbreiteten. Dann wurde noch ein hektographierter Wahlvorschlag verbreitet, auch im Stadtbezirk, mit den Namen Westmeyer, Bullmer, Frau Dunder und Rapp. Der Kreisvorstand erklärt in der Verbreitung solcher Wahlvorschläge eine unerbürdliche Wahlbeeinflussung und ist der Ansicht, daß auf Grund dieser Beeinflussung ein verkehrtes Wahlergebnis herausgekommen ist. Diese bedauerlichen Vorkommnisse sind der Ansicht der alten in Stuttgart herrschenden Streitigkeiten, die hoffentlich nicht die Einleitung zu den kommenden Reichstagswahlen bilden werden. (Sehr gut!) Die Mandatsprüfungskommission hat die Frage verneint, ob in der Verbreitung dieser Wahlvorschläge ein Grund für die Ungültigkeit der Wahlen zu erblicken ist. (Zustimmung.) Ich selbst halte die Verbreitung besonderer Wahlvorschläge für unzulässig. (Sehr richtig!) Wir haben in Hamburg Erfahrungen mit der willkürlichen von einzelnen Genossen vorgenommenen Stimmenhäufung gemacht, die unsere Disziplin sehr gefährden könnten. (Sehr wahr!) Aber es fragt sich, ob wir das Recht haben, dem einzelnen Genossen eine Agitation für bestimmte Personen zu verbieten. Man kann die Agitation mit den Wahlvorschlägen bedauern, aber man kann den Genossen nicht das Recht absprechen, eine solche Agitation zu betreiben. Ist das richtig, so folgt daraus, daß dies Moment nicht so schwer war, um eine Ungültigkeitserklärung der Wahlen zu rechtfertigen. Auch ist von der anderen Seite eine solche Wahlbeeinflussung ausgeübt worden, und was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.

Die Kommission erklärt unter Beurteilung dieser Vorkommnisse: Nachdem der Kreisvorstand das Resultat der ersten Wahl publiziert hatte, stand ihm nicht das Recht zu, eine Neuwahl anzuordnen. (Sehr richtig!) Waren Genossen vorhanden, die mit den Vorkommnissen nicht einverstanden waren, so waren sie mit ihren Protesten an den Parteitag zu verweisen. Die Kommission hat beschlossen, ihnen die Anordnung des zweiten Wahlganges als zu Unrecht erfolgt und die auf Grund dieser Wahl ausgestellten Mandate für ungültig zu erklären. Es wären hiernach Hildenbrand, Rapp, Frau Dunder und Westmeyer gewählt. Nun richtet sich der Protest auch noch gegen die Wahl von Westmeyer, und zwar sollen fünf Orte bei der Feststellung des Wahlergebnisses nicht mitgezählt worden sein, weil sie die nach § 7 des Wahlreglements einzuzählenden Stimmzettel nicht mit eingeschickt haben. In der Tat hatten die erwähnten fünf Orte die Stimmzettel nicht beigefügt; einige sollen sie später eingeschickt haben. Aber andererseits hatten auch zwei städtische Bezirke, Prag und Eiden, die Zettel nicht eingeschickt; der Kreisvorstand hat das Ergebnis dieser Bezirke bei seiner Zusammenstellung doch berücksichtigt. (Hört! hört!) Wenn auch das Resultat hier nicht verändert wäre, — von den hier in Frage kommenden Kandidaten hätte Westmeyer 153 und Sämman 153 Stimmen erhalten — so war doch zu prüfen, ob es berechtigt ist, wenn man die ländlichen Orte nicht mitzählt, die städtischen Bezirke mitzuzählen. Nun sagt allerdings der Ortsverein Stuttgart, daß er sich das Recht vorbehalten habe, selbst seine Stimmzettel zu prüfen. Bei den Tausenden von Stimmzetteln ist nicht bemerkt worden, daß die Zettel aus diesen beiden Bezirken fehlen. Sie sind der Meinung, daß das nicht als Moment in die Wagschale fallen kann. Die Gegenseite erklärt darin ein wichtiges Moment; sie sagt: wenn man die fünf Orte zuzählt, ist nicht Westmeyer, sondern Sämman gewählt. Die Mandatsprüfungskommission hat die Genossen Hildenbrand, Westmeyer und Bullmer darüber gefragt, wie man die Sache früher gehandhabt habe, und da ist erklärt worden, daß man früher und auch noch im vergangenen Jahre das Schwergewicht nicht auf die Einbringung der Stimmzettel gelegt habe. Von anderer Seite ist das allerdings bestritten worden. Hier sieht Kuske gegen Kuske. Nun sagt die Gegenseite, die den Protest eingelegt hat, dadurch, daß sich nirgendwo eine entsprechende Bemerkung befand, sei erwiesen, daß der Kreisvorstand nicht auf die Einbringung der Stimmzettel das Schwergewicht gelegt habe. Auch in früheren Jahren habe man das Schwergewicht nicht darauf gelegt. Im vergangenen Jahre hat man die Stimmzettel nicht eingefordert und aus zwei

Bezirken von Groß-Stuttgart sind auch diesmal die Stimmzettel nicht eingefordert worden. Die Kommission sagt sich, daß das Ergebnis der Wahl weder durch die Versendung jener Wahlvorschläge, noch darum, weil einzelne Orte die Stimmzettel nicht eingeschickt haben, für ungültig erklärt werden kann. Wenn der Kreisvorstand ein solches Gewicht auf die Einbringung legte, dürfte er vor Einbringung der Stimmzettel das Resultat nicht publizieren. Er hat aber das Resultat publiziert und erst, nachdem weitere Unregelmäßigkeiten gemeldet waren, hat er eine Neuwahl angeordnet. Man muß also das Ergebnis aus den fünf Orten berücksichtigen, allerdings mit Ausnahme der Wahl in Votnang, wo man am Sonnabendabend bei der Hochzeit gewählt und dann am Sonntag die Wahlzeit um eine halbe Stunde gekürzt hat. Mit Einrechnung der übrigen vier Orte würde insofern eine Verschiebung eintreten, als dann die Genossen Hildenbrand, Sämman, Rapp und Frau Dunder gewählt wären, während die Mandate von Bullmer und Westmeyer für ungültig zu erklären wären.

### Dr. Liebsch-Verlin:

Zunächst ist zu prüfen, ob der Kreisvorstand das Recht hatte, eine zweite Wahl anzuberaumen oder nicht. Erst in zweiter Linie würde zu prüfen sein, ob ein materieller Grund zur Anberaumung einer zweiten Wahl vorgelegen hat. Ich halte es nicht für zweckmäßig, daß wir uns auf den rein formalen Standpunkt stellen und sagen, die einfache Publikation entzieht die weitere Disposition über die Mandate dem Kreiswahlgang und gibt damit dem Parteitag die ausschließliche Zuständigkeit. Wenn wir uns auf diesen Standpunkt stellen, kommen wir zu einem der Sache nicht dienenden Formalismus. Es kann unter Umständen nach einer vielleicht vorzeitigen Publikation sich herausstellen, daß die Wahl in einer so ungeschicklichen Weise stattgefunden hat, daß der Wahlkreis, wenn man dem Parteitag die Entscheidung überlassen würde, unvertreten bleiben müßte, weil man zehn gegen eins wetten kann, daß der Parteitag die Mandate für ungültig erklärt. Die Frage steht so, daß der Parteitag entscheidet, ob Anlaß zur zweiten Wahl vorgelegen hat, der überwiegend genug ist. Der Parteitag soll die Entscheidung darüber haben, welcher von den Wahlgängen der entscheidende ist. Ich befürchte keine gefährlichen Konsequenzen aus diesem Standpunkt. Kommen wir zu dem Ergebnis, daß ein genügender Anlaß zu einer zweiten Wahl nicht vorlag, so gilt natürlich die erste Wahl. Im anderen Falle würden wir die Gültigkeit der zweiten Wahl anerkennen.

Es sind zwei Einwendungen gegen die erste Wahl erhoben worden, eine wegen Nichteinbringung der Stimmzettel und die zweite wegen der Unregelmäßigkeiten in Votnang. Die Stimmzettelangelegenheit halte ich für eine Formalität, auf die nicht Gewicht zu legen ist. Ohne für die Zukunft zu präjudizieren, betrachte ich diesen Anfechtungspunkt als nicht ausschlaggebend.

Run zu den Vorgängen in Votnang. Abgegeben wurden für Sämman 73, für Westmeyer 31 Stimmen, etwa 90 Personen haben gestimmt. Nun fragt sich, ob die ausschließliche Ungültigkeitserklärung des Votnanger Resultates das Gesamtergebnis in Zweifel rückt. Ich halte es für sicher, daß etwa 200 Stimmberechtigte nicht gestimmt haben. Was diese 200 getan hätten, wenn die Unregelmäßigkeiten nicht stattgefunden hätten, wissen wir nicht. (Weiterkeit.) Das ist eine ganz kühle, rechnerische Deduktion, auch in den Parlamenten wird nach dieser Deduktion entschieden. Es ist also unmöglich, den ersten Wahlgang unrecht zu erhalten. Wird überhaupt die Ausschreibung nach der Publikation für zulässig erachtet, so war sie in vorliegendem Falle begründet. Die einzige Frage, die freilich — das gebe ich zu — nicht absolut eindeutig zu entscheiden ist, ist die, ob nach der Publikation eine Neuwahl ausgesprochen werden kann. Die Gründe dafür glaube ich genügend auseinandergesetzt zu haben. Wenn Sie aber das Mandat von Westmeyer freizehen, indem Sie der Publikation solche formal bindende Kraft beilegen, so weiß ich nicht, ob Sämman einfach als gewählt angesehen werden kann. Wenn die Publikation ein formal so bindender Akt ist, so ist es nicht möglich, Sämman, der gar nicht publiziert ist, als gewählt zu erklären.

### Stadthagen:

Die Mandatsprüfungskommission wurde wohl durch juristisch falsche Föhrung veranlaßt, einen Formalismus zu treiben, gegen den wir uns ganz entschieden wehren müssen. Es kommt nicht darauf an, wie der Reichstag bei Wahlprüfungen urteilt. Häufig wird dort erklärt, es haben Wahlbeeinflussungen, ähnlich wie in Votnang stattgefunden und deshalb kassieren wir das ganze Ergebnis zu ungunsten des Sozialdemokraten. Hier kommt es darauf an, daß der Kreis durch Delegierte vertreten ist. In der Stimmzettelfrage stimme ich der Wahlprüfungskommission zu, da ich mir der Formalismus des Wahlvorstandes geradezu unverständlich. Ob er Stimmzettel hat oder nicht und ob er das im Wahlreglement hat oder nicht, ist mir ganz gleichgültig. In Votnang haben wegen der Beschränkung der Zeit etwa 200 nicht wählen können und wir wissen nicht, wie diese Stimmen sich auf alle vier Kandidaten verteilt hätten. Diese große Unregelmäßigkeit macht den Wahlgang ungültig und den juristischen Formalismus, daß deshalb der Kreis unvertreten bleiben muß, verstehe ich nicht. Diese Prüfung wird ihm nicht entzogen. Es liegt aber so, daß die erste Wahl ungültig ist, und deshalb kommt es auf den zweiten Wahlgang an, und der ist gültig gewesen. Es sind also gewählt — die Namen weiß ich nicht, es kommt auch nicht darauf an — (Namen und Ruf). Wir verlangen von den Bürgerlichen, sie sollen nach Gerechtigkeit gehen und hier werden solche Unentscheidungen gemacht. Wenn die zweite Wahl ungültig ist, so sind alle vier Mandate ungültig. Aber der zweite Wahlgang ist gültig. (Widerspruch.) Ob die Hochzeitsfeier so gewesen ist, wie hier geschildert, weiß ich nicht; darüber muß die Kommission Beweis erheben. Wir müssen die Sache in die Kommission zurückverweisen. (Widerspruch.)

Hoffmann hat auseinandergesetzt, warum die Kommission nicht glaubte, Beweis erheben zu müssen. Der Beweis muß aber erhoben werden. Wird die Wahl von Westmeyer für ungültig erklärt, so muß auch die der anderen für ungültig erklärt werden. Doch neige ich der Ansicht zu, daß die zweite Wahl das richtige Resultat darbietet. Jedenfalls ist das eine Sache des Kreises. Wohin kommen wir, wenn wir uns in die Wahlfreitigkeiten der Kreise mischen. Gegen die Nichtigkeit der zweiten Wahl sind Einwände nicht erhoben und ihre Zulässigkeit, ja ihre Notwendigkeit, glaube ich Ihnen dargelegt zu haben. Daher bitte ich dringend, dem Antrag der Wahlprüfungskommission nicht zuzustimmen.

### Landsberg-Regdeburg:

Die Frage der Gültigkeit von Mandaten ist keine Rechtsfrage, sondern eine Rechtsfrage, bei der die Leidenschaftlichen schweigen müssen, denn der Parteitag konstituiert sich dabei als Gerichtshof. Wir wollen hier doch nicht das schlechte Beispiel des Reichstags nachahmen, wo sich die bürgerlichen Parteien als eine Art Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit zur Konservierung höchst ansehnlicher Mandate konstituiert haben. Von diesem Standpunkt aus muß ich die schärfste Verwahrung gegen den von Stadthagen gegen die Mehrheit der Wahlprüfungskommission erhobenen Vorwurf einlegen. (Stadthagen widerspricht.) Ich protestiere auf das schärfste dagegen, daß Stadthagen in dem angeblichen Formalismus der Kommission eine Antipositivität gegen Westmeyer erblickt. (Stadthagen: Das habe ich gar nicht gesagt.) Einstimmig erklärt die Kommission, daß der Kreisvorstand in Stuttgart nicht berechtigt war, eine zweite Wahl auszuschreiben. (Hört! hört!) Der Kreisvorstand hat die Wahl vorbereiten, zu leiten und das Ergebnis bekannt zu geben. Nachdem er das getan hat, verliert er jedes Recht, an dem Ergebnis der Wahlen noch etwas zu ändern; ihm bleibt das Recht, das jeder andere Genosse hat, nämlich beim Parteitag einen Protest einzubringen. Stellt sich der Parteitag auf einen anderen Standpunkt, dann beraubt er sich seines im Artikel 8 des Organisationsstatuts zugebilligten Rechtes, die

Legitimation seiner Mitglieder zu prüfen. Liebknecht und Stadthagen wollen an die Stelle dieses Rechtes des Parteitag das Recht der Vorstände der Wahlkreise setzen. (Stadthagen: Das habe ich gar nicht gesagt. Sie scheinen schlecht zu hören!) Meine Ehren sind zwar nicht so lang wie die Ihrigen, aber ganz ausgezeichnet. (Heiterkeit.) Stadthagen will an die Stelle des § 8 die Diktatur der Wahlkreisvorstände setzen. Ich bestritte dem Stuttgarter Vorstände das Recht, eine nach seiner Ueberzeugung ungültige Wahl zu annullieren. Außerdem ist die Verteilung von Wahlvorschlügen keine unzulässige Beeinflussung. Wenn zwei Richtungen sich gegenübersehen, haben sie das Recht der Propaganda. Von allen Vorwürfen bleibt nur die Wahl in Botnang übrig. Würde diese Wahl für ungültig erklärt, dann brauchte doch nicht der ganze erste württembergische Wahlkreis noch einmal zu wählen. (Sehr richtig!) Der Parteitag hat allen Grund, dem wahlrechtswidrigen, durchaus begründeten, und im Einklang mit dem Organisationsstatut stehenden Beschluß der Kommission beizutreten.

#### Ludwig-Sagen:

Fragen Sie drei Juristen um eine Sache, und Sie werden drei Meinungen hören. (Lebhafter Zuruf: Vier! Große Heiterkeit.) Einstimmig hat die Kommission dem Kreisvorstand das Recht der Ausdeutung einer zweiten Wahl abgesprochen. Sonst würde man ja auch schließlich zu drei- und vierfachen Wahlen kommen können. Aber die Kommission war nicht in allen Punkten einig. Die Minderheit der Kommission, vier Genossen, war der Ansicht, daß der Kreisvorstand unter allen Umständen zur Einforderung der Stimmgabel verpflichtet war. Die vier Genossen verlangen daher alle fünf Orte, nicht bloß Botnang, aber auch die zwei Stuttgarter Bezirke zu freieren. Ich bitte den Parteitag, dieser Ansicht beizutreten und die Wahl Bullmer für ungültig zu erklären, dann ist Westmeyer gewählt.

#### Dr. Frank-Rannheim:

Stadthagen sprach davon, daß vor allem der Wille des Kreises respektiert werden müsse. Von den 20 Landorten des Kreises haben beim zweiten Wahlgang nur zwei ihr Wahlrecht ausgeübt. (Hört! hört!) Die 20 anderen Orte haben sich in öffentlichen Erklärungen gegen den zweiten Wahlgang erklärt, indem sie von der gleichen Rechtsansicht ausgingen, zu der sich einstimmig die Kommission bekannt hat. An der zweiten Wahl hat sich also nur ein Bruchteil der Genossen beteiligt und sie laan nicht den Willen des Kreises repräsentieren. Der zweite Wahlgang war zu Unrecht ausgeführt, der Wahlkreisvorstand hatte seine Befugnisse überschritten, der erste Wahlgang ist entscheidend. Was die Nichtsendung der Wahlzettel betrifft, so war im Zirkular des Kreisvorstandes mit keinem Wort von der Einschickung der Zettel die Rede. Das war vielleicht ein Fehler. Aber es beweist, daß der Vorstand selbst nicht der Ansicht war, daß die Nichtsendung die Wahl wertlos macht. Sie müssen dem Antrag der Kommission zustimmen, die zweite Wahl für ungültig erklären, bei der ersten Wahl die Stimmen von Botnang auscheiden und die Genossen für gewählt erklären, die die Kommission vorschlägt. Stadthagen freilich möchte erst Beweise über die Hochzeit von Botnang erheben. (Heiterkeit.) Aber die Entscheidung muß jetzt fallen, und ich bitte, sie im Sinne der Kommission zu fällen. (Beifall.)

#### Dittmann-Solingen:

Gewiß ist diese Frage leidenschaftlos zu erledigen. Man hat nur nach dem Recht zu fragen und die Personenfrage auszuscheiden. Zweck der Wahl ist doch, daß der Kreis unter allen Umständen auf dem Parteitag vertreten ist. Der Kreisvorstand hat dafür zu sorgen, wie er in jeder Beziehung die Interessen des Kreises wahrzunehmen hat. Erklärt nun der Kreisvorstand nach Publizierung des Resultats Vorgänge, die zu einer Kassierung führen könnten, so ist er verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, daß trotzdem der Kreis auf dem Parteitag vertreten wird und hat zu diesem Zweck sehr wohl das Recht, eine zweite Wahl auszuführen. Das greift in das Recht des Parteitag, die Mandate der Delegierten zu prüfen, in keiner Weise ein. Der Parteitag hat zunächst zu prüfen, ob die Gründe, die zur zweiten Wahl führten, ausschlaggebend sind. Kommt er zu dem Ergebnis, daß die erste Wahl zu Unrecht kassiert worden ist, dann ist der zweite Wahlgang ungültig. Kommt er zu dem Ergebnis, daß die erste Wahl ungültig ist, dann ist der zweite Wahlgang zulässig. Dann kommt die Prüfung des Resultats der zweiten Wahl. Dieser Weg ist einzuschlagen. Alles andere ist Formalismus, Vergewaltigung des Willens der Parteigenossen. So ist auch die Praxis der Gewerkschaften. Nun fährt man an, daß beim zweiten Wahlgang 20 Orte nicht gewählt haben. Das geschah, weil sie von der „Schwäbischen Tagwacht“ aufgefordert wurden, sich der Wahl zu enthalten. Das Resultat des zweiten Wahlganges ist gültig. (Beifall und Widerspruch.)

#### Stadthagen:

Dem Genossen Landsberg möchte ich erwidern, daß es mir nicht eingefallen ist, der Kommission vorzutreten, daß sie animos gegen Westmeyer vorgegangen ist. Wer das von mir gehört hat, was ich gesagt habe und nicht das, was ich vielleicht sagen sollte (Heiterkeit), der konnte mich nicht mißverstehen. Ich habe auch nicht eine Diktatur der Kreisvorstände gefordert. Es muß das volle Recht des Parteitag bestehen bleiben, aber auch die Freiheit der Wahl des einzelnen. Ich stimme mit Frank überein, daß es auf die wahre Stimmung der Wähler ankommt. Es ist durchaus zu tadeln, wenn man entgegen der Organisation in einem Kreis, mag man sie zehnmal für nicht richtig funktionierend halten, sagt, Genossen kümmert Euch nicht um die Organisation. (Sehr richtig!) Wer einer solchen falschen Parole folgt, hat die Freiheit der Wahl nicht gehabt. (Zuruf württembergischer Delegierter: Wer hat denn solche Parole ausgegeben?) Bei der zweiten Wahl ist freie Wahl gewesen und deshalb ist sie der wirkliche Ausdruck der Willensmeinung der Wähler. Die Schwierigkeit der Entscheidung hängt damit zusammen, daß im Statut der Württemberger eine Bestimmung steht, um Unregelmäßigkeiten einen Riegel vorzuschleusen. Ueberall wo Unregelmäßigkeiten sind, sind solche Bestimmungen getroffen. So muß z. B. im IV. Berliner Kreis ein Wahlprotokoll binnen acht Tagen an den Kreisvorstand gerichtet werden, der zunächst ordnungsmäßig zu entscheiden hat; da kommt noch lange nicht der Parteitag. Wenn eine ungültige Wahlproklamation stattgefunden hat, muß dann selbstverständlich eine gültige Wahl von dem gleichen Organ anberaumt werden. Was Genosse Landsberg über das Ergebnis der Wahlen gesagt hat, hätte er als Jurist nicht sagen sollen. (Heiterkeit.) Konnte das richtige Ergebnis bei der ersten Wahl nicht festgestellt werden, so muß es eben durch die zweite Wahl ermittelt werden. Der Parteitag muß darüber befinden, ob die zweite Wahl zu Recht angeordnet war, und wenn nicht, dann muß er prüfen, ob gegen die Gültigkeit der ersten Wahl Bedenken bestehen. Auch ich meine, wie Frank, daß wir nicht erst eine lange Beweiserhebung vorzunehmen brauchen. Sicher sind in Botnang Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die die Ungültigkeit bedingen. 200 Wähler sind dort an der Wahl gehindert worden und überhaupt ist da mit der Hochzeit ganz komisch vorgegangen worden. Sind Sie auch dieser Meinung, so müssen Sie das Resultat der zweiten Wahl für gültig erklären.

Singe Berlin beantragt Schluß der Besprechung. Der Schlußantrag wird angenommen.

#### Hoffmann-Hamburg:

hat das Schlusswort: Ich habe versucht, die Sache frei von jedem Vorwurf zu schildern. (Sehr gut!) Ich weiß nicht, ob dadurch, daß unsere Herren Juristen gesprochen haben, die Sache klarer geworden ist (Heiterkeit) und ich möchte Sie bitten, einfach den gefunden Menschenverstand und nicht Juristenweisheit entscheiden zu lassen. (Heiterkeit.) Der Wahlkreisvorstand hat das Resultat der ersten Wahl geprüft und das Ergebnis veröffentlicht. Wohin würde es führen, wenn wir den Grundsat anerkennt würden, daß ein Vorstand 6 Tage später eine neue Wahl anordnen kann?

Dann würde ja da, wo innere Unregelmäßigkeiten vorhanden sind, ein Vorstand es immer in der Hand haben, Unregelmäßigkeiten festzustellen und Neuwahlen anzuveranlassen. (Sehr richtig!) Ich kann den Stuttgarter Genossen und den Genossen des ersten württembergischen Kreises nur den Rat geben, daß die Zwistigkeiten aus der Welt geschafft werden. (Lebhafte Zustimmung.) Auf die Personen hat die Mandatsprüfungskommission natürlich keine Rücksicht genommen, sie hat sich nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen. Ich für meine Person hätte ja gar nichts dagegen, wenn auch die Stimmen aus Botnang mitgezählt würden. Allerdings kann ich das nur in meinem Namen sagen, nicht im Namen der Kommission. Die zweite Wahl darf aber auf keinen Fall für gültig erklärt werden, denn das würde zu unheilvollen Konsequenzen führen. (Sehr richtig!)

Dr. Liebknecht (persönlich): Ich habe das Recht des Parteitag auf Prüfung der Legitimation seiner Mitglieder nicht beschränken wollen. Im Gegenteil, ich habe das Recht des Parteitag aufrecht erhalten und nur die Ansicht vertreten, daß der Parteitag auch darüber zu entscheiden hat, ob dem Kreisvorstand mit Recht eine zweite Wahl anberaumt worden ist.

Vorsitzender Leber schlägt vor, zunächst über den Antrag der Kommission auf Gültigkeitserklärung der Mandate von Hildenbrandt, Rapp, Samann und Frau Dunder abzustimmen. In zweiter Linie käme der Antrag Ludwig, die Wahlen von Westmeyer und Rapp für gültig, die von Bullmer für ungültig zu erklären.

Vorsitzender Dieb: Es ist noch ein Antrag Dittmann eingereicht worden. Allerdings war die Diskussion schon geschlossen, wir waren mitten in der Abstimmung. (Widerspruch.) Wenn das Bureau das erklärt, so gilt das. (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte auf das lebhafteste protestieren, daß meine Worte bezweifelt werden. (Erneute Zustimmung.) Wir ist der Antrag vom Schriftführer überreicht worden, als wir uns bereits in der Abstimmung befanden. (Dittmann: Ich bitte ums Wort! — Große Unruhe und Schlußrufe.)

Dittmann (zur Geschäftsordnung; mit Schlußrufen empfangen): Ich habe einen Antrag eingebracht. (Rufe: Abireten! Wählend der Abstimmung gibt es das Wort nicht!)

Vorsitzender Leber: Ich habe Dittmann das Wort zu erteilen! Dittmann: Ich habe meinen Antrag eingebracht, als sich der erste Redner meldete, um den Schluß der Debatte zu begründen, nicht aber erst, als wir uns schon in der Abstimmung befanden. Es ist doch nicht mein Verschulden, wenn der Schriftführer dem Vorsitzenden den Antrag nicht gibt. Ich verlange, daß mein Antrag verlesen und daß darüber abgestimmt wird.

Schriftführer Schiebel-Leipzig: Ich stelle fest, daß Dittmann den Antrag eingereicht hat, als bereits Schluß der Debatte eingetreten war. (Hört! hört! — Dittmann: Ich bitte ums Wort!)

Stadthagen (zur Geschäftsordnung, wird mit lebhaften Schlußrufen empfangen): Sie müssen doch so viel Achtung vor dem Präsidium haben, daß Sie einen Redner, dem er das Wort erteilt hat, auch sprechen lassen. Bleiben Sie doch ruhig und mäßigen Sie Ihre Leidenschaft. Ich will nur vorschlagen, daß wir zunächst abstimmen, ob das Mandat Westmeyers ungültig sein soll, und dann, ob das Mandat von Bullmer gültig sein soll. Wir können doch hier nicht im Raush abstimmen.

Hoffmann-Hamburg: Wir müssen zunächst darüber abstimmen, ob die Anordnung der zweiten Wahl zu Recht erfolgt ist. Reicht der Parteitag diese Frage, dann sind ohne weiteres die Mandate der in der zweiten Wahl Gewählten gültig. Wird das verneint, so muß abgestimmt werden, ob das Mandat von Westmeyer aus der ersten Wahl gültig ist oder nicht. Dann haben wir Klarheit. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Parteitag schließt sich diesem Abstimmungsmodus an. Die Anordnung der zweiten Wahl wird mit großer Mehrheit für ungültig erklärt.

Ebenso tritt der Parteitag mit großer Mehrheit dem Antrage der Mandatsprüfungskommission bei, die Mandate von Hildenbrandt, Rapp, Samann und Frau Dunder für gültig, das Mandat von Westmeyer dagegen für ungültig zu erklären. (Das Mandat von Bullmer ist durch den ersten Beschluß für ungültig erklärt.)

#### Es tritt die Mittagspause ein. Schluß 1 Uhr.

#### Nachmittags-sitzung.

Vorsitzender Leber eröffnet die Sitzung und stellt den Antrag 74 zur Verhandlung, der jetzt nicht mehr „Westmeyer und 105 Genossen“ heißt, sondern „Dunder und 104 Genossen“.

#### Genossin Dunder:

Der Antrag ist beantragt durch die Vorgänge auf der letzten württembergischen Landeskonferenz. 58 Delegierte, die 8000 von 28 000 organisierten Genossen vertreten, haben demonstrativ die Landesversammlung verlassen, nachdem der Stuttgarter Antrag auf Schaffung einer Prekominmission zur Ueberwachung der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung der „Schwäbischen Tagwacht“ abgelehnt worden war und nachdem den Redakteuren Westmeyer und Krille, die die Ansichten der Stuttgarter Genossen in der „Tagwacht“ vertreten haben, gekündigt worden war. Wir bringen die Sache vor den Parteitag, weil sie die Gesamtpartei angeht. Es sind dieselben Differenzen, die die württembergische Partei erschüttern, welche auch in der Gesamtpartei sich geltend machen. Der Schlüssel der ganzen Situation ist der, daß seit Jahrzehnten zwischen der Mehrheit der Stuttgarter Parteigenossen und ihrem Organ der schärfste Gegensatz in der politischen Auffassung besteht. (Widerspruch des Genossen Keil.) Der Chefredakteur der „Tagwacht“ sieht darin nur persönliche Anfeindungen von Seiten des Lokalredakteurs Westmeyer, der als Vorsitzender der Stuttgarter Parteiorganisation die Parteigenossen in Stuttgart gegen ihn, Keil, und seine Redaktionsführung aufhebe. Immer und immer wieder ist versucht worden, den Gegensatz auf Ursachen persönlicher Natur zurückzuführen. Auf der letzten Landesversammlung hat dieser Gedankengang die Haltung der Mehrheit bestimmt. Aber gerade diese Auffassung ist das größte Hindernis der Verständigung. Um die sachlichen Gründe des Gegensatzes darzulegen, muß ich etwas weiter ausholen.

Bis vor wenigen Jahren war die „Tagwacht“ das einzige Parteiblatt Württembergs. In den letzten Jahren hat nun im bisher durchaus kleinstädtischen, kleinbürgerlichen Württemberg eine außerordentlich industrielle Entwicklung eingesetzt, die auch in der Parteidividuelung sich widerspiegelt. Von 1907 an ist die Zahl der organisierten Genossen um 10 000 gestiegen. Das Industriegebiet Stuttgart einschließlich Ehlingen, Göppingen und Gmünd stellt mehr als die Hälfte der württembergischen Parteidividuelung. In den Städten spürt man den Gegensatz immer mehr und mehr zu und die Genossen erwarteten von ihrem Organ, daß es dieser Entwicklung Rechnung trage. Statt dessen ließ die „Tagwacht“, namentlich in den letzten 4 Jahren, immer mehr die grundsätzliche Stellungnahme vermissen und zurücktreten. Kaum ein Duzend grundsätzlicher Artikel fallen auf einen Jahrgang. Dafür legt sie auf den Parlamentarismus, dessen Bedeutung niemand unterschätzt (Rufe: Na, na!), unheimlich großes Gewicht. Die „Tagwacht“ sieht ihre Aufgabe in persönlicher Nennung für unsere Mandatäre. Ich erinnere an die Oberbürgermeisterwahl und an die Kellnerin für Dr. Lindemann. Statt die sachlichen Zusammenhänge aufzudecken, kritisiert die „Tagwacht“ an den Personen herum. Den Stuttgarter Arbeitern, denen die wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr Klassenkampflogik einpauken, konnte diese geistige Kost nicht mehr genügen und die Zustimmung wurde daher immer größer. Dazu sorgte die württembergische Landtagsfraktion überseits dafür, die Stuttgarter Genossen, die ihre grundsätzliche Stellungnahme besser kennen, als man sie auf dem Lande kennt, vor jeder Ueberhöhung des Parlamentarismus zu bewahren. Ich erinnere an die Zustimmung der Fraktion zum reaktionären Volksschul-

gesetz, an die Budgetbewilligung, an das Friedrichshafen-Prüfungsgesetz, an das Königshoch und an das Ministerien. Dazu kommt die nichtachtende Behandlung der Reichenschaft fordernden Genossen. Am 4. August, als Hildenbrandt seine Teilnahme am Ministerien verteidigte, rief er den aufgeregten Massen zu: Empören Sie sich so viel! Sie wollen, ich rede nicht für Sie, ich rede zu meiner eigenen Verteidigung. (Hört! hört!) Er entschuldigte sich damit, daß ein Fernbleiben der Fraktion vom Ministerien eine Bräuterei des Ministers gewesen wäre. (Hört! hört!) Die „Tagwacht“ hat allem diesem gegenüber kein Wort der Kritik gefunden, sie hat vertuscht und verteidigt. Keil hat mehrfach angeführt, daß er seine Aufgabe nicht in der Kritik führender Genossen sehe. Auf der Landesversammlung hat er erklärt, er habe keine Lust, die Fahne der Rebellion gegen seine Fraktionskollegen zu erheben. (Hört! hört! Keil ruft: Das habe ich nicht gesagt!)

Immer ungestümer forderten die Stuttgarter Genossen grundsätzliche Aufklärung und schärfere Herausarbeitung des Klassenkampfstandpunktes. Im Grunde ist es derselbe Vorgang, wie er sich vor einigen Jahren in Berlin vollzogen hat, als die Parteigenossen auch nicht mit der Haltung des „Vorwärts“ einverstanden waren. Den Berlinern ist inzwischen der Einfluß auf ihr Organ gesichert worden. — Inzwischen haben sich alle Parteileitungsorganisationen in Württemberg, die nur einigermaßen die Mittel haben, eigene Organe geschaffen, die Organisation in Heilbronn, in Göppingen, in Ehlingen. Demnächst haben auch die Reutlinger und Ulmer Genossen ihre Blätter. Also die Genossen auf dem Lande haben eine ihnen unterstellte Presse, während die größte Parteigenossenschaft Württembergs dazu verurteilt bleiben sollte, ein Blatt zu lesen, das ihren Anforderungen nicht entspricht, das sie in der Hauptsache zu unterhalten haben, bei dem sie aber nichts zu sagen haben. Wir verlangen durch eine Prekominmission Einfluß auf das Blatt zu gewinnen, in der aber nicht die Genossen des Industriegebietes durch die ländlichen Genossen majorisiert werden dürfen. Bei dem Uebergewicht der ländlichen Delegierten auf der Landesversammlung, das sie einem ungerechten Delegationsystem verdanken, und bei der einseitigen Information der ländlichen Bezirke durch die vom Landessekretariat fast ausschließlich auf Agitation geschickten reviditionistischen Genossen, war keine günstige Stimmung der Landesversammlung für die Wünsche der Stuttgarter zu erwarten. 49 Delegierte auf der Landesversammlung hatten im ganzen 723 Mitglieder hinter sich, während Groß-Stuttgart mit seinen mehr als 8000 Mitgliedern nur 43 Delegierte hat. (Zuruf: Das ist ein Skandal!) Die Stuttgarter Genossen beantragten daher, nach der Wahl der vertretenen Parteigenossen die Abstimmung vorzunehmen. Der Antrag wurde glatt abgelehnt. Auf Anraten und nach Besprechung mit dem als Parteivorstandsvertreter anwesenden Genossen Ebert wurde ein Kompromißantrag eingebracht, eine Prekominmission zu bilden nach dem Vorbild der Berliner, die gleichberechtigt mit dem Landesvorstand die „Tagwacht“ überwachen sollte. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Körperchaften sollte der Landesauschuß den Ausschlag geben. Von den 7 Mitgliedern der Prekominmission sollten 4 von Groß-Stuttgart und je einer vom 1., 2. und 4. Reichstagswahlkreis gewählt werden. Obwohl Ebert sich dafür ins Zeug legte, wurde der Antrag abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, daß die Wahl sämtlicher 7 Mitglieder der Prekominmission auf den Kreisgeneralversammlungen der genannten drei Kreise erfolgen sollte. Das Wahlsystem zu den Kreisgeneralversammlungen ist aber ein ganz ähnliches wie das zur Landesversammlung, es gibt den kleinen ländlichen Mitgliedschaften ein entschiedenes Uebergewicht.

Eine derartige Prekominmission konnte bei der rein reviditionistischen Debatte und der überwiegend reviditionistischen Zusammensetzung des Landesauschusses nur ein Puffer ohne Klinge und ohne Griff für uns sein. Die radikale Minderheit mußte in der Annahme dieses Antrages eine Mißachtung ihrer berechtigten Forderungen erkliden. Dem Hof den Boden schlug aber der Antrag Döring aus, den drei Redakteuren der „Tagwacht“, Westmeyer, Hoffmann und Krille zu kündigen. Das war ein Eingriff in die Rechte der noch zu wählenden Prekominmission, ferner war er eine Verletzung von Westmeyer und Krille. Dazu kam, daß Westmeyer als Vorsitzender der Stuttgarter Ortsvereins der Rahmenträger der Stuttgarter Parteigenossen war. Eine solche Mißachtung konnten sich die Stuttgarter nicht gefallen lassen. Namentlich die Abstimmung — abgelehnt, Prekominmission — abgelehnt, Kompromißantrag von Ebert — abgelehnt. Halten wir uns das alles vor Augen und machen wir uns noch den sehr gravierenden Umstand klar, daß der dritte Teil der Landesversammlung, 102 Delegierte, nur 328 „Tagwacht“-Leser repräsentiert, während das Groß-Stuttgarter Industriegebiet 12 700 Leser hat! Wir hätten jede Selbstachtung verloren, wenn wir uns das hätten gefallen lassen. Hätten wir uns gefügt, so hätte das auch nicht zum Frieden geführt, sondern der Krieg wäre in Permanenz erklärt worden. Das ganze Parteileben leidet unter den ungesunden Verhältnissen, die die Landesversammlung sanktioniert hat. Um des Friedens willen rufen wir die oberste Instanz der Partei, den Parteitag, an. Wir vertreten in dieser Angelegenheit die Auffassung der Gesamtpartei, auch der Vertreter des Parteivorstandes stand auf unserer Seite und erlante unsere Forderungen als berechtigt an. Wir fordern, daß der Parteivorstand mit der Stuttgarter Leitung der Landespartei und der Ortspartei diese Sache prüft und schlichtet, damit endlich der Friede möglich wird, der notwendig ist, wenn wir geschlossen dem gemeinsamen Feind entgegengehen wollen. (Lebhafte lang anhaltender Beifall. Rufe bei den Süddeutschen: Schöne Friedensrede!)

#### Dieb:

Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen unter Ablehnung jeder Debatte. Eine Debatte würde kein klares Licht bringen, denn wir haben in Württemberg nicht nur 18, sondern vielleicht 100 Stunden über die Angelegenheit diskutiert, und sie ist nicht gefördert, sondern so weit getrieben worden, daß sie vor den Parteitag gebracht ist. Daher ist es am klügsten, den Antrag anzunehmen und von jeder Debatte abzusehen. (Widerspruch.) Darüber hat der Parteitag zu beschließen, ob er debattieren will. (Lebhafte Zustimmung.) Ich beantrage, daß der Parteitag von jeder Debatte absteht, und den Antrag dem Parteivorstand überweist.

Materiell will ich auf die Angelegenheit nicht eingehen, nur einige Streiflichter darauf werfen. Man hat mir vorgeworfen, daß ich als alter Parteigenosse nicht in der Lage war, die Sache an Ort und Stelle beizulegen. Sehen Sie sich einmal Victor Adler an, der ein großer Diplomat und ein noch größerer Strategist ist. Auch er hat es nicht fertig gebracht, einen Ausgleich in Böhmen herbeizuführen, er hat sich zurückziehen und dem Unheil den Lauf lassen müssen. Wir haben auch in Deutschland und speziell in Württemberg einiges, was an Böhmen erinnert, aber wir haben doch das Vertrauen zu uns, daß in Deutschland ein solches Böhmen nicht aufkommen kann. Wir sind Mann genug, ein solches Feuer zu erlösen.

#### Der tschechische Proletariat ruft aus:

Moi neposadla, sou tvoji neposadla,  
Tvoji neposadla, sou moi neposadla.

Und der österreichische Proletariat versteht das ohne weiteres. Wenn aber der deutsche Proletariat andrückt: „Meine Feinde sind deine Feinde und deine Feinde sind meine Feinde“, dann sagt der Bruder Tschek: „Nix heißt“ und versteht das nicht.

In Württemberg bestehen Unterschiede zwischen Nord und Süd. Die Differenzen zwischen Stadt und Land sind nicht schwer zu begreifen. Wenn man aber den Streit einen Streit zwischen Radikalen und Revisionisten genannt hat, so trifft das nicht zu. (Lebhafte Zustimmung.) Der Streit ist vielmehr entstanden aus starken persönlichen Differenzen in der „Tagwacht“. Wenn solche persönlichen Differenzen jahrelang dauern, ziehen sie immer weitere Kreise. Wir können nicht einfach Straß-Bayern nach

Württemberg schiden, aber wir können den Parliamentsstand beauftragen, einen Tisch zu machen. Das Land befürchtet infolge verschiedener Handlungen von Groß-Stuttgart, man wolle ihm sein „Lagwächtle“ nehmen. Das will das Land nicht, und man ist ja auch schon dabei, Lokalblätter zu gründen. Daß gute Erfahrungen damit gemacht werden, möchte ich bezweifeln. Bald werden Zusätze gefordert werden. Näher auf die Sache einzugehen, hat keinen Zweck, sonst geht die Debatte tagelang weiter und wir sind so klug wie zuvor. Nehmen Sie also den Antrag an, und auch meinen Antrag, daß von jeder Debatte abgesehen und alles dem Vorstand überlassen wird. Wenn die nötigen Untersuchungen an Ort und Stelle angestellt werden, wird bald Friede einziehen. (Lebhafte Beifall.)

### Geschäftsordnungsdebatte.

**Hildenbrand-Stuttgart:** Ich habe mich vor Tisch dem Genossen Dieß gegenüber einverstanden erklärt, damit, den Antrag 74 auf diese Weise zu erledigen, natürlich unter der Voraussetzung, daß die Begründung des Antrages in einer Weise erfolgt, daß die württembergische Landesorganisation nicht im Interesse ihrer Ehre und Würde Protest zu erheben hat. Nach der Rede der Genossen Dunder und er habe ich als eine Beleidigung der württembergischen Landesorganisation angesehen, wenn ihr nicht Gelegenheit gegeben würde auf diese Begründung zu antworten. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.)

**Geert:** Auch ich bedaure, daß Genossin Dunder bei der Erörterung des Antrages die Vorgänge in Württemberg materiell behandelt hat. (Dr. Frank: Und wie behandelt hat!) Jetzt ist es ungemein schwer, das zu erzielen, was sie vorschlägt, denn dazu darf der Streit natürlich nicht verschärft werden. (Lebhafte Zustimmung.) Der Parteivorstand darf bei seinen Verhandlungen aber auch nicht von vornherein durch den Parteitag gebunden sein. Deshalb bitte ich dringend, von weiteren Debatten abzusehen. (Widerspruch der Süddeutschen.) Nach unseren Erfahrungen würde die Erörterung der württembergischen Verhältnisse sehr großen Raum einnehmen, und es wäre sobald kein Ende zu finden. So sehr ich es bedaure, daß die Genossin Dunder von einer formalen Begründung des Antrages abgewichen ist, bitte ich Sie doch, im Interesse der Partei, von einer weiteren Diskussion abzusehen. (Zustimmung.)

**Richard Fischer:** Es ist zweckmäßig, daß eine weitere Erörterung unterbleibt, aber ich glaube, daß der Parteitag nach der Rede der Genossin Dunder verpflichtet ist, einem Redner der Gegenseite das Wort zu geben. (Sehr richtig bei den Süddeutschen. — Lebhafter Widerspruch bei der Mehrheit.)

**Keil:** Stimmen Sie dem Vorschlag Fischer zu. (Nein! Nein!) Sie haben vorher entrüstet Hört! Hört! gerufen, als Ihnen vorgelesen wurde, daß auf der württembergischen Landesversammlung den angehängt Angelegten das Wort zur Verteidigung gegen eine anderthalbstündige Anklage verweigert wurde. Diese Darstellung ist falsch und sie wird in der gesamten Parteigenossenschaft Württembergs heftige Entrüstung erwecken. (Lachen und Zustimmung.) Ebenso, wenn die Rede der Genossin Dunder hier ohne Erwiderung bleibt. Die Berichte der norddeutschen Parteipresse über unsere Landesversammlung waren so einseitig, verleidend und tendenziös wie nur irgendmöglich. (Lärm und Zustimmung.) Die Gerechtigkeit und Objektivität erfordert es (Lachen). — Sie haben ja ganz falsche Darstellungen bekommen! — wenigstens einem von uns das Wort zur Erwiderung zu geben. (Zustimmung bei den Süddeutschen.)

**Knauer-Sonneberg:** Um den Anschein einer Vergewaltigung zu vermeiden, sollten wir einem Mitgliede der württembergischen Landesparteileitung das Wort geben, das sich aber auf eine direkte Antwort auf Genossin Dunder zu beschränken und selbstverständlich nicht stundenlang die ganze Frage aufzurollen hat.

**Auer-München:** Der Zweck des vorliegenden Antrages sollte sein, Frieden zu stiften. Dazu ist aber die Rede der Genossin Dunder wirklich nicht geeignet. (Sehr richtig!) Der Antrag Dieß hätte vor dieser Begründung der Genossin Dunder kommen sollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Da die Behauptungen dieser Rede bestritten werden, müssen wir, um das Ansehen des Parteitages zu wahren, die Möglichkeit einer Richtigstellung geben. Ich stelle den Antrag, dem Genossen Hildenbrand als Vertreter der württembergischen Landesorganisation das Wort zur Richtigstellung der Unrichtigkeiten zu geben, die die Genossin Dunder vorgebracht haben soll. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen und einem Teil der übrigen Delegierten.)

**Dieß:** Wenn Sie den Antrag Auer annehmen, dann können Sie eine weitere Debatte nicht mehr aufhalten, ein Wort wird das andere geben. (Sehr wahr!) Ich bin überzeugt, bei ruhiger Überlegung, werden auch Sie zu den Süddeutschen das einsehen. (Hildenbrand: Dagegen verwahren wir uns, wir stehen doch nicht unter Kuratel! Zustimmung bei den Süddeutschen.)

**Wald Hoffmann (mit Rufen der Ungeduld empfangen):** Ich will ja nur darum reden, damit Sie schneller zur Abstimmung kommen. (Große Heiterkeit.) Nach § 4 der Geschäftsordnung hat bei formalen Anträgen nur ein Redner für und ein Redner gegen das Wort. Wäre danach versehen worden, dann wären wir schon weiter. Wenn wir jetzt einem Redner von dieser Seite (nach dem Tisch weisend, an dem Hildenbrand, Keil, Auer, Dr. Frank usw. sitzen) das Wort geben, dann muß mindestens auch die Genossin Dunder noch einmal reden. (Zuruf der Süddeutschen: Warum denn die zweimal?)

Bei der Abstimmung wird der Antrag Dieß angenommen. (Beifall der Mehrheit. — Auer-München ruft, auf die Mehrheit weisend: Aber Friede muß sein!) Darauf wird der Antrag 74 selbst mit großer Mehrheit angenommen. (Anhaltende lebhaft Bewegung.)

### Erklärung

#### Hildenbrand:

Die unterzeichneten württembergischen Mitglieder des Parteitages haben zu dem Antrage Westmeyer, Dunder, Zellin und Genossen folgende Erklärung abzugeben:

Die württembergische Landesorganisation ist ernstlich bemüht, die in ihrer Mitte bestehenden Differenzen zu schlichten. Die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen des ganzen Landes ist von dem festen Willen erfüllt, den persönlichen, die Parteiarbeit schädigenden Streitigkeiten ein Ende zu machen, ohne damit die geordnete Ausübung sachlicher Meinungsverschiedenheiten zu unterbinden. Will der Parteivorstand die württembergische Landesorganisation in diesem Bemühen unterstützen, so wird das zweifellos von allen Parteigenossen Württembergs einmütig begrüßt werden. Die württembergische Landesorganisation wird wie bisher auch künftig im Sinne und Geiste der Gesamtpartei arbeiten und be darf nach dieser Richtung keiner besonderen Weisungen. Deshalb weisen die Unterzeichneten namens der von ihnen vertretenen württembergischen Parteigenossen den durch den Wortlaut des Antrages Westmeyer und Genossen erweckten Anschein, als arbeite die württembergische Landesorganisation bisher nicht im Sinne und Geiste der Gesamtpartei als eine beweislose Behauptung mit Entschiedenheit zurück. R. Hildenbrand (1. württemb. Wahlkreis), G. Fischer (2. württemb. Wahlkreis), G. Schler (3. württemb. Wahlkreis), Chr. Heng (4. württemb. Wahlkreis), A. Trost (5. württemb. Wahlkreis), F. Kurz (6. württemb. Wahlkreis), W. Heng (14. württemb. Wahlkreis), W. Keil, Mitglied des Reichstages.

**Dr. David** erklärt zur Geschäftsordnung, daß ihm trotz rechtzeitiger Vormeldung vor der Abstimmung das Wort nicht erteilt worden sei und nennt das einen zweiten Fall von Vergewaltigung.

Der Antrag 60, der die Parlsruher Angelegenheit behandelt, wird auf Antrag Dieß debattenlos der Kommission überwiesen.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den

## Die Reichsversicherungsbildung.

### Referent Westmeyer

beginnt unter großer Unruhe zu sprechen. Ich begreife ja, daß einige Unruhe herrscht, das Thema hat bereits zwei Parteitage beschäftigt und jeder Teilnehmer des Parteitages hat wohl schon eine oder mehrere Reden darüber gehalten und wird in Zukunft vielleicht darüber wieder reden. Es wird deshalb schöner sein, etwas Neues zu sagen. Aber es ist dennoch nötig, daß solche Fragen immer wieder erörtert werden. Das gilt besonders von der Arbeiterversicherung und die Interessen der Arbeiter müssen nach dieser Richtung noch nachdrücklicher vertreten werden, als das bisher der Fall war.

Der Gedanke der Arbeiterversicherung geht in Deutschland von der Sozialdemokratie aus. 1878 war es Bebel, der im Reichstage eine einheitliche große Versicherungsanstalt forderte, in der sämtliche Unternehmer verpflichtet sein sollten, sämtliche Arbeiter gegen Krankheit, Unfall usw. zu versichern. Die Fraktion hat bisher bei der Arbeiterversicherung misgewartet. Und wenn wir uns heute die Anträge von 1883, 1884 und 1888 ansehen, so finden wir, daß sie noch immer die Grundlagen unserer Forderungen bilden.

Früher suchte man nicht große Gedanken zu verwirklichen, sondern alle Versicherungsgehalte waren genau genommen nur Versuche. Der einheitliche Grundgedanke fehlte nach jeder Richtung. Man hätte nun glauben sollen, daß hier die Reform zuerst ansetzen würde, zumal, da die jetzige Organisation ungeheure Kosten macht und bei jedem weiteren Ausbau neue Organisationen geschaffen werden müssen, wie jetzt wieder bei dem Entwurf über die Privatbeamtenversicherung. Dadurch wird die Frage der Versicherung immer komplizierter, und es gehen erhebliche Mittel verloren, welche für die Versicherten verwendet werden könnten. (Sehr richtig!) Wir sehen auch oft, daß da, wo geholfen werden sollte, nicht geholfen wird, weil ein ganz erheblicher Teil noch außerhalb der Versicherung steht. So sterben in Deutschland jährlich etwa 22 000 Leute an Unfällen, während nur 9000 bis 10 000 als versicherte Unfälle in Frage kommen.

Was aber tut die Regierung gegenüber solchem Durcheinander? Sie bringt eine umfangreiche Vorlage, die aber alles vermissen läßt, was notwendig ist, und die sich darauf beschränkt, was jeder Vuchbinder machen könnte, indem er mehrere Versicherungsgehalte in einen Einband bindet. (Heiterkeit und Sehr gut!) Das sind die Grundgedanken der sogenannten großen Reform. (Sehr richtig!) Das Interesse der anderen Parteien am Zustandekommen dieses Werkes besteht darin, daß sie zur Wahl auf irgendein soziales Gesetz hinweisen wollen, wenn man ihnen ihre Sünden bei den Steuergesetzen und anderswo vorhält. (Sehr richtig.)

Run halte der Vorentwurf der Regierung noch eine gewisse Selbständigkeit für die Versicherungsämter vorgesehen, aber die Selbständigkeit wurde wesentlich eingeschränkt, weil der erste Vorschlag auf erheblichen Widerstand bei den Unternehmern gestoßen war. Die Krankenversicherung hatte man vorgeschlagen, erheblich auszu dehnen und einen erheblichen Teil der Nichtversicherten einzubeziehen.

Früher behauptete man immer, daß Landarbeiter und Dienstboten sich nicht hierfür eignen. Als man nun daran ging, auch die Selbstverwaltung erheblich einzuschränken, sagte man sich, wenn man den Arbeitern ihre Rechte rauben will, so muß man ihnen auch Lasten abnehmen. Genau genommen, bedeutete der Vorschlag der Regierung ja keine Halbierung. Man räumte zwar den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleiche Rechte ein, aber man gab auch den Aufsichtsbehörden einen Einfluß, so daß unter Umständen immer eine Mehrheit gegen die Arbeiter vorhanden war. Im übrigen begnügte man sich damit, die Versicherungsgrenze auf 2000 M. zu lassen, wo sie schon 1883 gewesen war. Für die Neubesicherten sollten einige Minderleistungen geschaffen werden, die noch hinter den Leistungen der bisherigen Krankenversicherung zurückblieben.

Wir hatten keinen leichten Stand, aber unsere Marschroute war gegeben durch die Beschlüsse des Leipziger Parteitages. Wir haben nicht weniger als 687 Änderungsanträge stellen müssen; ja, wenn unsere Prinzipalansätze angenommen worden wären, dann wären wir vielleicht auf 2000—3000 Anträge gekommen. Wir haben uns in der Kommission reibliche Mühe gegeben, stiegen aber von vornherein auf erheblichen Widerstand. Das war vorauszu sehen, weil alle Parteien es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Interessen der Unternehmer zu vertreten, und alle ein geschlossenes Kartell gegen uns bildeten. (Hört! Hört!) Sogar die Freisinnigen stimmten in manchen Fragen mit dem Bloß.

Das Zentrum gab zum Teil nicht nur seine eigenen Gründe auf, sondern es setzte sich auch in Widerspruch mit seiner Haltung bei der ersten Lesung. Damals war es der Abgeordnete Spahn, der über die Versicherungsämter sagte, es sei Aufgabe der Kommission, daß sie höhere Selbständigkeit belämen. Spahn ging nicht in die Kommission, er überließ das anderen. Wahrscheinlich hat die Richtung Erzberger die Mehrheit erlangt, und so kam es, daß Erzberger in Verbindung mit Gamp, Schicker und Horn einen Antrag einbrachte, der die Versicherungsämter dem Landrat unterstellte. (Hört! Hört!) Aber auch die eigentlichen Sozialpolitiker des Zentrums, Gibe und Trimborn, haben den Entwurf verschlechtert, indem sie das Bestätigungsrecht beantragten, das hatte noch nicht einmal die Regierung gefordert. Das Stillgelb sollte in Höhe des halben Krankengeldes gewährt werden, aber Becker meinte, das sei etwas viel, und beantragte dafür „bis zur Höhe des halben Betrages, so daß man auch weniger geben kann. Er war es, der die Klasseneinteilung in den Krankenkassen von der Zustimmung des Oberversicherungsamtes abhängig machen wollte, damit nicht schlecht entlohnte Arbeiter ein unvernünftigmäßig hohes Krankengeld belämen. Die Herren waren auch noch gegen die Festsitzung der Zwergorganisation. Man hatte die Halbierung bei der ersten Beratung abgelehnt, aber das Zentrum war bereit, trotzdem die doppelte Mehrheit für die Wahl des Vorsitzenden und der Beamten einzuführen.

Die Regierung sagte, die Arbeiter hätten mit ihren Rechten politischen Mißbrauch getrieben, aber merkwürdigerweise ist nicht nur in den Motiven kein konkreter Fall angeführt, sondern es machte sich auch in der Kommission eine große Mundspere bemerkbar. Man hatte absolut keinen Beweis für die Behauptung. (Hört! Hört!) Die Regierung wollte möglichst viele Anteroffiziere in die Beamtenstellung hineinbringen, das war der leitende Gedanke. Das einzige Material, auf das die Freunde der Regierung sich beriefen, war das bekannte Buch von Müller, das wir aber sofort widerlegen konnten, so daß man schließlich sagte, wenn auch nur ein Zehntel davon zutrafte, so genüge das, um den Arbeitern ihre Rechte zu rauben. (Hört! Hört!) Es kam freilich vor, daß eine Krankenkasse einen Vertrag geschlossen hatte, der vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärt wurde. Das ist auch Stedenpferd, auf dem man herumritt, die Rechte der Arbeiter einzuschränken.

Freilich waren auch einige Verbesserungen gemacht worden, wie Heraushebung der versicherungsfähigen Einkommensgrenze von 2000 M. auf 2500 M., die Ausdehnung der Wächnerinnenhilfe, die Heraushebung des anzurechnenden Lohnes von 4,50 M. auf 5 M. Während aber die Vorlage Ausländer etwa gleichberechtigt machen wollte mit den inländischen Arbeitern, wurden hier wieder vielfach Durchbrechungen beschloffen und ebenso Einschränkungen bei der Unfallversicherung. Immerhin waren einige Verbesserungen in der ersten Lesung beschloffen; aber zwischen der ersten und zweiten Lesung bildeten das Zentrum, die Konservativen, die Nationalliberalen und Antisemiten einen Kompromiß zur Beseitigung eines Teiles dieser Verbesserungen und zur Ablehnung jeder weiteren Verbesserung. Nach der zweiten Lesung kam es zu einer sogenannten Ausgleichslesung, in der die bekannte Erklärung Delbrück abgegeben wurde, daß der Ritterschuh wie jede weitere Verbesserung fallen müsse, wenn die Vorlage

Inseratenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

nicht bestehen sollte. Der Nationalliberale Horn erklärte deshalb, seine Partei würde für die Aufrechterhaltung der Einkommenrenten eintreten, wenn das Zentrum sich verpflichtete, keine Verbesserungsanträge mehr zu stellen und für seinen von anderer Seite gestellten zu stimmen. Das Zentrum beugte sich, nicht etwa aus Furcht vor den Nationalliberalen, sondern weil seine eigene Mehrheit dasselbe wollte und man nun den Wählern sagen konnte, man sei geeinigt worden.

Die zweite Lesung im Plenum war eine Komödie, wie sie wohl noch in keiner gesetzgebenden Körperschaft in der ganzen Welt sich abgepielt hat. Wir hatten einen schweren Stand. Die ganze Fraktion ist in einer Weise eingetreten, daß sie wohl noch bei keinem Gesetz so im Feuer gemeint ist wie hier. Die Kompromißparteien lehnten ohne Debatte unsere Anträge ab, und der Geschäftsforscher wird sich fragen, warum denn auch ganz handgreifliche Verbesserungen, die gar nichts kosteten, ohne Angabe eines Grundes abgelehnt wurden. Zur Debatte kam es nur bei einigen Punkten, so bei dem Wächnerinnenhuth, wo der Zentrumsmann Zell und der Vertreter des Bundes der Landwirte, Hufnagel, noch eine Verschlechterung anbringen wollten. Dann kam es zur Debatte bei der Frage der Selbstverwaltung, und da zeigten wir, wie es eitel Lug und Trug ist, wenn die Gegner behaupten, sie wollten die Selbstverwaltung gegen vorhandene Mißstände in den Krankenkassen beschneiden. Das bewies Sammel wichtige Anklage, welche die Mißstände in den Betriebskrankenkassen beleuchtete.

Dann kam die Debatte am nächsten Tage. Man muß sich in die Zeit der Debatten über das Sozialistengesetz zurückgehen, um ähnlichen Wutausbrüchen im Parlament zu begegnen, wie denen des Grafen Westarp. Er meinte, seine Partei wolle auf Reinlichkeit des öffentlichen Lebens halten. Diese Partei, die nur davon existiert, daß die Landräte und die Polizei öffentliche Mittel zu agitatorischen Zwecken gebrauchen, eine Partei, die unter der Führung Hammert eins gestanden hat.

Die Gegner wollten sich an ihrem Loben selbst betauschen, um sich zu sagen, sie haben einen Grund, den Arbeitern die Selbstverwaltung zu nehmen. Weiter kam es bei der Frage der Herabsetzung der Altersgrenze auch zu Debatten. Auf dem vorigen Parteitag in Jena habe ich einen solchen Antrag bekämpft, weil ich sagte, es ist besser, der Betreffende erhält Invalidenrente als Altersrente, denn damals waren die Invalidenrenten im Steigen begriffen; aber sehr bald wurden sie erheblich herabgesetzt und deshalb ist es angebracht, auch mit der Altersgrenze herabzugehen. Weiter wollten wir mit diesem Antrag zeigen, daß es den Gegnern mit ihren sozialpolitischen Anträgen gar nicht ernst ist, denn 1907 hatten die Konservativen die Herabsetzung der Altersgrenze beantragt und die Nationalliberalen hatten dafür gesprochen.

Auf den eigentlichen Inhalt des Gesetzes will ich nicht eingehen, aber auf einen Umstand von eigenartigem Weisgeschmack hinweisen, daß nämlich im Einführungsgezet das wieder ausgelöscht wird, was in der Reichsversicherungsbildung steht. Wahrscheinlich wird man sagen: Vom 1. Januar 1912 an gibt man jedem Invaliden, der Kinder hat, die erhöhte Rente. Im Einführungsgezet ist aber bestimmt, daß keiner diese erhöhte Rente bekommt, der schon Invalidenrente bezieht. Weiter sagt man, es ist eine Witwen- und Waisenversicherung geschaffen, aber wenn eine Witwe in den Genuss der Witwen- und Waisenrente kommen will, so muß sie zu diesem Zweck erst heiraten. (Heiterkeit.) Ja, sie muß zunächst heiraten, und zwar einen Mann, der versicherungspflichtig ist. Erst wenn sie dann wieder Witwe wird, kann sie die Rente beziehen, ist sie aber schon am 1. Januar 1912 Witwe, so bekommt sie keine Rente.

Früher hat das Zentrum behauptet, die Witwen- und Waisenversicherung sollen ohne Weiztagverpflichtung gegeben werden und jetzt sind die Beiträge in den oberen Klassen erhöht und man bringt auch noch die Beiträge in Anschlag, auf deren Zurückerstattung die Witwe jetzt Anspruch hat. Dafür gibt man ihr nicht etwa eine ausreichende Rente, sondern 50 M. Reichsaufschuß, dazu 18 M. und für das erste Kind 9 M., für jedes weitere 1,50 M. für das ganze Jahr. Wenn man jemals von einer Verhöhnung eines Volkes sprechen konnte, so ist dies hier der Fall.

In der 3. Lesung wurden allerdings einige Verbesserungen eingeführt. Die Versicherungsgrenze wurde wieder auf 2500 M. erhöht, sonst aber blieb alles beim alten. Man sagte, die Mehrkosten seien so groß, daß sie nicht mehr getragen werden können. Man behauptete, bei Annahme unserer Anträge entstände daraus eine Mehrbelastung von 2053 1/2 Millionen. Diese Behauptung wird vielleicht in der Agitation eine erhebliche Rolle spielen. Die Sache liegt so: Während der Kommissionsberatung wurde uns vom Reichsamt eine Denkschrift unterbreitet, in der die ganzen Lasten auf etwa 700 Millionen berechnet waren. In der dritten Lesung kam nun der konservative Schicker mit den 2053 Millionen. Ich will Ihnen den Trick verraten.

Während bei der ersten Rechnung die Jahresausgaben in Betracht gezogen sind, sind bei dem Rechenkunststück Schickers die Kapitalbeträge eingerechnet. Deshalb schwollen z. B. die Ausgaben von 28 Millionen auf 143 Millionen an. Mit solchen Mitteln operieren unsere Gegner. Man kann die gegnerischen Agitatoren sehr leicht in Verlegenheit bringen, wenn man sie auffordert, die einzelnen finanziellen Wirkungen vorzurechnen. Doch hat man das gar nicht nötig. Man muß nur in den Vordergrund schieben, was der Grundgedanke unserer Anträge war, das war der, daß alle Versicherungsbedürftigen gegen Krankheit, Unfall, Invalidität versichert werden sollen. Nun kann man sagen, daß dadurch eine erhebliche Mehrbelastung entsteht, aber man kann davon doch nur sprechen, wenn man erst nachweist, daß die Personen, die nicht versichert sind, nicht krank werden, nicht verunglücken und nicht invalide werden. Wenn daraus eine Mehrausgabe von 2000 Millionen entsteht, so geht daraus hervor, daß ein ungeheures Elend in jenen Kreisen noch vorhanden ist, die gegenwärtig als krank und verlegt von der herrlichen Rente leben müssen. Wir wollten die Lasten auf die Allgemeinheit legen und hätten übrigens auch bei Annahme unserer Anträge höhere Einnahmen geschaffen.

Nun sagt man, die höheren Beiträge hätte die Industrie nicht tragen können. Das ist eine der beliebtesten Einwendungen der Kapitalisten, und die Minister sind von Amts wegen verpflichtet, diese Behauptungen zu glauben. Man weist auf unsere Ausführungen hin, aber man kann feststellen, daß mehr als die Hälfte der Berufszweige nicht für einen Pfennig ausführen. Was führt denn das Waugewerbe aus? Die Industrie, die am meisten ausführt, ist die Baumwollindustrie. Bei der Baumwolle sind nach der Zahlung von 1907 etwa 40 Proz. unserer Textilarbeiter beschäftigt. Berechnet man, daß die Unternehmer an Massenbeiträgen bezahlen müssen 1 Proz. des Lohnes, rechnet man dazu die gesamten Beiträge zur Unfallversicherung und Invalidenversicherung, so sehen wir, daß für 1000 M. Textilwaren ein Unternehmerbeitrag von 2,50 M. zusammen kommt.

Gerade in Deutschland haben die Arbeiter nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Frage nicht von der Tagesordnung verschwinden zu lassen, und in nächsten Reichstag wird es eine der nächsten Aufgaben sein, die Verwirklichung zu verlangen. Das Wahlrecht sollte das gleiche und direkte sein, wie bei den Gemeinderäten. Man könnte eine Reihe anderer Fragen herausgreifen. Ein Punkt ist besonders wichtig, nämlich, daß bei der Landagitation ununterbrochen darauf hingewiesen wird, wie durch die Reichsversicherungsbildung die ganze Verhöhnung der Landarbeiter so recht in den Vordergrund gedrängt wird. Es gibt kein Mittel, womit man die Landarbeiter besser aufpeitschen kann, als gerade mit diesen Bestimmungen.

Man soll nicht sagen, die Reichsversicherungsbildung sei ein langweiliges Thema. Wenn Sie sie erst gründlich durchgehen, dann finden Sie, daß sie ein Agitationsarsenal ist, wie wir in der ganzen Gesetzgebung kein zweites haben. (Lebhafte, anhaltender Beifall.) (Schluß in der zweiten Weilage.)

Verlag: Vorwärts

# Sozialdemokratischer Parteitag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

## Luise Frey

begründet eine Resolution der Frauenkonferenz über Mutter- und Säuglingsfürsorge: Die Agitation gegen die Reichsversicherungsordnung ist mit der parlamentarischen Aktion nicht beendigt. Sie muß in den Mittelpunkt des Interesses treten. Geben Sie hierzu Ihre Zustimmung, indem Sie die Resolution annehmen. Gerade die Mutter- und Säuglingsfürsorge hat die unerhörteste parlamentarische Behandlung erfahren. Gerade diese Frage muß dazu dienen, die Frauen in Stadt und Land zu politischem Leben zu wecken. Durchschnittlich haben wir jährlich 50 000 Frauen, die infolge der Mutterschaft schwer erkranken und zeitweilig stich und krank bleiben. Wir haben 10 000 Frauen, die im Wochenbett sterben. Das ist kein Wunder, wenn wir hören, daß allein im Königreich Preußen 128 822 Frauen ohne Hebamme und ärztliche Hilfe entbinden müssen. Die Zahl der Kinder, die im ersten Lebensjahre sterben, ist erschreckend groß. Es sind etwa 400 000. Die Statistik sagt uns leider nichts davon, wie viele Kinder im Mutterleib hungern müssen und verkrüppeln und wieviele bereits im Mutterleib sterben. Das alles ist die Folge davon, daß aus der Arbeitskraft der weiblichen Personen seitens der deutschen Unternehmer blinkendes Gold gemünzt wird.

Die Reichsversicherungsordnung ist anstatt eine großzügige Fürsorge für die Arbeiterschaft zu sein, im Gegenteil zu dem schlimmsten Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter geworden. Als Kaiser Wilhelm II. zur Regierung kam, da hieß es, daß man kein Opfer scheuen dürfe, um für die Mütter und Kinder des Volkes Sorge zu tragen. Jetzt hat er in Hamburg in einer Rede seine neben ihm sitzende Gattin gefeiert als eine Frau, die in ganz besonders hohem Maße ihre Pflicht als Mutter erfüllt, und sie als Mutter einer pflichttreuen Mutter hingestellt — und die Regierung dieses selben Kaisers, der so die Mutterpflichten feierte, erklärte, daß die Reichsversicherungsordnung für sie unannehmbar würde, wenn die Forderung der Sozialdemokraten in bezug auf den Mutter- und Säuglingsfürsorge angenommen würde. (Lebhafte Witze.)

Es war eine der schlimmsten parlamentarischen Standale, die wir je erlebt haben. Wir haben auch die Königsberger Rede in diesem Jahre gehört, in der der Kaiser sagte, die Frau solle sich um Politik nicht kümmern; aber wenn irgend etwas geeignet ist, den Frauen die Notwendigkeit der Beteiligung am politischen Leben einzupflanzen, dann ist es die Behandlung, die die Frage des Mutter- und Säuglingsfürsorge von der Reichstages und der Regierung erfährt.

In der katholischen Kirche betet man zur Mutter Gottes und die Beamten dieser selben Kirche haben sich in ganz unerhörter Weise gegen den Ausbau des Mutter- und Säuglingsfürsorge gewehrt. Der konservativste Hufnagel und der Zentrumsmann Frey haben beantragt, daß in den Landtagsparlamenten überhaupt keine Fürsorge für Mutter und Säugling Platz greifen soll. (Hört! Hört!) Nicht aus Liebe zu Mutter und Kind, sondern aus Angst vor den Reichstagswahlen haben sie ihren Antrag zurückgezogen. Allerdings nicht nur die Zentrumsmänner sind es gewesen, sondern bis zu den Linken Liberalen mit wenigen Ausnahmen sind die Vertreter des Reichstages aufgestanden und haben alle Anträge der Sozialdemokraten im Interesse von Mutter und Kind niedergeworfen. Das kann bei der Agitation gar nicht genug hervorzuheben werden.

Wenn das geschieht, dann wird es uns gelingen, neben den Männern die Millionen von Frauen, die das ganze Martyrium sozial ungünstig gestellter Menschen durchzulassen haben, für uns zu gewinnen. Es läßt sich damit eine Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeit ihrer Kinder sichern und dann werden sie auch einsehen, daß es ein Verbrechen an ihren Kindern ist, wenn sie sich von unseren Reihen fernhalten.

In den Herzen und Köpfen dieser Frauen haben wir das heilige Feuer der Empörung zu entfachen, daß sie sich um die Fühne der Sozialdemokratie scharen und mit uns den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung führen; für eine wirksame Ausbreitung des Schutzes für Mutter und Säugling. (Lebhafter Beifall.)

## Osch-Danau:

So groß die Entrüstung der aufgellärten Arbeiter über den arbeitserfindlichen Charakter der Reichsversicherungsordnung ist, so werden die arbeitserfindlichen Stimmungen doch noch weit untergeschätzt. Die Arbeiter haben das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen unter Bismarck zur Zeit der schlimmsten Verfolgung bekommen, weil es einfach unmöglich ist, eine derartige Institution ohne die maßgebende Mitwirkung der Arbeiter zu betreiben. In der Arbeiterversicherung muß eine bürokratische Wirtschaft unter allen Umständen böses Blut machen, und eine ungeheure Erbitterung hervorrufen. Die Epigonen Bismarcks sind über diese Bedenken erhaben. Sie glauben die Krankenversicherung mit ausgedienten Unteroffizieren führen zu können. Auf Schritt und Tritt werden wir die schlimmsten Konflikte bekommen und die Arbeiterinteressen werden auf das Schwerste verletzt werden. Wenn die Rot auf höchste gestiegen ist, wenn die Arbeiterfrau verzweifelt am Krankenlager ihres Mannes steht, wird sie der zum Krankenkassenkontrollrat ernannte Unteroffizier anschauen, ob ihr Mann denn noch nicht gesund ist. Schlimmer aller Art werden das Arbeiterherz noch viel mehr vergiften und empören als es ohnehin geschieht.

Hier müssen wir einsehen und den herrschenden Massen zeigen, daß die Arbeiter sich nicht befehle schieben lassen. Deshalb müssen unsere Genossen sich immer mehr um die Krankenkassen kümmern und die Gesetzesbestimmungen ausüben, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Unsere Reichstagsfraktion muß immer von neuem einsehen, um die Arbeiterinteressen wahrzunehmen.

Die Unternehmer sind bereits an der Arbeit, um vor dem Inkrafttreten der neuen Gesetzesbestimmungen möglichst viele Betriebskrankenkassen einzurichten. Die bürgerlichen Sozialpolitiker jammern, daß die Regierung dieses ungeschickte Vorhaben nicht verhindert. Die Ausnahmestimmungen gegen die Arbeiter sollen schon in diesem Jahre in Kraft treten, die Unternehmer aber dürfen das Gesetz nach Willkür misshandeln. (Sehr wahr!)

Bei der Durchführung der Reichsversicherungsordnung werden wir praktisch mitarbeiten müssen, damit nicht die Interessen der Arbeiter mit Füßen getreten werden. Wir müssen die herrschenden Klassen zwingen, uns wieder zuzugestehen, was uns entzogen wurde. Immer aufs neue müssen wir die Massen hieran erinnern und den herrschenden Massen zeigen, daß der Arbeiterklasse ihre Rechte auf die Dauer nicht vorenthalten werden können. (Lebhafter Beifall.)

## Rollenspieler (Schlußwort):

Ich hätte eine längere Debatte erwartet, um der Öffentlichkeit zu zeigen, mit welchen Mitteln die Gegner auch noch nach Schluß des Reichstages arbeiten. So sprach der Zentrumsarbeiter, der Abgeordnete Schimzer in seinem Bericht über die Tätigkeit des Zentrums von der „Versorgung der verdienten Parteigenossen aus Krankenkassengeldern“, von den „unabsehbaren Parteiprüdnern“, von den „3000

sozialdemokratischen Agitatoren, die an den Putternäpfen sitzen“ (Heiterkeit), von den „Gehältern aus Arbeitergruppen, die die Höhe der bürgerlichen Ministergehälter erreichen“ (Heiterkeit). Er erzählte, daß ein sozialdemokratischer Kassenverwalter Meyer in Essen (Hört! Hört!) 52 000 Mark Krankengelder beiseite brachte, weil er befürchtete, daß nach Einführung der Reichsversicherungsordnung sein Gehalt vergrößert werden würde. „Mit diesen beiseitegebrachten Geldern, die doch den Kranken gehören, wollte der rote Semblenmensch (Heiterkeit) sein Gehalt wieder auf die Höhe von 9000 Mark bringen“. Dabei war Schimzer zugegen, als im Reichstags festgesetzt wurde, der betreffende Meyer ist nicht nur kein Sozialdemokrat, sondern in der ganzen Offener Krankenkasse sieht nur ein einziger Sozialdemokrat im Vorstand. Alle anderen Mitglieder gehören dem Zentrum und der nationalliberalen Partei an. (Hört! Hört!) Da kann man sich denken, was für Dinge die München-Glabbecher den untergeordneten Deuten mitgeben, die aus Land hinausziehen (Sehr wahr!).

Unsere Genossen müssen sich mit dem nötigen Material versehen, das in Halle und Halle schon jetzt zur Verfügung steht. Weiteres wird noch im Handbuch gegeben werden. (Auer-Mädchen: Hoffentlich wird es bald fertig!) Durch Erläuterung der Versicherungs-Gesetze und der hier bestehenden Zustände können wir noch größere Eroberungen machen. Die Arbeiter werden für unsere Forderungen eintreten, wenn sie erst genügend unterrichtet sind, was hier noch zu erreichen ist und was hier noch erreicht werden kann. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Die von der Frauenkonferenz beantragte Resolution über den Mutter- und Säuglingsfürsorge wird einstimmig angenommen.

## Zu einer persönlichen Erklärung erhält das Wort Reil-Stuttgart:

Der Vortrag der Genossin Dunder zu Beginn der Sitzung enthielt eine Menge persönlicher Angriffe auf mich. Ich will nur zwei Punkte herausgreifen, aus denen Sie ersehen können, wie es mit den Darstellungen der Genossin Dunder überhaupt steht. Sie hat behauptet, ich hätte auf der Landesversammlung in Stuttgart eine anderthalbstündige Anklagerede gehalten, ohne daß dem Angeklagten die Möglichkeit der Verteidigung gegeben gewesen wäre. Bei dem Punkt Presse ist auf unserer Landesversammlung beschlossen worden, den beiden im Gegensatz stehenden Redakteuren Reil und Weismeyer unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Der Vorliegende Genosse Dierich und ich erwarteten, daß ich zuerst das Wort mit unbeschränkter Redezeit bekommen würde. Weismeyer aber verlangte dringend, daß er zuerst mit unbeschränkter Redezeit spreche, und das wurde ihm zugestanden. (Hört! Hört!) Am Schlusse der Debatte richtete der Vorliegende in völlig launicher Weise die Frage an die Landesversammlung, ob die beiden Hauptbeteiligten am Schluß noch einmal sprechen sollten. Die Versammlung hatte bereits anderthalb Tage dem Punkt gewidmet und befürchtete, die anderen Punkte würden nicht mehr erledigt werden können, da zudem beide Hauptbeteiligte schon mit unbeschränkter Redezeit gesprochen hatten, beschloß die Versammlung, beiden das Wort nicht mehr zu geben. (Hört! Hört!) Das ist die Wahrheit! Weiter behauptete die Genossin Dunder, die „Schwäbische Tagwacht“ habe seit Jahr und Tag — sie sprach von den vier Jahren, seit sie in Stuttgart ist — im Widerspruch mit den Anschauungen der Stuttgarter Parteigenossen gestanden. Wahrheit ist, daß seit 16 Jahren, die ich in der Redaktion der „Tagwacht“ beschäftigt bin, im vorigen Jahr zum erstenmal eine Debatte über die prinzipielle und tatsächliche Haltung der „Schwäbischen Tagwacht“ auf der Landesversammlung entstanden ist. Wahr ist, daß bis jetzt innerhalb der Redaktion prinzipielle Meinungsverschiedenheiten nie geherrscht haben. Daraus ersehen Sie, wie es mit der Richtigkeit auch der übrigen Behauptungen der Genossin Dunder steht. (Zuruf: War das eine Erklärung?)

Vors. Leber: Sie haben die Erklärung gehört. (Zuruf: Das war eine Debatte.) Eine Debatte darüber kann nicht eröffnet werden.

Hierauf wird die weitere Verhandlung auf Donnerstag 9 Uhr verlagert. Auf der Tagesordnung steht zunächst das Referat Bebel's über die Reichstagswahlen.

## Nachtrag.

Zur Ergänzung des gestrigen Berichtes vom Parteitag geben wir nachstehend die gestern aus Raumrückichten zurückgelassenen Anträge zu Presse und Literatur. Sämtliche Anträge sind dem Parteivorstande zur Erwägung überwiesen worden.

22. Lübeck: Der Parteitag spreche die Erwartung aus, daß der Vorwärtsverlag seine wöchentlichen Schriften noch mehr verbilligt, um sie den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Vor allem sollten populär geschriebene Agitationsbroschüren für die Landbevölkerung veröffentlicht werden. Die als Kulturbilder bezeichneten — in letzter Zeit mit sehr zweifelhaften Illustrationen geschmückten — Sammelwerke sind nicht weiter zu fördern.

23. Hamburg 11: 1. Der Parteitag beschließt, den Parteivorstand zu ersuchen, seinen Einfluß auf den Verlag Vorwärts dahin geltend zu machen, daß den Bildungsausschüssen für Unterrichtszwecke die im Verlag Vorwärts erscheinenden Schriften mit einem möglichst hohen Rabatt geliefert werden, ähnlich wie der Diebische Verlag in Stuttgart für solche Zwecke seine Schriften abgibt. 2. Die Parteiverträge dahin zu beeinflussen, daß eine Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Gesellschaftswissenschaften herausgegeben werde. Es wäre wünschenswert, diese Monographien als neue Bände der „Kleinen Bibliothek“ bei Dieb in Stuttgart erscheinen zu lassen oder als Erlaß für die teureren, der Arbeiterschaft wenig förderlichen „Kulturbilder“ des Vorwärts-Verlages.

24. Niederbarnim: Der Parteitag möge beschließen: Das illustrierte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“ ist in besserer Ausstattung herzustellen.

25. Hamburg III, Distrikt Uhlenhorst: 1. Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um die Illustrationen der „Neuen Welt“ besser zu gestalten. Sollte dies technisch nicht möglich sein, dieselben gänzlich wegzulassen. 2. Den „Wahren Jakob“ biblisch und satirisch besser auszugestalten und den Umfang der Annoncen wesentlich einzuschränken.

26. Der Gauag Nordhaverns: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, die „Kommunale Praxis“ zu einem billigeren Preise abzugeben, damit die Gemeindevorsteher mehr als bisher in der Lage sind, die „Kommunale Praxis“ zu abonnieren.

27. Der 11. und 14. sächsische Wahlkreis: Den Kreisvereinen oder sonstigen Organisationen, die an ihre weiblichen Mitglieder die „Gleichheit“ gratis liefern, den Bezugspreis von 6 auf 4 Pf. pro Exemplar zu ermäßigen.

28. Breslau-Stadt: Der Sozialdemokratische Verein Breslau beantragt, dem Parteitag in Jena die Herausgabe einer populär gehaltenen Agitationschrift zu fordern, worin das Verhältnis der Sozialdemokratie zum landwirtschaftlichen Kleinbesitz dargestellt wird. Eine solche kurzgefaßte Schrift ist deshalb nötig, weil wir noch zahlreiche ländliche Agitationsdistrikte haben, in denen neben den Landarbeitern auch die kleinen Bauern und Stellenbesitzer gewonnen werden müssen. Gerade diese beiden letzten Gruppen, die

aus wirtschaftlichen Gründen viel mehr zu uns, den Beschloßen, gehören, werden in Wahlzeiten aber von den konservativen und liberalen Wortführern des kapitalistischen Großgrundbesitzes als dessen natürliche Bundesgenossen reklamiert und dementsprechend gegen die Sozialdemokratie aufgestellt. Eine solche Schrift müßte neben einer überzeugenden Darstellung der schädlichen Wirkungen unserer Agrarpolitik auch für den ländlichen Kleinbesitzer eine kurze klare Erläuterung unserer Programmforderung der Bodenverstaatlichung enthalten.

29. Hamburg III, Distrikt Garbestehude, Barmbeck, Mothenburgsort: 1. Wir ersuchen den Parteivorstand, seinen Einfluß auf den Verlag Vorwärts dahin geltend zu machen, daß den Bildungsausschüssen für Unterrichtszwecke die im Verlag Vorwärts erscheinenden Schriften mit einem möglichst hohen Rabatt geliefert werden, ähnlich wie der Verlag Dieb in Stuttgart für solche Zwecke seine Schriften mit 50 Proz. Rabatt abgibt. 2. Wir ersuchen den Parteivorstand, die Parteiverträge dahin zu beeinflussen, daß eine Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Gesellschaftswissenschaften herausgegeben werde, ähnlich den Sammlungen „Göttingen“, „Aus Natur und Geisteswelt“, „Wissenschaft und Bildung“. Zur Behandlung müßten u. a. gelangen mit besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts: Deutsches Wirtschaftsleben, Landwirtschaft, Bankwesen, Handwerk, Welthandel, Deutscher Handel, Dampfmaschine, Elektrizität, Verkehrswesen, Eisenbahnen, Schifffahrt, Kriegswesen, Verurteilten, Bauern und Landarbeiter, Soziale Theorien, Zeitungswesen, Verfassungsgeschichte, Revolutionen, Reichsgründung, Aus der Geschichte der Religion oder des Christentums, Aus der Literaturgeschichte, Philosophische Systeme, Aus der Geschichte früherer Jahrhunderte und anderer Völler. Es wäre wünschenswert, diese Monographien als neue Bände der „Kleinen Bibliothek“ bei Dieb in Stuttgart erscheinen zu lassen oder als Erlaß für die teureren, der Arbeiterschaft wenig förderlichen „Kulturbilder“ des Vorwärts-Verlages.

30. Stuttgart: Der Parteivorstand wird beauftragt: für eine bessere künstlerisch und literarisch höher stehende Ausgestaltung des „Wahren Jakob“ Sorge zu tragen.

31. Hamburg I, 40. Bezirk: Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu veranlassen, die namentlichen Abstimmlungen im Reichstages dem gesamten Volke zu unterbreiten. Vielleicht in einer Broschürenform mit Erläuterungen der Besetze in kurzgefaßter Weise, sowie die Abgeordneten durch Reihenfolge anzuführen, welche für und welche gegen das Gesetz gestimmt haben, damit die Wähler wissen, wie der Abgeordnete, dem sie ihre Stimmen gegeben haben, gestimmt hat. Dieses muß einheitlich über das ganze Reich geschehen.

32. Hamburg III, Distrikt Hamm: Dem Parteivorstand wird dringend empfohlen, sein Augenmerk mehr auf die Illustrationen der „Neuen Welt“, „Neue Welt“ und „Neuer Welt-Anfänger“ zu legen.

33. Der 23. sächsische Wahlkreis drückt den Wunsch aus, daß die „Neue Welt“ öfter Erzählungen von der Art bringen möge, wie der Roman „Erweckt“ war, und daß diese Erzählungen zu billigen Preisen in Buchform herausgegeben werden, damit auf diese Weise eine Literatur entsteht, die in sozialistischem Sinne auf Geist und Gemüt der arbeitenden Jugend wirkt und ihr Denken bereichert. Es empfiehlt sich, solche Literatur der Arbeiterjugend bei festlichen Gelegenheiten wie: Geburtstagen, Konfirmationen, und Weihnachtsferien usw. zu schenken. Die Genossen des 23. sächsischen Wahlkreises haben mit diesem Verfahren in der Bekämpfung der Schundliteratur gute Erfolge erzielt.

34. Garburg: Der Parteitag möge beschließen: Das Pressebureau ist dahin auszubauen, daß eine Institution geschaffen wird, die die Aufgabe hat, der Parteipresse über wichtige Tagesereignisse, die von agitatorischer Bedeutung sind, passende Illustrationen durch Lieferung von Platten oder Motern zu übermitteln. Die Platten und Motern müssen für Rotationsdruck geeignet sein. Die entstehenden Kosten werden wie bisher durch das Pressebureau prozentual verrechnet.

35. Hannover: Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, entsprechend dem Beschlusse des Dresdener Parteitages, die Herausgabe der „Sammlung agrar-politischer Schriften der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ recht bald in die Wege zu leiten.

## Gerichts-Zeitung.

**Befristete Annullierung der Eheschließung eines Pastors.** Ende 1892 und in den ersten Monaten des Jahres 1893 unterhielt der damalige Kandidat der Theologie und jetzige Pastor L. mit einem fünfzehnjährigen Mädchen ein intimes Verhältnis. Er soll ihr damals die Ehe versprochen haben, aber es war später nicht mehr davon die Rede. Auch irgendwelche Geldanprüche wurden damals nicht erhoben. Jenes Mädchen heiratete später den Versicherungsinspektor Stephan Hennings in Schleswig. Beide wollten sich im Jahre 1910 eine außergerichtliche Einnahme verschaffen und der Mann sandte im Einverständnis mit der Frau an den in einem westfälischen Orte wirkenden und verheirateten Pastor einen Brief, in welchem unter Hinweis auf jene Eheschließung 6000 M. verlangt wurden. Der Pastor antwortete, er könne so viel nicht zahlen, er wolle aber die Summe in jährlichen Raten von 600 M. zahlen und verzichte auf Rückzahlung. Frau Hennings verheimlichte diesen Brief vor ihrem Manne und verhandelte weiter brieflich mit dem Pastor. Dieser sandte ihr schließlich postlagernd 2000 M., wofür sie sich ein Grundstück kaufte. Das Landgericht Hildesburg hat am 31. Juli die Eheleute Hennings wegen vollendeter Erpressung verurteilt, und zwar den Ehemann zu einem Jahre, die Ehefrau zu drei Monaten Gefängnis. Der Einwand der Ehefrau, ihr Vater habe damals dem Kandidaten 2800 M. geliehen, und sie habe nur dieses Kapital nebst Zinsen zurückerlangen wollen, fand keinen Glauben, da verschiedene Umstände dagegen sprachen. — In ihrer Revision behaupteten die Angeklagten wiederum, sie hätten keinen rechtswidrigen Vermögensvorbehalt erstrebt. Das Reichsgericht erkannte in der gestrigen Sitzung auf Verwerfung der Revision.

## Aus aller Welt.

### Das Luftschiff „M. 3“ verbrannt.

Bei den diesjährigen großen Wandern, die in den letzten Tagen stattfanden, hat auch das jüngste Glied des völkermordenden Militarismus — die Luftflotte — mitgewirkt. Eine Anzahl Flieger haben dem Moloch Militarismus „große Dienste“ bei seinen Operationen erwiesen und sich den Dank ihres kaiserlichen Potentaten erworben. Der Abschluß der Flottenschau brachte aber die Vernichtung des auch den Berlinern durch seine Fahrten über die Stadt nicht unbekanntem Luftschiffes „M. 3“.

Ueber den Unfall meldet ein Telegramm aus Demmin (Pommern):

Das Luftschiff „M. 3“ war wegen eines tödlichen Brandes entstandenem Maschinenschadens gezwungen, auf der Tollense wie eine heiße Kohle niederzugehen. Die Landung erfolgte durchaus regelrecht. In dem Kessel, in dem sich das Luftschiff in diesem Augenblick befand, herrschte ein starker Bodenvind,

Infolge Auffehens der Gondel entzündete sich die Hülle mit hörbarem Knall und verbrannte vollständig. Der Wind hatte die Hülle glücklicherweise nach der Seite zu abgedrückt, so daß sie nicht auf die Gondel stieß. Die Gondel und die Apparate sind anscheinend unbeschädigt. Die Feuerwehre von Treptow a. Toll. ist mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Die sieben Offiziere der Besatzung konnten sich durch Abspringen retten.

Das Luftschiff „M. 3“ ist 1900 gebaut worden. Sein Rauminhalt beträgt 6500 Kubikmeter. Die Geschwindigkeit beträgt 16,4 Sekundenmeter bei 300 Pferdestärken. Das Luftschiff, das nach dem System Groß erbaut ist, hat von Ziegel aus zahlreiche Fahrten ausgeführt, die oft eine große Ausdehnung annahmen.

#### Aviatikers Sterben.

Aus Versailles wird gemeldet: Leutnant Chopard stürzte, als er gestern abend bei Villacoublay an Bord eines Doppeldeckers einen Flug ausführte, aus einer Höhe von 80 Metern ab. Schwer verletzt wurde er vom Platze getragen und starb noch am Abend. Zuschauer sahen nur, wie der Apparat zu schwanzen begann und dann umkippte.

#### Großfeuer im Antwerpener Hafen.

Dienstag abend nach 10 Uhr brach in dem großen Holzlager des Antwerpener Hafens Feuer aus, das in kurzer Zeit eine ungeheure Ausdehnung annahm. Die durch die Trockenheit sehr leicht entzündbaren Holzmassen brannten wie Streihölzer und innerhalb weniger Zeit bedeckten die Flammen eine Oberfläche von mehreren Hektar. Durch die ungeheure Hitze schmolzen die elektrischen Leitungsdrähte. Alle Feuerwehren der Stadt Antwerpen waren an der Brandstätte tätig, um das Feuer zu bekämpfen, konnten jedoch gegen die Macht desselben nichts ausrichten. Infolgedessen wurden die Feuerwehren von Brüssel und Gent mittels Spezialzügen herbeigeholt und Genie-

truppen und ein Infanterie-Regiment requiriert. Ein starker Westwind begünstigte fortgesetzt das Feuer, so daß nicht nur das Holzlager, sondern auch eine Anzahl in der Nähe befindlicher Wohnhäuser eingestürzt wurden. Auch der auf dem Holzlager befindliche Bahnhof wurde von dem Feuer ergriffen und vollständig in Asche gelegt. Die Rettung mehrerer Bewohner der abgebrannten Häuser gestaltete sich äußerst schwierig. Genietruppen entfernten alle vorhandenen Holzgerüste, um einem noch weiteren Ausbreiten des Brandes Einhalt zu gebieten. Dieses überaus schwierige Werk gelang denn auch mit vieler Mühe. Begünstigt wurden die Rettungsarbeiten durch das Umschlagen des Windes. Namenloses Unglück hätte geschehen können, wenn es den Rettungsmannschaften nicht gelungen wäre, die in dem gefährdeten Trockendock befindlichen Dynamitvorräte zur rechten Zeit in Sicherheit zu bringen. Gegen 3 Uhr morgens war das Feuer auf seinen Herd beschränkt. Bis nach Brüssel, also auf 40 Kilometer Entfernung wurde deutlich der rote Feuerchein am Himmel beobachtet.

Der Schaden, der durch den Riesbrand verursacht wurde, wird auf sechs bis sieben Millionen Frank veranschlagt. Bei den Aufräumungsarbeiten sind fünf Feuerwehrlente und zwei Soldaten verletzt worden.

#### Kleine Notizen.

**Verhaftung eines Gefangenenaufsehers.** In Frankfurt am Main wurde der Gefangenenaufseher Heinrich Heumann verhaftet, weil er Durchsuchereien im Untersuchungsgefängnis sich zuschulden kommen ließ. Er hat gegen Bezahlung für einen Gefangenen, den Pferdehändler Georg Rieger, so genannte Kaffiber in das Gefängnis herein- und hinausbefördert. **Automobilunfall.** Bei einer militärischen Übung in der Nähe von Zwischweyck ist, einer Meldung aus Lemberg zufolge, ein Militärautomobil mit einem Bauernwagen zusammengefahren. Der Führer des Bauernwagens wurde

von der Deichsel seines Gefährts betankt aufgespießt, daß er sofort tot war.

**Der verschwundene Postbeutel.** Ein Postbeutel, der in dem kleinen, an der Eger belagerten böhmischen Orte Laun aufgegeben wurde und 38 000 Kronen für eine Berliner Firma enthielt, ist auf der Strecke Laun-Dux, wo ihn ein Bodenbacher Postbeamter übernehmen sollte, aus dem Postfach verschwunden. Eine Untersuchung der Affäre ist eingeleitet worden.

**Eine süße Leberschwemmung.** Nach einer New Yorker Meldung sind in New Orleans mehrere Straßen und eine große Anzahl Wohnungen von Zuckersirup überschwemmt worden. Die Leberschwemmung wurde dadurch verursacht, daß mehrere große Behälter, in denen sich viele Millionen Gallonen Zuckersirup befanden, barsten. Verschiedene Personen schwebten in Lebensgefahr, da die lebrige Masse sie an der Bewegung hinderte. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

**Schiffschauer Nord.** In der letzten Nacht hat der Arbeiter Jauche in Wassel bei Schinde seiner Frau und seinen fünf Kindern mit einem Rasiermesser den Hals durchgeschnitten und sich dann selbst erhängt. Die Tat hat Jauche anscheinend in einem Anfall von Schwermut ausgeführt.

**Die Tätigkeit des Aetna.** Der Direktor des Observatoriums auf dem Aetna teilt mit: Eine große Anzahl neuer Eruptionsöffnungen haben sich gebildet. Die Aschenschicht um das Observatorium hat eine Höhe von sechs Zentimetern erreicht. Die Lava bedeckt die Bahn, die rings um den Aetna geht, dringt weiter in die Weinberge ein, zerstört die Häuser der Landleute und macht die Straßen für Wagen und Eisenbahn unpasseierbar.

#### Eingegangene Druckschriften.

**Die Traumsfahrt.** Roman von G. Kraus. 874 Seiten. K. Wn. Bonn.

**Stoff und Methode der Lebenskunde für Schulklassen.** Von G. Kraus. Herausgegeben vom Verband für soziale Kultur und Volkshilfslehre (Arbeiterwohl). R. Gindbach, Volkvereinsverlag G. m. b. H. 1 Mark.

# Großer Umzugs-Ausverkauf



Gegründet 1867

Ende Oktober verlegen wir unser Hauptgeschäft Jerusalem Str. 38-39 a. Dönhoffplatz wegen Abbruch des Hauses in die bedeutend erweiterte Räume unseres eigenen Hauses Jerusalem Str. 32-35 Ecke Leipziger Strasse am Dönhoffplatz

Jerusalem Str. 38-39 am Dönhoffpl.  
Beginn Montag, den 18. September

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Die alte Stiller-Firma ist genötigt, das langjährige Verkaufslokal ihres Haupt-Geschäftes Jerusalem Str. 38-39, am Dönhoffplatz, bis spätestens Ende Okt. weg. Abbruch d. Hauses zu räumen. Um diese Räumung zu erreichen, werden ca. 100 000 Paar Stiefel und Schuhe - für Herren, Damen und Kinder -, die keine sogenannte Ausverkaufsware darstellen, sondern frisch, modern und gut sind, zu unvergleichlich billigen Preisen abgegeben!

Man beachte das nächste Sonntags-Inserat!

## Achtung!

Jeden Donnerstag von 5 Uhr an:  
Frische Hausmacher Blut- und Leberwurst.

Am Donnerstag erhält jeder Käufer beim Einkauf von 2 Pfd. an eine Leberwurst gratis.

Linkes Fleischzentrale, Hermannplatz 4.

Kasseler Pfd. 80 Pf.

## Der Verkauf

der Abonnements-Garderobe des größten Abonnementshauses für feine Herrenbekleidung J. Stock & Co. befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstraße, Eingang Johannisstraße. Anzüge u. Paletots von 10 Mark an.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,



In denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

## Wild und Geflügel

kauft man am besten und billigsten in der

Berliner Wild-Zentrale

Gontard-Ecke Panoramastraße.

Mirschfleisch von 30 Pf. an.

## Möbel

liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.



Möbelschloßerei  
R. Harnack  
Tischlermeister  
Stallschreiber-Strasse 57  
(Moritzplatz).

Komplette Wohnungseinrichtungen.

Enorme Auswahl - Reelle Ware!  
! Billigste Fabrikpreise. !  
Zahlungsvereinfachung.  
Verkauft nur Hof im Fabrikgebäude.

## Todes-Anzeigen

Am Dienstag, den 12. September, verschied plötzlich infolge Schlagfluß unser langjähriger Lagerhalter

### Herr Theodor Jungblut.

In seiner nahezu zehnjährigen Tätigkeit hat er sich die Achtung aller Mitarbeiter erworben und werden wir ihm stets ein ehrendes Gedonken bewahren.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. September, um 3 Uhr auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt und bitten wir um zahlreiche Beteiligung.

Die Verwaltung  
der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

### Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

### 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Stralauer Viertel.

(Stadtbez. 167c, Wahlbez. 3281.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Lagerhalter

### Theodor Jungblut

Stralauer Allee 20a

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

### Deutscher

### Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbel-

polierer

### Max Siegert

Blögauer Str. 34,

am 10. September im Alter von 29 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Richthofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

### Deutscher

### Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

### Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

### Gustav Nadler

am 8. September an Herzschlag gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am

Dienstag, den 12. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, unser innig geliebter Sohn und Bruder

### Alfred Feige

im Alter von 17 Jahren nach langem schweren Leiden entschlafen ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Johann Feige,  
Emma Feige geb. Maobing,  
Anna Feige.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. dieses Monats, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Südtischen Friedhofes in Wilmersdorf, Berliner Str. 100/108 aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Vaters und Großvaters sagen allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.

Witwe Marie Nickel und Kinder.

### Verband der Lagerhalter

### u. Lagerhalterinnen Deutschl.

Ortsverwaltung Berlin.

Am Dienstag, den 12. d. M., verschied plötzlich und unerwartet unser treues Mitglied

### Theodor Jungblut

im noch nicht vollendeten 50. Lebensjahre an Herzschlag.

Wir beklagen in demselben einen frommen Kollegen und treuen Mitarbeiter, welcher mit unermüdlichem Eifer die Interessen seiner Kollegen wahrnahm.

Sie werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Südtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

### Deutscher

### Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Haus-

diener

### Ronnold Mende

am 12. d. Mts. im Alter von 30 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Richthofes in Rixdorf, Kempelhof Weg aus statt.

Die Bezirksverwaltung.

**Disungfur!** auf der  
Liposlikath



**Kownoer**  
aus den  
Tabak-Fabriken

**J. Goldfarb** Preuss. Stargard.  
gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.

Prawdziwa tabaka do  
zażywania „Kownoer“

## Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassapreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie

**A. Schulz,** Reichenberger Straße 8.

Statt Karten:  
Alma Brauer  
Hugo Weinlaub  
Verlobte  
Große Frankfurter Straße 35.

### Los nur 1/2 Mark!

Ziehung am 21. Sept. 1911

### Schneidemüller

Automobil- und Pferde-

### Lotterie

3103 Gewinne i. Werte v. Mark

100000

Hauptgew. 1 Automobil i. W. v. M.

15000

10000

5000

3000

2000

11 Lose aus verschied. Tausenden

Loose à 50 Pf. Porto u. Liste 25 Pf. extra durch das General-Debit

### H. C. Kröger

Berlin-WG, Friedrichstr. 193a

sowie alle durch Plakate kenntlich, Verkaufsstell.



### Gartenstadt

### Falkenhagen-West

Str. am Bahnhof Seegewer

Fahrzeit ab Lehrter Hauptbahn-

hof 30 Min., ab Charlottenburg

S Bahnhof Jungfernheide 25 Min.

Kostenlos landschaftliche Lage

weilenseite Laub- u. Nadel-

waldungen. Ideale Wohn-

stätte für jedermann. Leich-

terster Erwerb eines Eigenheims

Villen- und Grundstücke 15 Mark an! Kleinstes Anzeigeb. 19 Jähr. Amortisationshypothek. — Sommer-Parianhäuser 300 M. Eigenhäuser 5000 \* an.

Auskunft u. Prosp. kostenlos im Verkaufspavillon links vom Bahnhofsausgang, in 1 Minute auf unserem Terrain.

### Nieschalke & Nitsche

Berlin, Neue Königstr. 16

Fernspr.: Amt VII 957

## Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filliale Berlin III der Wäsche-, Krawatten- u. Korsettbranche.

Bureau und Arbeitsnachweis: Neue Königstr. 6. — Telefon VII, 6734.

Freitag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr, in Börsers Festsaal, Webersstr. 17:

## Oeffentl. Versammlung aller Wäsche- und Krawatten-Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.

Tagesordnung:

1. Die Forderungen der Wäschearbeiter vor der Entscheidung!

2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen der Wäschebranche! Was wird und die Zukunft bringen? Werden die Herren Wäscheherren die Forderungen der Arbeiterchaft anerkennen? Wird es möglich sein, auf friedlichem Wege zum Abschluss neuer Tarifverträge zu kommen? Diese Fragen stehen zurzeit im Vordergrund und sie werden in den nächsten Tagen zwischen den beiderseitigen Organisationen entschieden.

Wir bitten alle organisierten Männer und Leser dieser Anzeige, ihre Angehörigen und Bekannten welche in unserer Branche arbeiten, zu veranlassen, daß sie sich bei uns als Mitglied aufnehmen lassen. Die Wäscheherren wissen bei jeder Gelegenheit mit Freude darauf hin, daß nicht alle bei ihnen Beschäftigten organisiert sind, besonders stören sie sich auch auf die Heimarbeiterinnen.

Die Ortsverwaltung.

### Verlagsanstalt G. Birk u. Co., m. h. H., München.

Neuerscheinungen:

### August Zeh:

### Die Lösung des modernen Theaterproblems

durch das neue patentierte System des Architekten Aug. Zeh, München. Preis 50 Pf.

Die aktuelle Frage des Theaters der fünftausend wird durch den Münchener Architekten glänzend beantwortet.

### Dr. Hannes Pyszka:

### Bergarbeiterbevölkerung und Fruchtbarkeit.

Eine Studie der Bevölkerungsbewegung der deutschen Bergarbeiterbevölkerung. Preis 3 M.

Der Verfasser gelangt auf Grund seiner sorgfältigen auf zahlreiche statistische Tabellen gestützte Untersuchungen zu dem Resultat, daß der Bergmannsberuf, im Gegensatz zu dem in neuerer Zeit durchweg beobachteten Sinken der Fruchtbarkeit bei besserer Lebenshaltung die Tendenz zu steigender Fruchtbarkeit aufweist.

### Paul Kampfmeyer:

### Weltanschauung und Sozialdemokratie.

Heft 1 der „Süddeutschen Volksblätter“. 64 Seiten. Preis 40 Pf.

Eine durchaus gemeinverständliche Darstellung der wichtigsten philosophischen und ethischen Fragen in ihren Beziehungen zur Sozialdemokratie.

### L. Isenheim:

### Streik.

Roman aus dem gegenwärtigen Klassenkampf. In 6 Lieferungen à 30 Pf. in Leinen gebunden 2.50 M., Einbanddecke 75 Pf.

Der aus der Arbeiterklasse hervorgegangene Verfasser schildert hier in meisterhafter Weise die Kämpfe der zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter. Zahlreicher Bilderbuch eines Münchener hervorragenden Künstlers verleiht dem Werte noch besonderen Wert.

### Rudolf Franz:

### Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt

bearbeitet im Sinne des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie mit zahlreichem Bilderbuch von Koln. Pfeiffer, München. Preis 1 M.

Eine meisterhafte politische Satire der deutschen Schatzkammer aller Grade des durch seine Schrift: „Warum ich kein Sozialdemokrat bin!“ bekannten Verfassers.

Alle Buchhandlungen und Kolportage liefern obige Schriften zu Originalpreisen.

## Restaurant zum Goldenen Bienenkorb.

Voltastraße 43.

Heute Donnerstag: Frische Blut-, Grütz- u. Leberwurst.

Empfehlen ferner unsere jeden Donnerstag selbst fabrizierte

### Landleber-, Thüringer- u. Schlackwurst.

Langjährige eigene Hausschlächterei. × Billige Preise. × Reelle Bedienung.

Pauline Böhl.

## MANOLI Cigarettes

Beliebte Specialmarken

## Abbas Dandy Gibson Girl

## Steppdecken Spezialhaus

### Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

### Höchste Leistungsfähigkeit

durch Selbstfabrikation aller besseren Qualitäten.

Steppd. à 2.50, 4, 6, bis 250 M.

Schladdecken à 3, 4, 10 bis 50

Echt. Kamelhaar à 10 bis 36

### Spezialkatalog

650 Abbildungen gratis u. franko.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz.

10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-.

Kaufen Sie

## Fluß- und Seefische

von der Deutschen

### Dampffischerel-Gesellschaft

## „Nordsee“

Stadtbahnhof Börse

Sie erhalten tadelloose

frische Fische preiswert.

### Sie hat etwas

sehr reizvolles, die Mode von 1911-12 Entzückende, für jeden

Geschmack passende Modelle enthält das reich ausgestattete

Favorit-Modenalbum (nur 60 Pf.), franko 70 Pf., Jugend-Modenalbum

60 Pf., franko 60 Pf., bei C. Müller, Berlin, Spittelmarkt 5.



Seht nur — die Köchin Hanno, — Wie sie die alte Pfanne als Spiegel garbenutzt, Seit sie mit echtem

**Dr. Landmann's**  
Putz-Pulver putzt  
in Paketen à 5.10 u. 20 Pf.

## Stoffe

für Maß-Anzüge, Paletots, Ulster, Kostüme etc., Nr. 4, 5, 6 M.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.

Gertraudenstraße 20/21, vis-à-vis der Petrikirche.

### Buchhandlung Vorwärts

SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Zu empfehlen ist: 946/8

### Der Kleingarten,

seine Anlage, Einteilung und Bewirtschaftung von

Max Heschdörffer.

Preis brosch. 60 Pf.

### Praktisches Taschenbuch

für Gartenfreunde.

Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemähe Bewirtschaftung des häuslichen Gier-, Gemüse- und Obstgartens.

von

Max Heschdörffer.

Mit 137 Textabbildungen. Preis geb. 3.50 M.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. ...

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Leppiche (Gardenstühle) Gelegenheitskauf, ...

Sintwaichsäcker, Jober, Sitzen, ...

Teilzahlung, Möbeleinrichtung, ...

Günstige Möbelkaufgelegenheit! ...

Robengebisse, Bahn bis 80 Pfennig, ...

Schlosserlehrlinge verlangen, ...

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gütchenerstraße 81, ...

Rechtliche, Schreibmaschinen, ...

Deutsch, ungenügend, ...

Vermietungen, ...

Zimmer, ...

Arbeitsmarkt, ...

Straußfedern.

Reichhaltige mit geschulten Kräften für Regen und Nagen ...

Gesucht

Mechaniker, ...

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit oder Lohnunterschieden sind gezwungen ...

Musik.

Pianinos, 80,00 an Teilzahlung, ...

Kaufgesuche.

Pianinos, 80,00 an Teilzahlung, ...

Expedient

5 Jahre in Vertiefung mit Buchhaltung tätig, ...

### 3. Deutscher Städtetag.

Fosen, 12. September.

Oberbürgermeister Ballraf-Köln erörtert zunächst die Frage, ob die Deffinitivität verpflichtet sei, eine Fürsorge für Arbeitslose einzurichten. Unzweifelhaft liegt eine gesetzliche Verpflichtung, die über die Armenpflege hinausgeht, für uns zurzeit nicht vor.

#### Das Recht auf Arbeit

erkennt weder der Staat noch die Gesetzgebung an. Es scheint aber, daß eine Wandlung vor sich geht, und zwar nach der Richtung, daß man nicht ein geschriebenes Recht auf Arbeit anerkennt, aber den öffentlichen Körperschaften Verpflichtungen auferlegt, nach dieser Richtung zu sorgen. Die Hoffnung auf die Gewerbeordnung, daß sie eine Harmonie der Kräfte herbeiführen werde, erwies sich auf diesem Gebiete als trügerisch. Man hat erkannt, daß ein arbeitswilliger und arbeitsfähiger Arbeitnehmer ohne sein Zutun arbeitslos werden kann. Die Reichsregierung hat bisher eine Lösung dieser Frage nicht derfucht. Allerdings wurde 1902 vom Reichstag eine Resolution angenommen, die eine Untersuchung durch eine Sachverständigenkommission forderte. Das Ergebnis war bisher nur die wertvolle Enquete von 1908. So trivial der Sach liegt, daß man Arbeitslosigkeit am besten durch Arbeitsnachweise bekämpfen kann, so fundamental richtig ist er. Denn die Arbeitsnachweise bilden die Grundlage der Arbeitskräfteverteilung und der Notstandsarbeiten. Die Notstandsarbeiten bleiben aber immer nur ein notwendiges Uebel. Sie sind beschränkt auf einige Kategorien von Arbeiten und stoßen an einer Stelle ein Loch, während sie ein anderes öffnen. Sie haben auch manche andere Nachteile. Sie sind vor allen Dingen unwirtschaftlich. Wenn der deutsche Handwerkskammertag in Düsseldorf für Notstandsarbeiten seine Stimme erhoben hat, so muß ich auf Grund unserer Kölner Erfahrungen meine Stimme dagegen erheben, daß durch Notstandsarbeiten die Arbeitslosigkeit gehoben werden könnte. Da Notstandsarbeiten vor allem nur in beschränktem Maße in Anwendung kommen können, so ergibt sich die Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung. Früher haben sich viele Kreise ablehnend verhalten. Aber dieselben Bedenken wurden auch gegen die Feuerversicherung, die Hagelversicherung und gegen jede Versicherung von vornherein erhoben und sind durch die Praxis doch beseitigt worden. Die Arbeitslosenversicherung wird die Arbeitslosigkeit beseitigen helfen. Die Arbeitslosigkeit ist kein Notstand, der nur einzelne Personen trifft, sondern der die Gesamtheit bedroht. Die Frage der Arbeitslosenversicherung darf nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Redner bittet daher um Annahme der Beschlüsse.

Der zweite Redner Oberbürgermeister Dr. Adickes-Frankfurt a. M. geht auf die einzelnen Punkte der Beschlüsse näher ein, und führt zum Teil unter dem Widerspruch einer kleinen Minorität aus: Die Untersuchung über die Ursachen der Arbeitslosigkeit

#### Ursachen der Arbeitslosigkeit

haben die „sozialistische Lehre“, daß alle Arbeitslosigkeit mit der kapitalistischen Produktionsweise im Zusammenhang steht, widerlegt. Die größte Arbeitslosigkeit haben wir ja immer im Winter. Dies ist durch das Klima bedingt. Niemand wird behaupten wollen, daß diese klimatische Arbeitslosigkeit mit unseren wirtschaftlichen Verhältnissen im Zusammenhang steht. Das ist die treffendste Widerlegung der Behauptung, daß die winterliche regelmäßige Arbeitslosigkeit eine Folge unserer Produktionsweise ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ebenso wichtig ist der Umstand, daß ein weiterer großer Teil von Arbeitslosigkeit abhängig ist von der Saison. In der Saison sind die Gewerbe in hohem Maße unabhängig von der Wirtschaftsweise. Weiter kommen hinzu als Ursache der Arbeitslosigkeit die Einführung neuer Maschinen. Dann kommen auch durch die Krisen in der Weltwirtschaft Arbeitslosigkeit vor. Und es ist auch nicht zu leugnen, daß manche gesetzgeberische Maßnahmen Einfluß auf den Weltmarkt haben. Daraus ist daher auch für das Reich eine gewisse Verpflichtung abzuleiten. Es können aber zwei Gewerbe ganz dieselbe Ziffer der Arbeitslosigkeit aufweisen, und trotzdem braucht das Bedürfnis einer Arbeitslosenversicherung nicht bei beiden parallel zu laufen. In der Landwirtschaft ist ja zum Beispiel im Winter kein Bedürfnis an Arbeitern vorhanden. In manchen Saisongewerben sind die Arbeiter in der einen Stadt auch schlimmer daran als in der anderen Stadt, wo sie keine Nebenbeschäftigung finden. Das Baugewerbe ist immer ein Saisongewerbe. Jetzt wird nun behauptet, daß in den Großstädten die Bauarbeiter im Winter keine Gelegenheiten zu Nebenarbeit finden. Es ist ein verhängnisvoller Zug, daß man von sozialistischer Seite benutzt versucht hat, die Arbeiter in die Großstädte zu ziehen, wo sich alles in Geldwirtschaft umsetzt. Auch die Versicherung kann kein Allheilmittel sein. Es muß für

jedes einzelne Gewerbe geprüft werden, ob ein Bedürfnis für eine Versicherung vorliegt, und in welchem Maße hier Abhilfe geschaffen werden kann. Wenn von gewisser Seite gesagt wird, ihr habt ja so viele Millionen für Schiffe und Kanonen, dann könnt ihr auch einige Millionen für die Arbeitslosenversicherung ausgeben. So ist das leichtlich gesagt. Das ist Demagogie. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß unsere Gemeinden nicht allzusehr belastet werden. Daher begrüße ich es, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung in eine Reihe von einzelnen Fragen sich auflöst. Damit wird auch die Frage der Zwangsversicherung und die Unterstützung des Arbeitsnachweises ein ganz anderes Gesicht gewinnen. Wir können mit der ganzen Entwicklung, die diese Frage genommen hat, zufrieden sein. Sie hat uns eine Fülle von Belehrungen gebracht, so daß wir mit mehr Aussicht auf die Lösung der Aufgabe rechnen können. An die Spitze unserer Leitfäden setzen wir die Frage der Zwangs- oder Freiwilligenversicherung. Nach den bisherigen Erfahrungen müssen wir sagen, daß die reine Freiwilligkeit sich nirgends bewährt hat, selbst bei den Gewerkschaften nicht, so bewundernswert das ist, was sie an Opfer geleistet haben.

Im Jahre 1908 haben die Gewerkschaften 8,1 Millionen Unterstützungen gewährt, davon entfallen 6 Millionen auf die vier Gruppen: Metallarbeiter, Buchdrucker, Holzarbeiter und Zimmerer, die nur ein Drittel der 1,8 Millionen gewerkschaftlichen Mitglieder umfassen. Hier handelt es sich aber um die vier bestentlohnten Gewerbe. Auch die englischen Erfahrungen sprechen hierfür. Es fragt sich nun, ob die gewerkschaftlichen Organisationen als Träger der Versicherung aufzufassen sind, und ob sie aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden sollen, wie von sozialdemokratischer Seite und von einzelnen bürgerlichen Rationalisten verlangt wird. Wir haben schon gesehen, wo die Grenzen der Gewerkschaften liegen. Alle Vertreter des Gedankens, daß die Gemeinden eine Unterstützung geben sollen, sagen selbst, daß das nur ein mangelhafter Weg sei, der später zur Reichsunterstützung führen muß. Glaubt aber jemand, daß sich im Reich eine Majorität bilden wird, die 3 Millionen Mark Unterstützung an die Angehörigen von nur vier Gewerkschaften auszugeben wird, und zwar an Gewerkschaften, die sich nur auf einen Teil der Mitglieder des Gewerbes erstrecken? (Lebhafte Zustimmung.) Der stellunglose Kaufmann, der keine Handwerker muß selbst für sich sorgen, weshalb soll eine Ausnahme zugunsten der Arbeiter gemacht werden? (Lebhafter Beifall.) Die Sozialdemokraten sind ja sonst immer gegen Ausnahmebestimmungen. Hier aber verlangen sie für die Arbeiter eine Ausnahme. (Stürmischer Beifall.) Dann werden auch beschäftigungslose Ingenieure, Anwälte und andere daselbst für sich beanspruchen können. Nun wird aber von Sozialpolitikern wie Jostrow und anderen angeführt, daß die gewerkschaftlichen Vereine die Träger der Versicherung sind. Das ist richtig. Die Gewerkschaften würden durch die öffentliche Unterstützung allerdings gefördert werden. Die Gewerkschaften sind aber nicht gegründet, um Leistungen für die Allgemeinheit zu schaffen, sondern für die Arbeiter allein. Das vermag ihnen niemand. Wenn ich selbst Arbeiter wäre, würde ich mich ihnen auch anschließen. (Sehr wahr!) In allen diesen Fällen aber bedeutet dann die öffentliche Unterstützung einen Eingriff in den Lohnkampf und in die Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Das Gros der gewerkschaftlichen Mitglieder besteht aus Anhängern der Sozialdemokratie. So lange die Sozialdemokratie nicht die Majorität in Deutschland hat, werden wir anders Gesinnten doch Bedenken tragen müssen, dieser Partei die Geldmittel an die Hand zu geben, um sich die Majorität zu schaffen. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Mit welchem Recht soll eine öffentliche Unterstützung für Saisongewerbe Platz greifen? Jeder arbeitsfähige Mensch soll doch für seinen Lebensunterhalt selbst sorgen, und wenn jemand einem Gewerbe angehört, in dem er nur sechs Monate Arbeit hat, so muß er dafür sorgen, daß er in den übrigen sechs Monaten andere Arbeit hat. Man kann nicht behaupten, daß die Löhne der Bauarbeiter nicht ausreichen, um eine Prämie für die Versicherung zu zahlen. Wie viele kleine Bürger und kleine Beamte gibt es denn, die solche Stundenlöhne haben wie sie den Bauarbeitern durch die Tarifverträge gewährt werden? (Sehr wahr!) Das würde zu einer kommunistischen Wirtschaft führen, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Bisher war diese Erkenntnis nur verdrängt worden durch Verallgemeinerung. Die Arbeitslosen in großen Krisen zu unterstützen, ist Menschenpflicht. Aber die dauernde Unterstützung bedeutet einen Umsturz der wirtschaftlichen Ordnung. (Stürmischer Beifall.) Ich habe diesen Punkt absichtlich mit solcher Schärfe hervorgehoben, weil mir das notwendig erscheint. Es ist gesagt worden, daß sich der Vorstand des Städtetages um eine Entscheidung herumdrücke. Ich glaube, daß nach meinen Ausführungen das niemand mehr wird behaupten können. (Stürmischer Beifall.) Die Frage des partiellen Zwanges ist in dieser Weise noch nie gestellt worden. Wir haben damit den Weg gewiesen, auf dem man vorwärts kommen kann. Der Weg, den die

Regierung und gewissen hat, nach dem Center System die öffentliche Unterstützung zu Hilfe zu nehmen, ist ein Verlegenheitsweg gewesen, und ich kann den Gemeinden nur raten, den populären Strömungen nach dieser Richtung nicht nachzugeben. (Lebhafte Zustimmung.) Indem wir sagen, der partielle Zwang soll geprüft werden, tun wir einen wesentlichen Schritt vorwärts. Die Regierung wird sich auf die Dauer einer allgemeinen Regelung nicht entziehen können. Mit großer Sorgfalt muß die Bedürfnisfrage bei den einzelnen Gewerben geprüft werden. Von allergrößter Bedeutung ist, daß die Arbeitgeber dabei mitwirken. In vielen Fällen kann die Ursache der Arbeitslosigkeit nur durch den Arbeitgeber beseitigt werden, indem er mitwirkt und uns Beiträge zahlt. Auch die Leistungsfähigkeit des Gewerbes muß in Betracht gezogen werden. Die ganze Arbeitslosenversicherung ist eine wirtschaftliche Aufgabe für das ganze Reich. Es kann daher nicht die Regelung auf einige hundert Drahthäuser verteilt werden, sondern die Frage muß einheitlich geregelt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß deshalb der Bundesrat sich der Sache annehmen. Das ist durchaus ausführbar. Das Gesetz, nach welchem die Arbeitslosenversicherung für bestimmte Gewerbe im ganzen Reich zwangsweise eingeführt werden muß, kann nicht erseht werden durch verschiedene Experimente in einzelnen Städten. Die Leitung muß eine einheitliche sein. Die Gemeindeverwaltungen sind nicht geeignet, in dieser Sache als Organisatoren aufzutreten. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

#### In der

#### Diskussion

nahm als erster Redner das Wort Reichstagsabgeordneter Stadtverordnetenvorsteher Giesberts-M. Glöckner: Es ist ja recht erfreulich, daß der Deutsche Städtetag sich mit dem großen Problem der Arbeitslosen beschäftigt. Damit ist ein Ziel jahrzehntelanger Agitation der Arbeiterorganisationen erreicht worden, diese Frage in den Mittelpunkt der Erwägungen maßgebender Körperschaften zu stellen. Aber die Leitfrage und vor allem das Referat des Herrn Adickes können bei uns Arbeitern wenig Befriedigung auslösen. Aus seinen Ausführungen lesen wir eine Opposition gegen die Arbeitslosenversicherung heraus. (Choruse.) Es sind jedenfalls keine positiven Grundzüge herauszulesen. Er hat nur alle Bedenken hervorgekehrt. Ich hoffe, daß die Gemeinden, die das Problem lösen zu können glauben, sich durch diese Darlegungen von weiteren Maßnahmen nicht werden abhalten lassen. Das Reich verneint nicht grundsätzlich die Regelung, sondern sagt nur, daß bisher keine Vorbilder vorhanden waren. Wir sagen: Ihr Städte, die ihr Millionen aufwände für Parks, Theater und andere Kulturbedürfnisse der Bessergestellten (stürmische Unterbrechungen), gewiß, ich halte das auch für berechtigt, aber die Städte dürfen es dann auch nicht ablehnen, Mittel für die Arbeiter aufzuwenden, indem sie sagen, das Problem sei so schwierig, daß nichts getan werden kann. Der Staat sagt, das Problem ist so, daß ich es nicht lösen kann, und der Vertreter einer der reichsten Städte Deutschlands sagt hier, wir können nicht helfen. Denken Sie, welche Einwirkung das auf die Psyche des hungernden Arbeiters haben muß. Das muß Haß gegen die Gesellschaft in ihm erwecken. (Große Unruhe.) Dieser Gedanke darf also nicht von dem Städtetag ausgehen. Deshalb ist es gut, daß in den Schlußsätzen gesagt wird, daß trotz der großen Schwierigkeiten eine Lösung versucht werden muß. Es liegt eine moralische Verpflichtung für die Städte vor. (Zurufe: Nein, nein!) In erster Linie haben doch die Städte die Folgen der Arbeitslosigkeit zu tragen. Das Anwachsen der Armenpflege, die Vermehrung der Verbrechen und damit der Unsicherheit sind die Folgen der Arbeitslosigkeit und belasten die Städte, deshalb entlastete die Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung und der Waisenversicherung die Armenpflege der Städte. Gewiß sind die Summen für die Armenpflege geringe, aber sie wären noch viel höher gestiegen ohne die Versicherungen. (Sehr wahr!) Allerdings ist man heute, Gott sei Dank, zu einer humanitären Auffassung über die Anwendung der Armenpflege gelangt. Die Städte müssen bestrebt sein, in den unteren Klassen aufrechte, stolze Bürger zu schaffen. Das kann nur geschehen, indem die Arbeiter gelehrt werden gegen die Not der Arbeitslosigkeit. (Vereinzelter Beifall.) Der Redner spricht der Stadt Köln seine volle Anerkennung aus für die von ihr getroffenen Maßnahmen. Wenn wir nicht aufreizend auf die unteren Klassen wirken wollen, dürfen wir nicht sagen, daß wir nicht helfen können. Deshalb bedauere ich die Ausführungen des Referenten und die Leitfrage. Kein Sozialpolitiker, kein Sozialdemokrat verlangt, daß das ganze Problem an einem Tage gelöst wird. Aber keinesfalls darf man sich um die Lösung herumdrücken. (Heftiges Zischen.)

Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg äußert auch einige Bedenken gegen die Ausführungen des Oberbürgermeisters

### Kleines feuilleton.

Eine Bibliographie des kommunistischen Manifestes. Im letzten Jahresberichte der Veröffentlichungen der Bibliographical Society of America (1910) wird ein interessanter bibliographischer Versuch veröffentlicht, nämlich eine Zusammenstellung aller Ausgaben und Uebersetzungen, die von der grundlegenden Urkunde des heutigen Sozialismus, dem von Karl Marx und Friedrich Engels gemeinsam verfaßten „Kommunistischen Manifest“ seit seiner ersten, am 24. Februar 1848 in London erfolgten Veröffentlichung bis zum heutigen Tage erschienen sind. Diese erste Ausgabe, die in deutscher Sprache geschrieben war und 25 Oktoberrufen umfaßte, wurde sofort in ihrer großen politischen Bedeutung erkannt und daher die nötigen Vorbereitungen getroffen, um sie in alle europäischen Sprachen zu übersetzen; es sollen auch alsbald schon zwei französische Uebersetzungen hergestellt worden sein, doch ließ der Ausbruch der Revolution von 1848 das Interesse an dem Werk zunächst zurücktreten und es dauerte mehrere Jahre, eigentlich sogar bis Jahre 1871, ehe das Manifest außerhalb Englands größere Verbreitung gewann. Die erste englische Uebersetzung war, so viel bis jetzt bekannt, die von Helen Mc Parlane, die im November 1850 in der Londoner „Red Republican“ erschien. In Deutschland war das Manifest natürlich streng verboten; die Polizei jagte eifrig danach, und nur in dem 1853 in Berlin erschienenen Buche der beiden Polizeibeamten Bernuth und Eisler: „Die Kommunisten-Veränderung des neunzehnten Jahrhunderts“ wurde es damals als Beilage wörtlich abgedruckt. Aber erst 1866 erschien, wieder in London, eine zweite deutsche Auflage, während ziemlich um dieselbe Zeit Sakunin eine russische Uebersetzung verfaßte, die in Alexander Herzen's bekannter „Blode“ erschien. Nach Engels sollen damals auch eine dänische und eine polnische Uebersetzung erschienen sein, über die indessen bis jetzt noch nichts Näheres bekannt ist. Im Jahre 1872 erschien in Berlin die erste Ausgabe auf deutschem Boden, der seitdem — übrigens auch in der Schweiz und Amerika — zahlreiche andere folgten; in französischer Sprache erschien das Manifest anscheinend zuerst 1872 in dem Revue-Blatt „Le Socialiste“, dann seit 1899 in verschiedenen Pariser Ausgaben, davon eine von 1901 in zwei Bänden als Textabdruck und geschichtlich-kritischer Teil. Auch die erste spanische Uebersetzung erschien im Jahre 1896, während die Italiener erst im Jahre 1901 mit der ersten, seitdem mehrfach aufgelegten Uebersetzung folgten. In Dänemark erschienen, abgesehen von den oben erwähnten Uebersetzungen im Jahre 1885 und im Jahre 1898, in Schweden wenigstens eine im Jahre 1903, in Holland zwei gefundene Ausgaben in den Jahren 1892 und 1904. Auch russische Uebersetzungen erschienen noch mehrfach, ferner zwischen 1896 und 1903 vier ungarische Uebersetzungen, 1904 eine litauische und im Jahre 1888

eine armenische Uebersetzung; endlich sind noch eine japanische und eine chinesische Uebersetzung bekannt, von denen die letztgenannte eine Verbreitung von 200 000 Stück haben soll. Die vorläufige Untersuchung, von der wir hier berichtet, hat bereits ungefähr 60 verschiedene Ausgaben der berühmten sozialistischen Urkunde zu Tage gefördert, doch ist, da ein großer Teil der älteren Abdrücke und Uebersetzungen in schwer zugänglichen Zeitschriften erschien, kein Zweifel, daß ein weiteres Nachforschen diese Zahl noch erheblich steigern wird.

Der Zug des weißen Storchs. So alt auch die Kenntnis von den Wanderungen unserer heimischen Zugvögel ist, die sie im Herbst in südliche Klimate antreten, so wenig Gewisses hat man bisher über die Wege gewußt, die sie einschlagen. Um endlich hierüber Klarheit zu schaffen, hat die Vogelwarte in Rossitten (kurische Regierung, Ostpreußen) gemeinsam mit der Ornithologischen Zentrale in Budapest genauere Forschungen über die Wanderungen des weißen Storchs (*Ciconia ciconia*) angestellt. Zu dem Zwecke wurden etwa 3000 halbfähige Störche Aluminiumringe mit der Adresse der Vogelwarte um die Füße gelegt. Von diesen Tieren sind 35 von allen möglichen Orten der alten Welt als erbeutet gemeldet worden, so daß man aus den Fangstellen ziemlich eindeutig auf die Flugbahn schließen kann. In Deutschland geht nach alter Erfahrung der Hauptzug der Vögel von Nordosten nach Südwesten. Auch für die Störche hatte man bisher den gleichen Weg angenommen. Dies hat sich aber als Irrtum herausgestellt. Die Störche fliegen südostwärts ab und gelangen, das Oberital als Richtschnur nehmend, nach Ungarn (Südostende). Von dort gelangen sie über den Bosporus und Kleinasien nach Palästina und weiter zum Golf von Suez, von wo sie nach dem afrikanischen Kontinent gelangen. Hier wurde, wie Dr. Thienemann in den „Zoologischen Jahrbüchern“ berichtet, der erste Ringstorch auf afrikanischem Boden gefunden.

Es geht nun das Niltal aufwärts, über den Victoria Nyanza in die Kalahari bis ins Kapland, welches das Ende der Reise darstellt. Das warme Klima der Länder unter 30 Grad südlicher Breite gewährt den Wandervögeln einen behaglichen Winteraufenthalt, bis sie sich wieder ansiedeln, die 9600 Kilometer lange Rückreise anzutreten und ihr altes Nest in Deutschland wieder aufzusuchen.

New York neue Volksbibliothek. Bibliotheken sind große geistige Reservoirs. Entweder unmittelbar oder durch Vermittlung von Gelehrten und Fachleuten fließt von ihnen aus in tausend Bächen der Strom geistigen Lebens bis in die weitesten Schichten des Volkes. Die Notwendigkeit guter Präsenz- und Volksbibliotheken wird denn auch allgemein anerkannt. Die königliche Bibliothek in Berlin ist mit Recht berühmt. Sie wird jedoch jetzt durch die neueste New Yorker Volksbibliothek übertroffen. Wie der

Pariser „Cosmos“ mitteilt, ist ihr Heim im Renaissancestil erbaut, ein imposanter Bau, der 82 Meter breit und 118 Meter lang ist. Die Kosten dieser Riesebücherei betragen 36 Millionen Mark. Die Bibliothek vermag 3 Millionen Bücher aufzunehmen; augenblicklich beherbergt sie „nur“ 1 800 000 Bücher, Broschüren, Handschriften und Tageseingänge. Außer dem Zeitschriftensaal und dem großen Lesesaal, in dem 768 Personen Raum finden, sind noch Privaträume zu ruhigem wissenschaftlichem Arbeiten eingerichtet. In den sieben unteren Etagen sind die Bücher aufgefapelt; 12 elektrische Fahrstühle befördern die gewünschten Bände zur Ausgabe. Jeder Stuhl vermag 120 Kilogramm zu heben und steigt 76 Zentimeter in der Sekunde. Anerkennenswert ist auch die Schelligkeit der Bücherbestellung, die durch eine Art Rohrpost geschieht.

#### Theater.

M. Münchener Theater. Der nordische Autor Adolf Paul brachte es im Residenztheater mit der Uraufführung seiner Novellodie: „Die Sprache der Vögel“ zu einem vollen Erfolg. Der vogelsprachendunbige König Salomo — das Stück verlegt das Auditorium in biblische Zeiten — wird von einem kleinen Rossweibchen belehrt, daß er im Grunde trotz aller Weisheit doch nicht versteht, was die Sprachen auf dem Dach zwitschern, nämlich daß, frei nach Heine, ein Tor immer willig ist, wenn eine Löwin miß, d. h. daß des Weibes Weisheit zehnmal größer als die aller Salomone ist, wenn es gilt, den Mann zu umgarnen, zu überwältigen, einer Sache gefügig zu machen. Die einen haben als Antworte auf die Schlangenlist der Frau die Peitsche — das aber sind die Bedauernswerten; die glücklicheren sind immer die, die sich im Auf befragen lassen. So wird auch der König der Könige zuletzt durch den Anblick eines küssenden Paares befreit, und die Kreatur, das Weib, Salome und Lulu in einer Person, triumphiert. Leider hatten wir in München in Fräulein Nidelote keine genügende Vertreterin der Coaxiochter. Der Autor ist ziemlich trocken im Ironischen und ohne durchschlagende Pointe.

#### Notizen.

— Hansi Riese hat sich in einem Monegedrama „König Ledibus“ eine purgige Hofenrolle zurechtgemacht und verulkst nunmehr Herrn Reinhardt mit samt seiner Virtuosität — zum Gaudium des Publikums.  
— Der Diebstahl der Mona Lisa soll jetzt auch als Schwank auf die Bretter kommen. Der Stoff hat's einem Wiener Blicklichter angetan.  
— Verächtigung. Der Druckfehlerteufel hat in einer gestern an dieser Stelle gebrachten Notiz das List-Stubstein-Wort-Denkmal in Wien zum Uebersetzer gemacht. Es sollte heißen: Aus Björnsterne Björnsons Nachlaß wird usw. usw.

Abides. Gerade den Experimenten einzelner Städte, über die Abides etwas despektierlich sprach, sei es zu danken, daß eine gewisse Klärung herbeigeführt worden ist. (Sehr wahr!) Der Kritik des Vorredners muß ich mich anschließen. Als ich die Thesen las, hatte ich die Empfindung, daß mit diesen nur zu leicht der Verdacht geweckt werden kann, die deutschen Städte wälgen die Verantwortung auf das Reich ab, und kommen leider zu einer negativen Stellung. Das würde ich bedauern, denn das würde nicht der Bedeutung dieser Tagung entsprechen. (Chorus und Anrufe.) Ich bitte um Verzeihung, ich meine diese mißverständliche Auffassung. Ich bin selbst überzeugt, daß die Verfasser der letzten Sätze nicht die Absicht gehabt haben, die Verantwortung von sich abzuwälzen. Nachdem Abides aber heute sich gegen den Zwang ausgesprochen hat, kann niemand hier gegen diesen Vorwurf erheben, und ich bitte, den Zeitfäßen zuzustimmen. Der Redner stellt dann noch zur Frage des Arbeitsnachweises folgenden Antrag:

„In der Ueberzeugung, daß der Arbeitsnachweis die Voraussetzung für jede Form der Arbeitslosenversicherung ist, regt der Deutsche Städtetag die einheitliche Organisation der paritätischen Arbeitsnachweise für ganz Deutschland als dringendes Bedürfnis an und richtet an Regierung und Bundesrat das dringende Ersuchen, baldmöglichst derartige Einrichtungen zu schaffen.“

Geheimer Finanzrat Oberbürgermeister Beutler (Dresden) glaubt, daß es nicht möglich sei, auf diesen Antrag heute sachlich einzugehen. Er schlägt daher vor, die Thesen in Form einer Petition an Bundesrat und Reichstag zu schicken. (Lebhafte Beifall.) Nach weiterer Diskussion und nach einem Schlußwort von Oberbürgermeister Abides wurde der Antrag Beutler abgelehnt und die Resolution gegen fünf Stimmen angenommen.

Hierauf referierte Reichsrat Dr. Hertl-München über die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise.

Redner gab zunächst eine Uebersicht über die Entstehung des Reichstagswahlrechts und bespricht dann eine von ihm aufgestellte Statistik, die Aufschluß über den Anteil der Städte am Volksgange und am Wahlrecht geben soll. Schließlich empfahl der Vortragende die Annahme folgenden Antrages:

„Der Deutsche Städtetag spricht sein Bedauern darüber aus, daß die jetzigen Bestimmungen über das Wahlrecht zum Reichstage für die an Einwohnerzahl stark gewachsenen Wahlkreise, insbesondere solche mit städtischer Bevölkerung eine durchaus ungenügende Verzerrung mit sich bringen und erklärt, daß dieser Zustand dringend der Abänderung bedarf. Demgemäß ersucht der Städtetag die Reichsregierung um Abhilfe.“

Der Referent empfiehlt, mit einer gleichlautenden Vorstellung sich auch an den Reichstag zu wenden und schlägt mit den Worten, die Graf Bismarck bei der Beratung des Wahlgesehes im Reichstage des Norddeutschen Bundes gesprochen hat: „Im übrigen möchte ich Sie bitten, nicht zu glauben, daß wir die jetzige Einrichtung für tadellos und nicht für in hohem Grade verbesserungsfähig halten, insbesondere daß die Abgrenzung der Wahlbezirke nicht eine große Anzahl von Mängeln darbiete, die der Abhilfe bedürfen.“ Wie Bismarck kann auch der Deutsche Städtetag sagen: Abhilfe tut not. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)

Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen. Schließlich wurde ein Antrag des Abg. Cassel-Berlin angenommen:

„Der Vorstand wird ersucht, bei den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden vorstellig zu werden, bezüglich der drohenden Nahrungsmittelverknappung Maßnahmen zu ergreifen.“

Hierzu teilte der Vorsitzende, Oberbürgermeister Kirchner-Berlin, mit, es sei ein Sachverständiger nach England geschickt worden, um Rücksprache über die Einfuhr gefrorenen Fleisches zu nehmen. Der Vorsitzende hat aber, von einer Erörterung dieser wichtigen Frage abzusehen, da die Versammlung nur noch schwach besucht sei. Darauf wurde die Dringlichkeit des Antrages Cassel abgelehnt und die Tagung geschlossen.

## Der Schutzmänn in nervöser Erregung.

Inrechtmäßige Festnahme eines Mannes und Körperverletzung in Ausübung des Amtes wirft die Anklage dem Schutzmänn Karl Rest vor, die am Mittwoch vor der 7. Ferien-Strassammer verhandelt wurde. — Rest stellte den Vorgang, der ihn auf die Anklagebank gebracht hat, so dar: Bei einer Nachpatrouille in der Schliemannstraße habe er in einem Schanklokal Licht bemerkt und darauf durch eine kurze Unterredung, die er mit dem Schankwirt in der Tür des Lokals hatte, festgestellt, daß keine Gäste im Lokal waren. Dann sei er weitergegangen. Da sei der Tischler Hader, den er nicht kannte, an ihn herangetreten und habe gesagt: „Sie treiben sich nichts in Schanklokale herum und auf der Straße kann passieren, was will.“ Der Angeklagte habe geantwortet, er habe das Lokal dienstlich kontrolliert. „Nein, Sie haben gefressen“, habe Hader darauf erwidert, sei hinter ihm, dem Angeklagten, hergegangen und habe auf ihn geschimpft. Nun habe der Angeklagte zu Hader gesagt: „Wenn Sie nicht ruhig sind, muß ich Sie festnehmen.“ Hader habe gerufen: „Wenn Sie mich anfassen, schlage ich Ihnen den Schädel ein“, und habe mit einem Gegenstand, den er in der Hand hielt, eine drohende Bewegung gemacht. Hierauf habe der Angeklagte dem Hader einen

Ankel angelegt und ihn nach der Wache geführt. Auf der Treppe des Backlokals habe Hader den Angeklagten gegen das Geländer gestoßen und „Hilfe“ gerufen. Darauf sei der Telegraphist heraufgekommen und habe ihm, dem Angeklagten, geholfen. Auf dem Wege vom Telegraphenzimmer nach dem Backlokal könne er — so sagte der Angeklagte — den Hader vielleicht gestoßen haben, aber er wisse nichts davon.

Schankwirt Leuendorf und Wächter Rau bestätigten die Angabe des Angeklagten, daß er das Schanklokal nicht betreten, sondern in der Tür mit dem Wirt verhandelt habe.

Tischler Hader, der Verlechte, stellt den Hergang ganz anders dar, wie der Angeklagte. Er sagt, der Angeklagte Rest habe sich eine Bierstube in dem Schanklokal aufgehalten. Als er wieder herauskam, habe der Zeuge den Angeklagten gefragt, warum diese Schankwirtschaft noch im Betrieb sei, während andere Wirtschaften schon um 11 Uhr schließen müssen. Der Angeklagte habe darauf geantwortet: „Wenn Sie ein Glas Bier trinken wollen, dann können Sie hier eins bekommen.“ Der Zeuge sagt, er habe darauf die Bemerkung gemacht, daß Schutzleute im Dienst kein Schanklokal besuchen dürften. Der Angeklagte habe geantwortet, er habe das Recht, jede Wirtschaft zum Zweck der Kontrolle zu besuchen. — So seien sie beide im Gespräch weiter gegangen. Nüchlich habe der Angeklagte Rest den Zeugen angefragt: „Jetzt kenne ich Sie wieder, Sie sind ja auch so ein Was aus Was.“ Diese Beleidigung habe den Zeugen veranlaßt, den Schutzmänn Rest aufzufordern, mit ihm nach der Wache zu gehen, damit er dessen Nummer erfasse. Als Antwort darauf habe der Angeklagte gerufen: „Gehen Sie weg, sonst schlage ich Ihnen mit dem Säbel über den Kopf.“

Der Angeklagte habe dem Zeugen dann die Handfessel angelegt mit den Worten: „So, jetzt gehen wir den Spieß um. Jetzt gehen Sie mit mir nach der Wache.“ Der Zeuge sagt, er sei vom Angeklagten an der Handfessel herant getrieben worden, daß er heftige Schmerzen hatte. Auf sein Ersuchen, ihn nicht so zu zerrn, habe der Angeklagte geantwortet: „Es ist mir ganz egal, und wenn ich Sie in drei Stücken nach der Wache bringe.“

Strassenpassanten, die den Vorgang beobachteten, hätten gesagt, der Schutzmänn müsse betrunken sein. — Auf dem Hausflur der Polizeiwache angekommen, habe der Angeklagte die Tür zugemacht und wiederholt auf den Zeugen eingeschlagen, immer von oben herunter, und dabei habe der Angeklagte gerufen: „Du Was, Dir werde ich es anstreichen.“ Auf den Hilferuf des Zeugen erschien der Telegraphist in der Tür, während der Angeklagte weiter auf den Zeugen einschlug. Herr Nachtmeister, Sie sehen, wie mich der Schutzmänn mißhandelt, rief der Zeuge dem Telegraphisten zu. In demselben Augenblick — sagt der Zeuge — bekam ich schon wieder einen Schlag. Da habe sich der Telegraphist ins Mittel gelegt und zu dem Angeklagten gesagt: „Rest, was machen Sie denn, Sie haben den Mann nicht zu schlagen.“ — Auf dem Korridor vom Telegraphenzimmer nach der Wache — sagt der Zeuge — sei er aufs neue vom Angeklagten geschlagen und

mit dem Fuß gestoßen worden.

Auch da habe der Telegraphist wieder gesagt: „Rest, lassen Sie doch den Mann in Ruhe, ich habe schon mal gesagt, daß Sie ihn nicht schlagen sollen. Lassen Sie ihn doch allein gehen.“ Die Mahnung habe nichts genutzt, der Angeklagte habe den Zeugen fortgesetzt geschlagen und mit wildrollenden Augen gerufen: „Was, Dir werde ich es besorgen.“

Am Tage nach diesem Vorfall ist der Angeklagte Rest in die Wohnung des Zeugen Hader gekommen und hat diesen ersucht, nichts aus der Sache zu machen. Er hat sein Verhalten bedauert und es mit seiner Erregung entschuldigt und — wie Hader sagt — ihm auch eine Geldsumme angeboten. Hader hat sich seiner Angabe nach bereit erklärt, keine Anzeige zu erstatten, hat dem Zeugen Hader, falls er infolge der Mißhandlungen arbeitsunfähig werden würde, die Differenz zwischen Krankengeld und Arbeitslohn anzuhäufte. Hierauf hat sich der Angeklagte Rest in einem bei den Älten befindlichen Revolver, den er auf Ersuchen Haders nieder-schrieb, bereit erklärt.

Der Angeklagte bemerkt hierzu, er sei zu Hader gegangen auf Veranlassung des Revolverwärters, der zu ihm sagte, es könne schlimm für ihn — den Angeklagten — werden, er solle sehen, daß er sich mit Hader einigen könne.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schwandt, suchte den Zeugen Hader als unglaubwürdig hinzustellen. Zunächst fragte er den Zeugen, wie er zum „Vorwärts“ sehe. Als diese Frage allgemeine Verwunderung erregte, fragte der Verteidiger, ob der Zeuge einen Artikel im „Vorwärts“ verfaßt oder veranlaßt habe, der von der Behandlung eines Arrestanten handelt. Nachdem der Zeuge dies verneint hatte, wurde sein Vorleben beleuchtet. Da kamen nun Dinge zur Sprache, die zwar die Glaubwürdigkeit des Zeugen nicht unbedingt ausschließen, aber doch ein recht ungünstiges Licht auf seine Person werfen. Hader war früher Schutzmänn in Hamdara. Seiner Angabe zufolge ist er freiwillig von der Schutzmännenschaft abgegangen. Der Gerichtsvorsitzende stellte aus den Akten fest, daß Hader gerichtlich mit 50 M. bestraft worden ist, weil er als Schutzmänn eine Zivilperson heftig tisch und sie „Lautschlange“, „Scheißhammel“ schimpfte. Ferner ist Hader nach Angabe der Älten

mehrmals disziplinarisch, einmal mit 8 Tagen Arrest bestraft worden, und, um seiner im Wege des Disziplinarverfahrens in Aussicht stehenden Entlassung zuvorzukommen, ist Hader von der Schutzmännenschaft abgegangen.

Zwei Zeugen, die den Zusammenstoß zwischen dem Schutzmänn Rest und dem Zeugen Hader auf der Straße zum Teil beobachtet haben, stellten den Vorgang so dar, daß Rest sich ruhig verhalten, Hader aber laut geschimpft und die Hand gegen den Schutzmänn erhoben habe. — Was Hader über seine Mißhandlung auf der Polizeiwache angab, wurde durch den Telegraphisten, Schutzmänn Meier, soweit er Augenzeuge des Vorganges war, bestätigt. Meier ist auf den Hilferuf Haders erschienen. Er hat gesehen, wie dieser vom Angeklagten Rest mit der Faust geschlagen wurde und hat dem Rest das unterlagert. Meier hat auch gesehen, daß Rest später noch, als er Hader aus dem Telegraphenzimmer nach der Wache brachte, mit dem Fuße trieb. Von weiteren Mißhandlungen hat Meier, wie er angibt, nichts bemerkt. Die Schutzleute Bischof und Leichert gaben an, sie wüßten nicht, daß dem Hader nach dem Verlassen des Telegraphenzimmers noch etwas passiert sei.

Nach dem Gutachten eines ärztlichen Sachverständigen ist der Angeklagte schon seit seiner Geburt mit einer krankhaften Nervenschwäche behaftet, die sich im Laufe der Jahre noch gesteigert hat. Er ist infolgedessen leicht erregbar und zu Affektausbrüchen geneigt. Nach dem Vorfall mit Hader ist der Angeklagte wegen seines Nerveneleidens in „Haus Schönau“ behandelt worden. Es wurden dort Anfälle von Migräne, verbunden mit vorübergehender Trübung des Bewußtseins bei ihm festgestellt. Seine freie Willensbestimmung im Sinne des Strafgesetzes ist aber dadurch nicht ausgeschlossen.

Der Staatsanwalt ließ die Anklage auf unberechtigte Festnahme fallen und beantragte wegen Körperverletzung im Amte eine Geldstrafe von 150 Mark.

Das Gericht erkannte den Angeklagten der vorsätzlichen Körperverletzung in Ausübung des Amtes für schuldig und verurteilte ihn zu 50 M. Geldstrafe. Eine rechtswidrige Verhaftung liege nicht vor, denn Hader habe den Angeklagten beleidigt und infam beschimpft, auch habe der Angeklagte annehmen können, daß Hader ihn schlagen wolle. Von den Vorgängen auf der Wache sei nur das erwiesen, was der Schutzmänn Meier gesehen hat. Danach ist Hader mehrmals mit der Faust geschlagen und mit dem Fuß gestoßen worden. Daß Hader schon vorher geschlagen sei, hält das Gericht nicht für glaubhaft.

Es ist ein Glück für den Zeugen Hader, daß der Schutzmänn Meier zur rechten Zeit auf dem Plane erschien, um wenigstens einen Teil der Mißhandlungen mit anzusehen. Sonst wäre statt des Schutzmänn Rest jedenfalls der Zeuge Hader auf die Anklagebank gekommen. Unglaublich erscheint es keineswegs, daß der Schutzmänn, der seinen Arrestanten noch unter den Augen des Telegraphisten prügelte, nicht schon vorher, wo er sich unbedachtet in die Wache schickte, geschlagen haben soll. Wenn das Gericht das für ungläubhaft hält lediglich deshalb, weil der Zeuge als früherer Schutzmänn sich selber einer Mißhandlung schuldig machte, so ist das kein Zeichen von scharfer Logik.

Noch eine Frage an das Polizeipräsidium: Gibt es denn für den nervenkranken Schutzmänn Rest gar keine andere Verwendung als im Strahndienst? Welches Unheil kann so ein nervöser, leicht erregbarer Schutzmänn in der Zeit der Jagowischen Schieferklasse anrichten.

## Aus der Frauenbewegung.

### Lesesabende.

Mariendorf. Umstände halber findet diesmal der Lesesabend acht Tage später, am Donnerstag, den 21. d. M., abends 8 Uhr, bei Lucas Nachfolger (Waul), Königstr. 14, statt.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse. Montag, den 18. September: Versammlung in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Str. 98. Bildbortvortrag: Die Entwidlung der modernen Malerei. Referent: Herr Robert Breuer.

Die Mitglieder werden hiermit darauf hingewiesen, daß die Versammlungen jetzt jeden ersten und dritten Montag im Monat in Kellers Neuer Philharmonie stattfinden.

### Briefkasten der Redaktion.

G. R. 30. 1 M. — K. 2. 18. Der Beamte war im Recht. Es empfiehlt sich Versicherer. — W. 117. 1. Ja. 2. Ja, sofern nicht Verjährung eintritt. 3. Ja, falls ausgelagert. 4. Nein. 5. Ja. — Friedel, Geismann-Wer. Das Gesetz verbietet in solchem Falle nur eine übermäßige, die Gesundheit gefährdende Arbeitszeit, ohne Festlegung einer bestimmten Arbeitszeit. — G. R. 31. 1. Ja. 2. Die Hälfte. 3. Magistrat des Landrats.



**Carl Stiller Junior**

W. Leipziger Str. 29  
Ecke Friedrichstr. (Müllerhaus)

W. Königgrätzer Str. 124-129  
Hotel Fürstenhof

S. Oranienstr. 155-156  
Ecke Prinzessinnenstraße



## Zur gef. Beachtung!

Aus meinem geschätzten Kundenkreise erhalte ich zahlreiche Anfragen, welche die bei einer ähnlich lautenden Firma bestehenden Lohndifferenzen betreffen. Demgegenüber teile ich ergebenst mit, daß in meinen sämtlichen Geschäften keinerlei Differenzen mit dem Personal vorliegen, im Gegenteil, Chef und Angestellte im besten Einvernehmen arbeiten.

**Carl Stiller**

Inhaber der Firma

**Carl Stiller junior**

Donnerstag, 14. Sept. 1911:

Urania. Taubenstraße 48/49. Roms Jubiläumjahr und seine Ausstellungen.

Kammerstücke. Luvöl. Fassung. Glaube und Heimat. Neues Operetten. Die schöne Helena.

Berliner. Bummelstudenten. Kleines. Der Leibgarbit. Neues. Die Frau Gretl. König Dedipus.

Neues Schauspielhaus. Eine Million. Romische Oper. Die feusche Susanne. Herbes. Die Dame von Maxim.

Wesien. Die geschiedene Frau. Thalia. Politische Wirtschaft. Schiller. O. Der Geizige. Der eingebildete Kranke.

Schiller. Charlotteburg. Der Probekandidat. Frier. Wils. Schauspielhaus. Kabale und Liebe.

Lustspielhaus. Die goldene Schüssel. Trianon. Ihr Wohl. Lufken. Das Wintermärchen.

Casino. Der selige Holschinsky. Metro. Geschlossen. Apollo. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten.

Wassagr. Spezialitäten. Weidshafen. Stettiner Sänger. Königsplatz-Kasino. Spezialitäten.

Herrnfeld. Das Kind der Firma. Schmerzlose Behandlung. Anfang 8 1/2 Uhr.

Rose. Kaffaltes Ende. Helles Caprice. Die Meisterlinger von Dienberg. Nr. 14.

Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen! Anfang 8 1/2 Uhr.

Belle-Alliance. Die Diebin. Intimes. Pariser Gen. Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Kaiser-Panorama. Zum 2 Male Schweiz - Teflage. Land und Leute von Lonka.

Schiller-Theater O. Theater. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Geizige.

Schiller-Theater Charlotteburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Probekandidat.

Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Bummelstudenten.

Theater in der Königsgrätzer Straße. 8 Uhr ab 15. täglich: Grete Wiesenhal.

Neues Theater. 8 Uhr. Schauspiel Hansi Nesso: Die Frau Gretl.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Sonnabend 7 1/2 Uhr zum 1. Male: Die Dame in Rot.

Urania.

Wissenschaftliches Theater Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Roms Jubiläumjahr und seine Ausstellungen.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 Mark. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo Theater. 11 1/2 Uhr: Vollständig neues Programm. Sensationelle Novitäten u. a.

Die G'schamige. Ein Dialog nach dem bekannten Bild von J. v. Reznick. Vera Fort: H. v. Solberg u. G.

Metropol-Theater. Von Dienstag, den 12. bis inklusive Freitag, den 15. September: Geschlossen.

Die Nacht von Berlin! Große Jahresrevue in 8 Bildern von Jul. Freund. Musik von S. Holländer.

Wiederauftreten v. Joseph Josephi. Joseph Giampietro. G. Thielscher. Will Bishop. Viktor Norbert.

Behüt von Else Kupter. Madge Lessing. Gussy Holl a. D. Lori Leux a. D. Ly Winter etc.

Sämtliche Billets zur Premiere sind vergriffen.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Marietta Olly (Kleines Theater) Guido Herzfeld (Deutsches Theater) in ihrem Sketch „In einer Nacht!“

PASSAGE :: ANOPTIKUM. Das größte Schauabblissment des Kontinents. Lebend der Mann mit der eisernen Zunge.

Herrnfeld Theater. Noch nie dagewesener Lacherfolg! Das Kind der Firma

Schmerzlose Behandlung. Anfang 8 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr (Theaterkasse). Montag, den 18. d., nachmitt. 3 1/2 Uhr: Sonder-Vorstellung zu Gunsten der Bühnengenosenschaft: Das Kind der Firma.

Volgt-Theater. Heute: Schauspiel in 4 Akten von E. M. S. Kellan. Anf. 8 1/2 Uhr. In Deutschland und Amerika über 2000 mal zur Aufführung gelangt.

Freie Volksbühne

Die nächsten Vorstellungen sind Sonntag, den 17. September nachmittags 3 Uhr:

Lessing-Theater 12. Abteilung, Gruppe 51-54

Neues Schauspielhaus 9. Abteilung, Gruppe 38-40 16. (III. Abend-Abteilung) 1. Serie

Montag, 18. September Montag, 9. Oktober

Thalia-Theater 3./4. Abteilung, Gruppe 11-15

Residenz-Theater 6. Abteilung, Gruppe 24-26

Herrnfeld-Theater 5./6. Abteilung, Gruppe 21-23

Wenn der junge Wein blüht

Nathan der Weise

Des Meeres und der Liebe Wellen

Der Zigarettenkasten

Die arme Löwin

2 x 2 = 5

In Vorbereitung: 241/11 Im Neuen Schauspielhaus: Björnson, Ueber unsere Kraft, II. Lutz, Thomas Münzer, Grillparzer, Des Meeres und der Liebe Wellen. - Im Thalia-Theater: Samson und Delila. - Im Herrnfeld-Theater: Morbus Tellermann.

Die neuen Karten der Mitglieder müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden. Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen melden.

Ich bin Jim Jeffries. Bild eines Boxers.

der Unterlegene, aber nicht Besiegte in dem sensationellen Boxer-match am 4. Juli 1910 in Reno (Amerika), bei dem circa 2 Millionen Dollar Eintrittsgeld eingenommen wurden.

Erste Vorführung Sonnabend, den 16. September Union-Theater Alexanderplatz Unt. d. Linden 21

Ich bin Jim Johnson. Bild eines Boxers.

d. Sieger im Boxer-match, u. gewann üb. 1 000 000 M.

Noacks Theater. Direction: Robert Dill. Berlin N., Brunnenstraße 16. Salon und Kloster. Vollsität in 5 Akten von G. Dorn.

Casino-Theater. Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr. Abends 8 Uhr: Der selige Holschinsky.

Königsstadt-Kasino. Folgenstr. 72. Ecke Alexanderstr. Täglich: Der Pariser Taugenichts.

Zirkus A. Schumann. Donnerstag, den 14. September, abends 7 1/2 Uhr: Gala-PREMIERE mit neuen Aufführungen für Berlin.

Alles Nähere Tagesplakat. Billetverkauf an der Zirkus-Kasse von 10 Uhr vormittags bis abends ununterbrochen, auch an den bekannten Vorverkaufsstellen.

CLOU Berliner Konzerthaus. Mauorstraße 82 x Zimmerstraße 90/91. Heute! Großes Konzert! Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr. An allen Wochentagen nachmittags 4-7 Uhr: Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

LUNA-PARK. Sensationelle Attraktionen. Kairo, Johnstowns Untergang u. v. a. Sonnabend, den 16. September: Elitetag. Riesen-Front-Feuerwerk. 3 Kapellen. Frank-Illumination des Parkes. - Eintrittspreis 50 Pf. Den 17. September 1911: Populärer Sonntag. Sämtliche Attraktionen zu ermäßigten Preisen. Eintrittspreis 30 Pf.

SPORTPALAST Potsdamer Str. 72. Allabendlich. Hurrabi Parade! Sport-Attraktionen I. Rangos. Grosse militärische Revue in 6 Bildern. ca. 200 Mitwirkende. 2 Musikkapellen. Feenhafte Beleuchtung. Größter Eispalast der Welt

Union-Theater

Moritzplatz. Einziges Vorführungsrecht für Berlin!

Asta Nielsen (die „Duse der Kino-Kunst“) als Trägerin der Hauptrolle

„Im großen Augenblick!“ Schauspiel in 3 Akten.

Premiere: Sonnabend, 16. September. Anfang 9 Uhr - Ende 11 Uhr

Vorher von 5-8 1/2 Uhr: Buntes Programm (Neuer Spielplan.)

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Die Meisterlinger v. Piruberg Bunter Solotel.

Nr. 14. Volks-Theater. Rigberf, Hermannstr. 20.

Sonntag, 17./9.: Heimweh. Schauspiel in 4 Akten von O. Gier u. H. Werbach. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag, 18./9.: Auf Strafursaub. Lustspiel in 3 Akten von Moser u. Trotha. Anfang 8 1/2 Uhr.

Nibles Fest-Säle Dennewitzstraße 13. Jeden Donnerstag: Tanzkränzchen bei freiem Entree. C. Nible.





der Ansicht des Genossen Pinfeler bei. Die Differenzen spitzten sich infolge der Nachforderungen der Firma, bezw. infolge Verletzung der vertraglichen Verpflichtungen immer mehr zu. Im Verdingungsanfrage waren besondere Schutzabdeckungen bei den Innenarbeiten vorgesehen. Die Firma Held u. Franke brachte diese aber gar nicht an, sondern meinte, bei eventuellen Anlagelücken die Folgen tragen zu wollen. Andererseits waren die Schutzbleche auf dem Dache im Anschlag vergessen worden aufzuführen. Flugs stellte die Firma diese Kosten extra in Rechnung. — Nur nach hartem in zwei Sitzungen geführten Kampfe gelang es, die vertraglich ausbedingten Dachsteine zur Verwendung zu bringen. Auch die Mauerarbeiten, Bögen usw. sind nach Ansicht des Bauamtes nicht exakt ausgeführt. Die Firma Held u. Franke fordert nun noch für Mehrarbeiten 20 Proz. der Bauumme. Die Gemeinde befreit diese Mehrforderungen. Die ganze Sachlage wurde durch eine Interpellation des Gemeindevertreters Schäfer aufgerollt. Der Bürgermeister wollte, wie er ausführte, diese erst in geheimer Sitzung verhandeln, von dieser Absicht nahm er jedoch Abstand, nachdem Genosse Pinfeler erklärte, daß diese Angelegenheit unbedingt öffentlich verhandelt werden müsse, um eventuell andere Gemeinden vor Schäden zu bewahren. Die Firma Held u. Franke beantragte die ganze Streitfrage nicht bei dem Schiedsgericht, sondern vor den ordentlichen Gerichten zu verhandeln. Dies lehnte aber die Gemeindevertretung ab. Gemeindevertreter Bräuning hat nun infolge der Differenzen sein Mandat niedergelegt. — Der schlechte Zustand der alten und kleinen Straßen im Ortsteil Friedrichsfelde macht es notwendig, daß Verbreiterungen vorgenommen werden müssen. Leider scheitert dies oft an dem Starrsinn der alleingewesenen Bauern und den maßlos hohen Forderungen, die sie für die Grundstücke, die als Straßenland gebraucht werden, stellen, obwohl sie selbst den größten Vorteil von einer gut angelegten Straße haben. Um nun damit vorwärts zu kommen und den Grundstückspekulanten, die die Kollage der Gemeinde ausnutzen, einen Miegel vorzuschicken, soll ein Ortsstatut erlassen werden. Nach diesem soll die Gemeinde berechtigt sein, durch Umlegung die Anlieger der betreffenden Straßen zu den Kosten der Verbreiterung bis zur Höhe von 75 Proz. der Kosten heranzuziehen. Nach langer Debatte erfolgte einstimmige Annahme dieses Statuts. Hoffentlich trägt es dazu bei, daß auch im Ortsteil Friedrichsfelde bald breitere Straßen mit gutem Pflaster entstehen, denn der jetzige Zustand ist als jammervoll zu bezeichnen.

Darauf genehmigte die Vertretung die Ausschreibung einer Oberlehrerstelle als Leiter für die am 1. April 1912 in Karlshorst zu errichtende höhere Schule (Besalt 2700—7200 M.) schon jetzt vorzunehmen. — Eine Polizeiverordnung für das Droschkenfuhrerwesen sowie eine andere umfangreiche Polizeiverordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung auf den öffentlichen Straßen und Plätzen gelangte nach einigen Abänderungen zur Annahme. — Die Gemeindevertretung genehmigte, daß in jedem Ortsteil je zwei von einer Privatfirma zu stellende Telefongellen (Automaten) errichtet werden. Mit diesen sollen zu gleicher Zeit Briefmarken- und Postkarten-Automaten sowie Feuermelder verbunden sein. — Als dringlich wurde noch eine Interpellation unserer Genossen auf die Tagesordnung gesetzt, die sich mit der Hofenfelderstraße beschäftigt. Während Friedrichsfelde seine Verkehrswichtigkeit zeigt, daß diese ungepflasterte Straße auch einmal in einen menschenwürdigen Zustand versetzt wird und zirkulär 1/2 der Kosten zu tragen bereit ist, wird von Nichtenberg eine gewisse Verschleppungspolitik getrieben. In geheimer Sitzung wurde ein Untersuchungsgeheuch eines Gemeindebeamten abgelehnt.

### Wilmersdorf.

Ein Wäckerlein hat die Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht in der Büffelstraße 14 gegründet. Das kleine, aber freundliche Kisl ist bestimmt für junge Mütter jeden Standes, die in ihrer schweren Zeit einer Zuflucht bedürfen und sie dort mit ihren Säuglingen so lange finden sollen, bis sie wieder selbst für sich und ihr Kind zu sorgen in der Lage sind. Das Heim, das „Mutterhilfe“ getauft ist, wird am Sonntag, den 17. September, eröffnet werden. Die Gesellschaft läßt für die Zeit von 10—1 Uhr vormittags zu einer Besichtigung ein.

### Mariendorf-Südende.

Immer mehr zeigt es sich, daß die hiesige Feuerwehre nicht mehr den an sie gestellten Anforderungen gewachsen ist. Obwohl sich schon wiederholt die Gemeindevertretungen mit dieser Frage beschäftigt haben, sind bisher noch keinerlei Verbesserungen vorgenommen worden. Bei dem großen Dachstuhlbrand an der Ring- und Kaiserstraßen-Ecke in der Nacht vom Montag zum Dienstag hat sich abermals herausgestellt, daß die Wehre dem Brande ohnmächtig gegenüber stand. Nicht nur, daß, als die Feuerwehre Alarm schlug, schon das Gebäude in hellen Flammen stand, man mußte auch die Wächternehmung machen, daß die Wehren von Tempelhof und auch Südende eher am Brandplatz waren, als die örtliche Wehre; dabei soll noch gar nicht über die Art des Feuerangriffs und den Zustand der Schlauche gesprochen werden, denn schließlich trifft ja die Wehre nicht im besonderen der Vortour, sondern die Gemeindeverwaltung, die noch immer nicht über die Besprechungen so notwendiger Anshörungen hinausgekommen ist. Die Sicherheit der Einwohner scheint tatsächlich erst in zweiter Linie zu kommen. Auch die Benutzung des Telefons ist bis heute noch nicht zur Nachtzeit möglich, trotzdem dies gerade aus Sicherheitsgründen bei Feuergefahr vor einem Jahre bereits angeregt worden ist. Wenn bei dem letzten Brande nicht zufällig vollständige Windstille geherrscht hätte, so hätte die größte Gefahr für Menschenleben entfallen können. Bei einem so großen Brande muß es aber möglich sein, per Telefon die Berliner oder Schöneberger Feuerwehre anzurufen, die in ihrer Vollständigkeit schnell die allergrößten Gefahren beseitigt. Hoffentlich wird nunmehr dafür gesorgt, daß den Mariendorfer Einwohnern und Steuerzahlern die nötige Sicherheit bei Gefahren geboten wird.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Kutschwagen der Firma Tich und einem Wagen der Straßenbahn-Linie 99 ereignete sich am Dienstag abend gegen 8 Uhr an der Ecke Steglitzer und Mittelstraße in Südende. Die Kutscher des Wagens wurden in weitem Bogen auf die Straße geschleudert und erlitten schwere Verletzungen am Kopf und an den Beinen. Auch der Wagen wurde zerschmettert.

Seit kurzer Zeit ist dies der dritte Zusammenstoß, hervorgerufen durch eine etwa 2 1/2 Meter hohe Hecke, welche an der Mittelstraße, Ecke Steglitzer Straße steht. Die Fahrer der Straßenbahn können bei schneller Fahrt in der abschüssigen Steglitzer Straße nur schwer sehen, ob ihnen etwas in den Weg kommt. Warum stellt die Straßenbahn nicht eine rote H-Zeile, wie sonst an abschüssigen Straßen auf zum Zeichen, daß jede Straßenbahn dort halten soll?

Dann werden sicher die Zusammenstöße vermieden, die die Anwohner in Aufregung versetzen.

### Charlottenburg.

Altenverein für freie Erziehung. Sonntag, den 17. d. M.: Familienausflug nach Nischowwerder. Treffpunkt: 9 1/2 Uhr auf dem Reichskanzlerplatz, Amarsch pünktlich 9 1/2 Uhr. Für Nachzügler zur Kaffeepause beim „Alten Freund“.

### Nichtenberg.

In den bevorstehenden Stadtverordnetenversammlungen liegen die Wählerlisten in der Zeit vom 15. bis 30. September zur Einsichtnahme Wochentags von 8—3 Uhr und Sonntags von 10—1 Uhr im Rathaus aus. Wahlberechtigt ist, wer zur Zeit der Auslegung der Wählerlisten mindestens 24 Jahre alt ist und seit September 1910 am Orte wohnt. Auch Chambregarnisten sind wahlberechtigt.

Diejenigen, die verhandelt sind die Wählerlisten einzusehen, können sich in den durch Plakate gekennzeichneten Sammelstellen (Restaurants, Zigarrengeschäfte) melden. Die Einsichtnahme wird dann von hier aus durch Vertrauenspersonen bewerkstelligt.

Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen; daher ist es notwendig die Eintragung in die Wählerliste an Ort und Stelle zu beantragen.

### Rummelsburg.

Die Polizei hat Unglück gehabt. Blut floß bei der Eistierung eines Mannes, der am Donnerstag voriger Woche, gegen 1/4 Uhr nachmittags von einem Polizisten nach der Polizeiwache an der Ecke der Leopold- und der Emanuelstraße gebracht wurde. Für schreckhafte Leser wollen wir von vornherein betonen, daß dieses Blut nicht von Säbelhieben herrührte, die etwa der Polizist ausgeübt hätte, weil er einen Widerstand brechen zu sollen glaubte. Der Mann, der da sistiert wurde, leistete keinen Widerstand, sondern ging ruhig mit. Als er das Haus der Polizeiwache von der Emanuelstraße aus betreten hatte und im Hausflur am unteren Ende der Treppe angelangt war, erhob er plötzlich ein Geschrei. Personen, die in der Nähe weilten, hörten Rufe um Hilfe. Sie bemerkten, daß zwei Schutzleute sich mit dem Mann beschäftigten. Als der Mann sich gelegt hatte und der Arrestant zum Dachstuhl hinaufgebracht worden war, saßen sie unten vor der Treppe eine etwa tellergroße Blutlache und auf den Stufen eine Blutspur nach der anderen. Auch andere Personen, die hinzukamen, blieben verwundert vor dem Blut stehen. Die Witzbegier derjenigen, die sich fragten, wovon es herrühren könne, wurde befriedigt, als im Hause bekannt wurde, was die Polizei über den lärmenden Vorgang erzählte. Ein Schutzmann war zu der Frau des Hausportiers gegangen und hatte sie, weil die von der Polizei ständig beschäftigte Reinigungsfrau nicht daheim war, höflichst ersucht, Flur und Treppe zu reinigen. „Wir haben Unglück gehabt“, sagte er, wie wenn er um Entschuldigung bitten wollte, daß das Haus mit Blut beschmutzt worden war und die Portierfrau nun noch Arbeit davon hatte. Als diese dann die Reinigung besorgte und dabei einen anderen Schutzmann nach der Ursache des Blutverlustes fragte, antwortete er: „Ach, dem hat nur ein Bißchen die Nase geblutet.“ Das ist in der Tat ein sonderbarer Einfall, bei Nasenbluten um Hilfe zu rufen. Wir haben den Wunsch, diesen Mann kennen zu lernen, und bitten daher alle unsere Leser, uns bei seiner Ermittlung behilflich zu sein. Es scheint übrigens, daß der Blutverlust bei ihm recht erheblich gewesen ist, wie das ja bei Nasenbluten zuweilen vorkommt, und schließlich soll sogar die Hilfe eines Arztes erforderlich geworden sein. Man erzählt, daß er später einem Krankenhaus zugeführt worden sei. Wer weiß nähere's über den Mann?

### Voghten-Rummelsburg.

Der Männerchor Voghten-Rummelsburg feiert am Sonnabend, den 16. September, in den Gemächern des Café Bellevue, Inhaber G. Tempel, sein erstes Stiftungsfest. Das Programm besteht aus Vokal- und Instrumentalvorspiel. Beginn abends 8 Uhr. Da der Männerchor sich der Partei bei allen Festlichkeiten zur Verfügung stellt, so wird um zahlreichen Besuch der Parteigenossen gebeten.

### Seinersdorf.

Eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel tagte hier am Sonntag auf dem Grundstück des Herrn Vork. Durch die günstige Lage des Versammlungsortes wurden zahlreiche Spaziergänger auf die Versammlung aufmerksam und nahmen an derselben teil. Das Referat über „Reichspolizei und Arbeiterklasse“ hielt Genosse Schlemminger-Weihensee. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion kritisierte Genosse Schmidt eine Rede des Ortsgeistlichen Krüskell, welche derselbe anlässlich des Sedanfestes über die Marokkoaffäre gehalten und in welcher er sich in argen Widerspruch mit der von ihm sonst vertretenen Lehre der christlichen Nächstenliebe gesetzt habe. Nach einem Appell des Versammlungsleiters an die Anwesenden, sich der politischen Organisation anzuschließen, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

### Spandau.

Parteigenossen, welche nicht Mitglied der Freien Gemeinde sind, ihren Kindern aber die Jugendweihe am 24. September erteilen lassen wollen, können sich beim Vorspenden D. Rouditz, Körnerstraße 4, Hof II, melden.

## Gerichts-Zeitung.

### Der Schutzmann in „Notwehr“.

Mancher Angeklagter wird sich vergebens so milde Richter wünschen, wie sie der Angeklagte, Schutzmann Gusbat, fand, der sich am Montag wegen Körperverletzung im Amte vor Gericht zu verantworten hatte. Eine Ohrfeige, die der Schutzmann Gusbat dem Schneider Boh ohne Veranlassung verabreicht hat, war die Ursache der Anklage. Ueber die Umstände, unter denen der angeklagte Schutzmann diese Ausschreitung beging, wurde vor Gericht folgendes festgestellt: Am Abend des zweiten Osterfesttages

nahmen zwei Schutzleute in der Greifswalder Straße die Eistierung eines Mannes vor. Die Art, wie der Mann von den Schutzleuten behandelt wurde, rief lebhaften Unwillen unter den Augenzeugen des Vorganges hervor. Der Mann lag auf dem Erdboden, ob wegen Trunkenheit oder ob er dem Schutzmann nicht folgen wollte, ist nicht festgestellt. Der Schutzmann (es war nicht der Angeklagte) sah den Mann an den Beinen und schleppte ihn so über den Straßendam, daß Kopf und Oberkörper das Pflaster streiften. Jetzt kam ein zweiter Schutzmann, der Angeklagte Gusbat, hinzu. Nun sahen die beiden Schutzleute den Mann an den Beinen und zogen ihn weiter, so daß seine Beine auf dem Straßpflaster schleiften. Das Publikum, welches sich infolge dieses Vorganges angesammelt hatte, äußerte seinen Unwillen über das Verhalten der Schutzleute. Der Schneider Boh forderte die Schutzleute auf, den Sistierten in einer Droschke nach der Wache zu bringen. Da sagte der Schutzmann, Boh solle doch mit anfahren, dann würde der Transport leichter vonstatten gehen. Boh erklärte sich zu dieser Hilfeleistung bereit. Als er aber mit zu fahren wollte, sagte der Schutzmann Gusbat an den Säbel und zog ihn zum Teil aus der Scheide. Da rief jemand aus dem Publikum: „Lassen Sie doch die Klempe stecken, was wollen Sie denn damit machen?“ Nun ließ Gusbat den Säbel los und gab dem Schneider Boh eine Ohrfeige mit solcher Wucht, daß, wie das sachverständige Gutachten eines Arztes sagt, ein kleiner Biß im Trommelfell und eine leichte Blutung aus dem Ohr festgesetzt wurde.

Der Angeklagte behauptete, er habe gar nicht die Absicht gehabt, Boh zu schlagen. Er habe nur einen Stoß nach der Seite ausgeführt, weil er geglaubt habe, Boh wolle ihn angreifen oder ihm den Sistierten entreißen.

Von den vernommenen Zeugen hat niemand bemerkt, daß das Publikum beabsichtigt hätte, die Beamten an der Eistierung zu hindern. Man sei lediglich aus Mitleid für den Sistierten dafür eingetreten, daß derselbe von den Beamten nicht in so empörender Weise behandelt würde.

Auch der Staatsanwalt hielt nicht für erwiesen, daß die Beamten bedrängt worden seien. Aber der Angeklagte möge die Geberde des Zeugen Boh verlannt und sie für eine Angriffsbewegung gehalten haben. Das sei als Widerungsgrund anzurechnen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 M.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Daß Boh eine Ohrfeige vom Angeklagten bekommen hat und dieser auch die Absicht hatte, Boh zu treffen, hielt das Gericht für erwiesen. Aber — so sagte der Vorsitzende in der Begründung des Urteils — das Publikum sei ungeschult gewesen über die Eistierung. Die Beamten hätten deshalb annehmen können, man wolle ihnen den Sistierten entreißen. Der Angeklagte werde die Bewegung des Zeugen Boh falsch verstanden haben. So habe der Angeklagte einen Angriff ausgeübt, um einem Angriff von der anderen Seite zuvorzukommen. Es liege also ein Fall von Putativnotwehr vor. Ein solcher aber sei straflos.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Wanderfahrten am Sonntag, den 17. Sept.: I. Werbellinsee-Oberwalde. Abfahrt: Stettiner Fernbahnhof Sonnabend 7.45 Uhr nachmittags. II. Westphal-Gametes-Liefensee. Abfahrt: Schließler Bahnhof (Wiegeler Bahnhof) 5.30 Uhr vormittags. III. Regel-Neubrück-Seegebiet. Treffpunkt (Erdstation der Straßenbahn Regel) 7 Uhr vormittags. IV. Wanderung der Photographen. Werbellinsee-Oberste-Jerpenscheule. Abfahrt: Stettiner Fernbahnhof 6 Uhr vormittags. V. Rausdorf-Verderbruch-Sabotus. Abfahrt: Schließler Bahnhof 2.14 Uhr nachmittags. VI. Kinder-Wanderfahrt. Spandau-Vapenberge-Regel. Treffpunkt I. Bahnhof Wedding (Wing-Kette-Str.) II. Schließler Bahnhof (Ecke Frucht- und Radaistraße) 7 Uhr. Gäste willkommen.

Marktprelle von Berlin am 12. Septbr. 1911, nach Ermittlung des Reichlichen Preisprüfungsamtes. Kartoffellandpreise. (Reinhandl.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Sojabohnen weiß, 35,00—36,00. Wintern 30,00—31,00. Rastoffeln 8,00—14,00. 1 Hilo-gramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Gussfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,30—1,80. Ralbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,40—3,20. 60 Stück Eier 3,20—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Halm 1,80—2,80. Bänder 1,40—3,00. Hecht 1,20 bis 2,80. Bratke 1,00—2,00. Schleie 1,40—3,00. Fische 0,80—1,60. 60 Stück Straße 2,50—3,60.

Witterungsübericht vom 13. September 1911.

Stationen	Barometer	Wind	Temperatur	Relativfeuchtigkeit	Wasserstand	Wetter	Wasserstand
Stettin	762	SW	14	70	2 bedeckt	8	
Danzig	760	SE	10	70	1 bedeckt	6	
Berlin	763	SE	11	70	1 bedeckt	13	
Frankfurt	763	SE	12	70	3 halb bed.	9	
München	765	SE	12	70	2 wolkent	13	
Wien	768	SE	12	70			

Wetterprognose für Donnerstag, den 14. September 1911.

Zunächst vorherrschend wolkig, etwas wärmer bei ziemlich seltenen westlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge; später wieder aufklarend, aber kühl.

Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 12. 9.	seit 11. 9.	Wasserstand	am 12. 9.	seit 11. 9.
Remel, ITH	52	-2	Saale, Großh.	88	+2
Veigel, Jüterburg	49	+5	Oabel, Spandau	13	+1
Beißel, Thon	20	+4	Rathenow	38	-3
Ober, Rasthof	80	+2	Spree, Spremberg	48	0
Strosen	1	0	Deeslow		
Frankfurt	12	0	Weser, Minden	65	+3
Wartbe, Schirum	54	-1	Rhein, Rindem	66	-6
Rehe, Borsdam	44	+1	Rhein, Raci-millankau	320	-4
Eide, Reimberg	111	-3	Ausb	112	-2
Dresden	227	-1	Rhin	71	-1
Harde	18	+8	Redar, Heildrom	17	-1
Magdeburg	5	+3	Rain, Berckum	75	+4
			Weser, Wert	25	+3

+) + bedeutet Hoch, - Fall. - \*) Unterbezug.

# Sunlicht

## Seife

10 & 25 Pfennig



Willst du?

Willst du haben stets Erfolg  
Bei der Wäsche und zwar rascher,  
Musst du einzig und allein =  
Nur mit Sunlichtseife waschen!

Gesamtvollständiger Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.